

Wien vor der Wahl S. 2



Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Nr. 39 – 27. September 2019

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Einzelverkaufspreis: 2,90 Euro
ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE

Aktuell

Neuauflage von Schwarz-Blau nach dem Sonntag?
Eine erstarkte FPÖ umwirbt Ex-Kanzler Kurz **2**

Deutschland

Zwei Grüne aus Schwaben wollen es wissen
Özdemir und Kretschmann stellen sich zur Wahl **3**

Hintergrund

Eine neue Form des Fliegens
Was Lufttaxis wirklich leisten können **4**

Preußen / Berlin

Kopfschütteln über Chaos-Bezirk
Friedrichshain-Kreuzberg gilt als linkes Zukunftslabor **5**

Ausland

Erstmals mit »En Marche!«
Frankreichs nächste Kommunalwahlen **6**

Kultur

Schwebende Schachtel
Das neue Bauhaus-Museum von Dessau versteckt sich **9**

Geschichte

Für manche eine »Umgründung der Republik«
Regierungswechsel 1969 **11**



„Wie könnt ihr es wagen!“: Greta Thunberg bei ihrer Wutrede in New York

Bild: pa

Regierung in der Falle

Groko wollte mit Klima von Euro und Asyl ablenken – und macht sich zur Geisel

Mit ihren Maßnahmen beißt die Regierung bei den Klimafanatikern auf Granit. Die Folgen des Pakets sind dennoch gravierend.

Immer lauter warnen Experten vor den verheerenden Folgen der deutschen „Klimapolitik“ – sowohl für die Menschen (wachsende Kosten und schwindende Arbeitsplätze) und für die Wirtschaft (De-Industrialisierung und Abwanderung ganzer Produktionszweige) als auch für die Umwelt (Vogel- und Insektensterben, Trockenheit und Landschaftszerstörung durch Windräder).

Selbst wenn man der These vom menschengemachten Klimawandel folgt, bleiben die deutschen Maßnahmen für das Weltklima völlig bedeutungslos. 1400 neue Kohlekraftwerke sind global in der Planung. Auch wenn Deutschland alle seine Werke abschaltet, merkt

der Planet davon gar nichts. Das „Klimapaket“ bleibt also in dieser Hinsicht ein Nullsummenspiel ohne Effekt.

Dafür schlagen die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Verwüstungen der ständig schneller rotierenden „Klimapolitik“ in voller Zerstörungsmacht durch. Die Frage, mit der sich kritische Deutsche den Kopf zermartern, lautet: Sieht die etablierte Politik das nicht? Wenn doch, warum tut sie das?

Weil sich die Regierung Merkel selbst in eine Falle manövriert hat. Mit der zunehmend spürbar werdenden Massen-Enteignung durch den Euro und die Flutung des Landes durch Asylsucher hat Schwarz-Rot tiefe Wunden in das

Land und das Vertrauen der Bürger in die politische Führung geschlagen. Am Aufstieg der AfD lässt sich das Ausmaß des Unmuts nur teilweise ablesen, da die Partei in weiten Teilen des Volkes mit großer Skepsis, ja Ablehnung betrachtet wird. Die wahre Zahl der Enttäuschten, ja Wütenden liegt weit höher, als es die AfD-Resultate zeigen.

Da sich Empörung aber nicht frontal abstellen, sondern nur auf ein anderes Objekt umlenken lässt, hat das Regierungslager die „Klima-Angst“ als ideales Ablenkungs-Instrument von der Wut über Euro und Asylflut entdeckt. Hiermit hat man sich jedoch zur Geisel von Klimafanatikern und Linksextremisten sowie dahinter stehenden interessierten

Kreisen gemacht, die nun zur erbarmungslosen Jagd blasen.

Da ist es natürlich keine Überraschung, dass von dort das „Klimapaket“ der Groko umgehend als völlig unzureichend zurückgewiesen wird. Fanatikern und Extremisten ist es nie genug. Das liegt in ihrer Natur und in der Dynamik fanatischer „Bewegungen“, die nicht aufhören können, bis das Maß an Idiotie und Übertreibung seine in der Geschichte stets katastrophalen Ergebnisse zeitigt.

Euro, Asylflut, Klimafanatismus: Der Ablauf des (vor allem deutschen) Dramas folgt Goethes Faust. Auch heute ist es der Fluch der einen bösen Tat, der die nächste hervorspeit. Wo das endet? Schon erklären Klimafanatiker Freiheit und Demokratie für nur eingeschränkt vereinbar mit dem Ziel, „die Welt zu retten“. Da kommt Bekanntes hoch.

Hans Heckel

MANUEL RUOFF:

Wie gerufen

Das Establishment hat ein Problem. Seine aalglatten Apparatschiks und Berufspolitiker sehen sich über Ländergrenzen hinweg zunehmend wütenden Otto Normalbürgern gegenüber. Was die Authentizität angeht, kann die politische Klasse allein diesen sogenannten Wutbürgern nicht das Wasser reichen. Es besteht ein Glaubwürdigkeitsproblem.

Doch was wirkt noch glaubwürdiger, noch authentischer als wütende, erregte Erwachsene? Die Antwort lautet: wütende erregte Kinder – meint doch schon der Volksmund zu wissen: Kindermund tut Wahrheit kund. Wenn dann so ein Kind oder Kinderfunktionär wie Greta Thunberg den Mächtigen auch noch in die Karten spielt, umso willkommener. Zukünftig werden die Politiker, wenn sie den Bürgern noch mehr von deren sauer verdientem Geld abnehmen und die Wirtschaft noch mehr drangsaliieren, bei Kritik auf Greta Thunberg verweisen können, die doch kritisiert hatte, „alles, worüber man reden kann, sind Geld und das Märchen über ewiges Wirtschaftswachstum. Wie könnt ihr es wagen!“

Greta Thunberg muss es doch selbst komisch vorkommen, wenn die, die sie in ihrer an eine Hassrede grenzenden Philippika beschimpft, sie auch noch hermetisch bejubeln. Es stellt sich aber ohnehin die Frage, inwiefern man dieses Mädchen ernst nehmen darf, das da klagt: „Ihr habt meine Träume und meine Kindheit mit euren leeren Worten gestohlen.“ Mit vielem kann man einem Menschen die Kindheit stehlen, beispielsweise mit Krieg, Gewalt oder Elend, aber doch nicht mit der Aussicht, dass es, wenn er einmal groß ist, ein paar Grad wärmer sein könnte.

Der Iran sitzt am längeren Hebel

Die verwundbaren Saudis scheuen einen Krieg mit sich selbst an vorderster Front und Trump einen Nahostkrieg im Wahlkampf

Die Angriffe auf zwei saudische Ölanlagen sind ein schwerer Schlag für das Königreich. Unabhängig davon, ob sie mit Drohnen und/oder Raketen durchgeführt wurden, zeigen sie die Verwundbarkeit eines Landes, das der weltweit größte Importeur von Waffen und Exporteur von Öl ist.

Bisher wurden keine Beweise für die Täterschaft des Iran oder seiner verbündeten Milizen im Irak enthüllt, aber Washington hat die offizielle Übernahme der Verantwortung durch mit dem Iran verbündete jemenitische Houthi-Rebellen in Frage gestellt, indem es direkt auf Teheran verwies. Andere Quellen erwähnen

die Möglichkeit, dass diese Angriffe vom Irak aus gestartet wurden, wo es pro-iranische schiitische Milizen gibt. Egal welches dieser Szenarien zutrifft, es ist klar, dass der Iran seine Fähigkeit bewiesen hat, Riad an der Kehle zu packen. Der Angriff auf US-Verbündete ist für Teheran nach wie vor die beste Möglichkeit, Druck auf die Interessen Washingtons im Nahen Osten auszuüben.

Im Dezember 2018 erklärte der iranische Präsident Hassan Rohani: „Wenn [die Amerikaner; die Redaktion] eines Tages verhindern wollen, dass wir unser Öl exportieren, wird es kein Öl mehr geben, das aus dem Persischen Golf exportiert werden kann.“ Seitdem hat Washington die sogenannte „Maximum Pressure“-Strategie gegen den Iran verschärft, die in erster Linie die Ölexporte der Islamischen Republik zum Ziel hat, deren Budget weitgehend von diesen Ressourcen abhängt.

In den folgenden Wochen nahmen Rohanis Drohungen Gestalt an. Während des Sommers soll die iranische Revolutionsgarde Tanker angegriffen haben, während andere Schiffe von Teheran beschlagnahmt wurden. Das Gespenst einer iranischen Sperrung der Straße von Hormus, durch die ein Drittel des Welthandels mit dem schwarzen Gold fließt, erhöht den Druck.

Nach der Tanker-Krise stellt der Angriff auf Ölanlagen direkt auf saudischem Territorium eine neue

Schwelle in der Eskalation dar. Diesmal könnte es sein, dass die Saudis angesichts des Drucks, den der Iran auf sie ausüben kann, zurückhaltend sind. Im Gegensatz zu Washington beschuldigte das Königreich zunächst Teheran nicht, hinter dem Vorfall zu stecken. Saudi-Arabien würde einen Krieg zwischen den Vereinigten Staaten und dem Iran unterstützen, wenn es sich hinter Washington verstecken könnte, aber keinen Krieg, in dem es selbst an vorderer Front agieren müsste. Durch ihre Geschichte und Kultur sehen sich die Iraner als die einzig wahre, natürliche und legitime Großmacht im Nahen Osten und betrachten die Saudis als Emporkömmlinge.

In diesem neuen Moment der Krise könnte den Iranern die Zurückhaltung von Donald Trump zugutekommen, der sich kürzlich von seinem nationalen Sicherheitsberater, dem Falken John Bolton, getrennt hatte. Trump wird sich auch deshalb nicht auf einen militärischen Konflikt einlassen, da er 2016 gewählt wurde, weil er unnötige Kriege kritisierte, insbesondere im Nahen Osten. Das heißt nicht, dass es nicht zu begrenzten Aktionen kommen kann, die dann aber vor allem einen symbolischen Wert haben würden. Dieser Wahlkontext gibt den Iranern einen gewissen Handlungsspielraum. Sie können wiederum indirekt „maximalen Druck“ auf die Vereinigten Staaten und di-

rekt auf die Verbündeten der Amerikaner ausüben. Die Iraner wollen auch keinen Krieg, sondern nur Druck auf Washington ausüben, um eine bessere Ausgangsposition in Verhandlungen zu haben.

Trump möchte das mit Nordkorea umgesetzte Modell wiederholen: maximalen Druck ausüben und dann einen großen Gipfel organisieren, der es ihm ermöglicht, sich selbst in den Vordergrund zu stellen und die Illusion eines bedeutenden Durchbruchs zu schaffen, ohne dass irgendetwas Konkretes herausgekommen wäre. Aber gerade diese Befriedigung will der Iran nicht einem US-amerikanischen Präsidenten geben, den er besonders hasst.

Bodo Bost

MELDUNGEN

40 Prozent nicht minderjährig

Münster – Mindestens knapp 40 Prozent der angeblich minderjährigen Asylsucher sind nach einer Untersuchung von Rechtsmedizinern aus Münster in Wahrheit 18 Jahre oder älter. Dies ergab eine Untersuchung von rund 600 Fällen im Auftrag von Gerichten und Jugendämtern, berichtet der „Focus“. Die tatsächliche Zahl der falschen Jugendlichen könne sogar noch höher liegen, da nicht alle Fälle einwandfrei geklärt werden könnten, so die Experten. Minderjährige Asylsucher stehen unter besonderem Schutz. Sie kommen nicht in Sammellager, sondern werden bei Verwandten, Pflegefamilien oder in „Clearinghäusern“ untergebracht. Die Kosten für einen einzigen Jugendlichen liegen laut dem Deutschen Städte- und Gemeindebund bei rund 5000 Euro im Monat. *H.H.*

»700 000 kamen ums Leben«

Friedland – Bei einer Gedenkfeier im Grenzdurchgangslager Friedland hat der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Bernd Fabritius, an das schlimme Schicksal der Russlanddeutschen erinnert. Nach Ausbruch des deutsch-sowjetischen Krieges 1941 seien sie aus der Wolgarepublik vertrieben worden. In Sibirien und anderen Regionen habe man sie harter Zwangsarbeit und weiteren Repressionen ausgesetzt, wobei laut Schätzung 700 000 Deutsche ums Leben gekommen seien. Fabritius, der auch Präsident des Bundes der Vertriebenen (BdV) ist, mahnte an, dass immer noch zu wenige Menschen in Deutschland von diesen Geschehnissen wüssten. Sie lasteten auf den Deutschen aus Russland wie ein generationenübergreifendes Trauma. Der BdV-Präsident dankte der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland für ihre Arbeit und hob hervor: „Das Schicksal der Deutschen aus Russland ist Teil der gesamten deutschen und gesamteuropäischen Geschichte.“ *H.H.*

Russland will Klima schützen

Moskau – Vergangene Woche hat Russlands Premierminister Dmitrij Medwedjew in Moskau eine Beitrittsresolution zum Pariser Klimaabkommen von 2015 unterzeichnet. Das Ende 2016 in Kraft getretene Abkommen sieht eine Begrenzung der Klimaerwärmung auf unter 1,5 Grad vor. Kremlchef Wladimir Putin hatte bereits im Juni eine baldige Ratifizierung des Abkommens angekündigt. Medwedjew betonte, dass die Teilnahme an diesem Prozess ein wichtiges Thema für sein Land sei. Angesichts der steigenden Zahl der Naturkatastrophen – in Sibirien tobten im Sommer die schlimmsten Waldbrände seit Jahren, und nach extremen Regenfällen kam es zu einer Jahrhundertflut – sei „Klimaschutz“ besonders für die Menschen wichtig, die in Regionen mit Permafrost leben. Wegen der Klimaerwärmung tauen die Böden dort bereits auf. Bis 2020 will die russische Regierung einen Maßnahmenkatalog für die Einhaltung der „Klimaziele“ von Paris entwickeln. Medwedjew will die Luftverschmutzung eindämmen und Wälder aufforsten. Wie er den CO₂-Ausstoß der Rohstoffgroßmacht, die mit den höchsten Ausstoß von Kohlendioxid weltweit produziert, verringern will, sagte er nicht. *MRK*

Am Sonntag wählen die Österreicher ein neues Parlament – Eine erstarkte FPÖ umwirbt Kurz

Neuaufgabe von Schwarz-Blau?

Ex-Kanzler Sebastian Kurz erhofft sich von der Parlamentswahl eine Rückkehr ins Kanzleramt. Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) schießt bereits wieder über die 20-Prozent-Marke.

Im Zuge der sogenannten Ibiza-Affäre zerbrach im Mai die Koalition aus der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) und der FPÖ, der damalige Kanzler Sebastian Kurz (ÖVP) wurde durch ein Misstrauensvotum gestürzt. Aus-

runge“ vorhersagten, haben sich die Gemüter wieder beruhigt. Selbst eine Neuaufgabe einer schwarz-blauen Koalition scheint nicht ausgeschlossen. In Umfragen stehen die Freiheitlichen bei etwa 20 Prozent. Zum Vergleich: Bei der Wahl 2017 erhielten sie 26 Prozent. An Kurz' ÖVP werden sie nicht herankommen, aber dass sie an der SPÖ vorbeiziehen, scheint nicht ausgeschlossen.

Seit Kurz' Sturz regiert eine Übergangsregierung aus hohen

als Ziel ausgegeben hatte, musste ebenfalls Federn lassen. So wurde bekannt, dass unmittelbar vor dem erfolgreichen Misstrauensvotum gegen ihn ein Regierungsbeamter fünf Drucker-Festplatten hatte zerstören lassen. Er hat die Daten von einer Spezialfirma vernichten lassen – allerdings unter Angabe eines falschen Namens. Kurz begründete dies damit, die Zerstörung habe bei einer externen Firma erfolgen sollen, damit nicht der Eindruck entstehe, die Regierung rechne mit ihrer Ab-

tritt ihres langjährigen Vorsitzenden Strache bereits kommissarisch geführt hatte.

Nach seiner Wahl zum FPÖ-Chef ging Hofer nur sehr kurz auf seinen Vorgänger ein, der nicht auf dem Parteitag in Graz anwesend war. Strache habe beim Wiederaufbau der FPÖ seit 2005 „Unglaubliches geleistet“. Die FPÖ sei in der Vergangenheit auf dem Weg, zur stärksten Partei Österreichs zu werden, jedoch mehrmals an sich selbst gescheitert – „jetzt wie-

den nur hauchdünn gegen den Grünen Alexander Van der Bellen unterlegen war. Im Gegensatz zum begnadeten Populisten Strache und dem Basis-Liebling Herbert Kickl, mit dem er einen engagierten Wahlkampf geführt hat und bis zum Ende bemüht war, die Partei über die 20-Prozent-Marke zu führen, gilt er als moderat und auch Wählern der Mitte vermittelbar. Schon sein Auftreten während des Parteitags machte deutlich, dass er die Partei straff und kompromisslos führen wird. So ließ er sich als neuer Vorsitzender von den Delegierten mehr Machtbefugnisse erteilen, um Parteimitglieder ausschließen zu können. „Wir müssen auch dort die notwendigen Maßnahmen setzen, wo wir erkennen müssen, dass jemand aus unserer Gesinnungsgemeinschaft etwas tut, was uns massiv schadet. Auch dort müssen wir rasch und entschlossen reagieren.“

Beobachter werten dies als Zugeständnis an Ex-Kanzler Kurz, der von seinem ehemaligen Koalitionspartner eine eindeutige Abgrenzung von Rechts-extremisten gefordert hatte. Ganz im Sinne einer Neuaufgabe von Schwarz-Blau ist auch, dass der Parteitag einstimmig Hofers Leitantrag beschloss, der sich für eine „vollständige Umsetzung des mit der ÖVP 2017 ausgearbeiteten Regierungsprogramms“ ausspricht.

Möglicherweise steht und fällt eine Neuaufgabe der schwarz-blauen Koalition mit einem Verbot der Identitären Bewegung. Die ÖVP möchte das Vereinsrecht dahingehend ändern, dass Verbote derartiger Organisationen schneller durchgeführt werden können. Die neue Regelung sei für die ÖVP eine „absolute Koalitionsbedingung“, erklärte Kurz. Dem ehemaligen und möglicherweise auch zukünftigen Kanzler haben sich sowohl die Grünen, die 2017 mit 3,8 Prozent an der Vier-Prozent-Sperrklausel scheiterten, als auch die Sozialdemokraten als Alternative zu den Freiheitlichen angeboten.

Peter Entinger



Der Rechte versucht seine Partei fit zu machen für eine Koalition mit der Partei des Linken: Die Spitzenkandidaten von FPÖ und ÖVP, Norbert Hofer und Sebastian Kurz (von rechts)

Bild: Imago images/Eibner Europa

löser für die Regierungskrise war ein 2017 heimlich aufgenommenes Video, auf dem der damalige Vizekanzler und FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache einer vermeintlichen reichen Russin Staatsaufträge in Aussicht stellt, wenn sie mit ihrem Geld der FPÖ an die Macht verhilft. Kurz löste die Koalition auf und wurde kurz danach durch ein Misstrauensvotum aus dem Kanzleramt gewählt.

Während zahlreiche Medien damals von einer „Niederlage des Rechtspopulismus“ schrieben und der FPÖ eine „Halbie-

Beamten. In den Umfragen liegt Kurz' ÖVP mit 31 bis 36 Prozent weit in Führung, ist die Sozialdemokratie mit 20 bis 23 Prozent abgeschlagen, liegt die FPÖ erstaunlich stabil bei 19 bis 21 Prozent, schaffen die Grünen mit zehn bis 13 Prozent fest den Wiedereinzug und können die liberalen NEOS – Das Neue Österreich und Liberales Forum – auf bis zu zehn Prozent kommen.

Der Wahlkampf stand bis zuletzt im Schatten der Ibiza-Affäre. Kurz, der nach dem Ende der Koalition noch „bis zu 40 Prozent“

wahl. Dieses Vorgehen wurde als „Schredder-Affäre“ bekannt.

Politik ist ein schnelllebiges Geschäft, auch in Österreich. Der einstige FPÖ-Chef und -Hoffnungsträger Heinz-Christian Strache spielte im Wahlkampf kaum eine Rolle, auch wenn er hinter den Kulissen an einem Comeback arbeitet. Nahezu einstimmig votierten die FPÖ-Delegierten zwei Wochen vor der Wahl für ihren ehemaligen Bundespräsidentenkandidaten Norbert Hofer, der die Partei nach der Ibiza-Affäre und dem Rück-

der«, so Hofer mit Blick auf das Ibiza-Video.

Gemeinsam mit dem ehemaligen Innenminister Herbert Kickl hat Hofer einen engagierten Wahlkampf geführt und war bis zum Ende bemüht, die Partei über die 20-Prozent-Marke zu führen. Bei den vergangenen Nationalratswahlen im Herbst 2017 kam die FPÖ auf knapp 27 Prozent, kurz vor Bekanntwerden lag sie bei 23 Punkten.

Hofer hatte europaweit für Aufsehen gesorgt, als er im Jahr 2016 bei der Wahl zum Bundespräsi-

Kompromittierende Bilder von Juan Guaidó

Venezuelas selbsternannter Interimspräsident traf sich mit kolumbianischen Drogenbossen

Seit rund zwei Wochen kursieren im Internet Fotos, die in einer Fernsehsendung namens „Con el Mazo Dando“ zu sehen waren und den von den USA und Teilen des Westens unterstützten selbsternannten Interimspräsidenten Venezuelas, Juan Guaidó, zusammen mit Jonathan Orlando Zambrano Garcia zeigen, den man auch „Patrón Pobre“ nennt, den „armen Patron“. Es handelt sich hierbei um ein führendes Mitglied der paramilitärischen „Rastrojos“, eines der größten Drogenkartelle in Kolumbien und, wie es heißt, das brutalste.

Guaidó reagierte auf die Enthüllung mit der Frage, wie die Regierung in Venezuela zu diesen Bildern gekommen sei, sowie dem Relativierungsversuch, er habe sich an diesem Tag mit vielen Leuten fotografieren lassen, da habe er nicht jeden kennen können.

Der Versuch einer Relativierung wirkt jedoch wenig erfolgversprechend, wenn man sich die Bilder vor Augen hält, die zeigen, wie Guaidó in ein Auto steigt, das Zambrano Garcia zu einem Hub-

schrauber lenkt. Außerdem handelt es sich dabei nicht um die einzigen Aufnahmen solcher Art. Eine andere zeigt Guaidó zusammen mit Alberto Lobo Quintero, dessen Kriegsname „Brother“ lautet, und eine weitere mit John Durán Contreras, genannt „El Menor“, der Kleine, jeweils Arm in Arm und nicht so wie auf einem Gefälligkeits-Foto. Diese beiden waren Chefs der „Rastrojos“, bevor sie verhaftet werden konnten. Ein Sprecher des venezolanischen Innenministeriums hat die Identität der beiden ebenso bestätigt wie die Polizei im kolumbianischen Cúcuta. Zu den kompromittierenden Bildern gehört auch noch eines, das Guaidó mit Iván Posso Pedrozo, genannt „Nandito“, zeigt, einem weiteren hochrangigen Mitglied des Drogenkartells.

Entstanden sind die Bilder an der venezolanisch-kolumbianischen Grenze, wo sich Guaidó von den Drogenbossen offenbar bei einem wegen seines Ausreiseverbots illegalen Grenzübertritt helfen ließ. Er war nämlich in Cúcuta von dem britischen Milliardär Richard Branson als Über-

raschungsgast zu einem Benefizkonzert eingeladen worden. Weitere Ehrengäste waren Chiles Präsident Sebastián Pinera, der kolumbianische Präsident Iván Duque Márquez und der Präsident von Paraguay, Mario Abdo Benítez.

Zuerst veröffentlicht hat das Material Wilfredo Canizares, Direktor der investigativen kolumbianischen Menschenrechts-Stiftung „Progresar“. „Progresar“ erläutert den ganzen Vorgang wie folgt: Die Einreise von Guaidó nach Kolumbien sei mit den Rastrojos abgestimmt gewesen, daher das Auftreten der beiden Anführer. Der Stiftung lägen Zeugenaussagen aus den umliegenden Gemeinden vor, denen zufolge Mitglieder des paramilitärischen Drogenkartells die Einwohner dazu gezwungen hätten, bis zur Ankunft von Guaidó ihre Türen 24 Stunden lang geschlossen zu halten.

Bei so viel Vorsicht kann es nicht verwundern, dass das Drogenkartell auf die Veröffentlichung der Fotos empfindlich reagiert. So gab es bereits einen Mordversuch auf das Kartellmit-

glied „Nandito“, das die Bosse durch die Veröffentlichung anscheinend als verbrannt und somit potenziell unzuverlässig betrachteten. „Nandito“ überlebte zwar den Anschlag, doch vier Mitglieder seiner Familie sind dabei getötet worden. Canizares stellt dazu die rhetorische Frage: „Vernichten die Drogenbosse so Beweise der Zusammenarbeit mit Guaidó?“

Zum Hintergrund Guaidós schreiben die US-Publizisten Dan Cohen und Max Blumenthal: „Während Guaidó sich aus dem Nichts materialisiert zu haben scheint, ist er in Wirklichkeit das Produkt von mehr als zehn Jahren eifriger Aufzucht durch die Regime-Change-Fabriken der Washingtoner Elite.“ Zentrales Organ hierfür sei das „National Endowment for Democracy“, ein Ableger der CIA. Dieses pflege enge Kontakte zu südamerikanischen Drogenkartellen, weil es mit Drogengeldern weltweit Umstürze finanziere. So ergäbe sich ein gleichseitiges Dreieck: Guaidó als CIA-Zögling und Freund von Drogen-Bossen, die CIA als Architekt von Farbrevolutionen

mit Geldern aus dem Drogenhandel und die Kartelle mit machtpolitischen Ambitionen.

An sich sollte der Skandal um die Bilder aus der südamerikanischen Drogen-Welt mit einem von Berlin anerkannten Putschisten auch in Deutschland zu einem Überdenken der außenpolitischen Paradigmen führen. Wenn dies schon nicht geschieht angesichts der Kriege, in die das Land durch die Gefolgschaft den USA gegenüber gezwungen wird, sollte es vielleicht die Nähe zur Organisierten Kriminalität tun.

Berlin handelt angesichts dieser Vorgänge nach der Art der drei Affen: nichts sehen, nichts hören, nichts sagen. Bei der Bundespresskonferenz gefragt, wie die Bundesregierung die Sache beurteile, ließ ein Sprecher einige Zeit darauf schriftlich wissen: „Die Aufnahmen sind dem Auswärtigen Amt aus der Medienberichterstattung bekannt. Zum Kontext der Aufnahmen oder den abgebildeten Personen liegen dem Auswärtigen Amt keine belastbaren Erkenntnisse vor.“ *Florian Stumfall*

Zwei Grüne wollen es wissen

Özdemir will Fraktionsvorsitzender werden – Kretschmann möchte Ministerpräsident bleiben

Nachdem Cem Özdemir seinen Hut in den Ring geworfen hat, um Fraktionsvorsitzender der Grünen im Bundestag zu werden, will es auch Winfried Kretschmann in Stuttgart wieder wissen.

Nach wochenlanger Bedenkzeit hat sich der grüne Ministerpräsident von Baden-Württemberg entschieden, im Jahre 2021 für eine dritte Amtszeit zu kandidieren. Der dann 72-Jährige will es noch einmal wissen. Der „anatolische Schwabe“ Özdemir hatte Tage zuvor zusammen mit der kaum bekannten Parteilinken Kirsten Kappert-Gonther seine Kandidatur für den Vorsitz in der grünen Bundestagsfraktion bekanntgegeben.

Kretschmann regiert seit 2016 mit einer grün-schwarzen Koalition. Bei der Landtagswahl 2016 wurden die Grünen mit 30,3 Prozent stärkste Kraft, die CDU landete mit 27,0 Prozent auf dem zweiten Platz, obwohl Baden-Württemberg lange als schwarze Hochburg galt. Lange ist im politischen Stuttgart bekannt, dass der frühere Parteichef der Grünen, Cem Özdemir, in Kretschmanns Fußstapfen treten möchte. Nun könnte Kretschmann, falls er wieder gewählt wird, in seiner letzten Legislaturperiode versuchen, Özdemir als seinen Nachfolgekandidaten aufzubauen. Dazu braucht dieser aber ein vorzeigbares Amt, das er derzeit nicht hat.

Vielleicht hat er deshalb am 24. September seine Kandidatur für den Vorsitz in der grünen Bundestagsfraktion bekanntgegeben. Mit ihm und der eher farblosen Katrin Göring-Eckardt als Spitzenkandidaten wurden die Grünen bei der Wahl vom 24. September 2017 die schwächste Kraft im Bundestag. Bei den Jamaika-Verhandlungen, bei denen Özdemir als Verhandlungsführer seiner Partei fugierte und noch als möglicher Außenminister gehandelt wurde, machte die FDP am Ende nicht mehr mit. Danach waren die hohen Posten weg. 2018 wurde er Vorsitzender des Bundestagsverkehrsausschusses. Dass sich der

ehrgeizige Özdemir auf Dauer mit einem solchen Amt zufrieden geben würde, war von Anfang an kaum wahrscheinlich.

Dass Özdemir zusammen mit Kappert-Gonther den Vorsitz der Grünen-Fraktion im Bundestag anstrebt, überrascht dennoch viele, wohl auch die bisherigen Fraktionsvorsitzenden, Katrin Göring-Eckardt und Anton Hofreiter. Göring-Eckardt und Hofreiter sorgen

welche die Fraktion seit 2013 gemeinsam führen, nicht mehr unumstritten.

Als der Realo Özdemir und die Parteilinke Simone Peters aus dem Saarland die Partei führten, flogen oft die Fetzen. Sie galten als Duo Infernale, weil sie versuchten, sich gegeneinander zu profilieren. Manche linken Grünen fürchten nun die Wiederholung dieser Profilierungsshow. Dabei könnte der

man als bürgerlich bezeichnen könnte. Er ist auch einer der wenigen Grünen, die mit Annegret Kramp-Karrenbauer koalieren würden, wenn es eine Mehrheit gibt, denn dann könnte er womöglich endlich Außenminister werden.

Özdemir wurde 1994 neben Leyla Onur von der SPD als erster Bundestagsabgeordneter mit türkischen Eltern in das deutsche

vorsitzender der Grünen. Die Frau, mit der sich Özdemir jetzt um den Fraktionsvorsitz bewirbt, ist Fachärztin für Psychiatrie und Psychotherapie, sie ist drogenpolitische Sprecherin der Grünen, außerdem ist sie Obfrau ihrer Fraktion im Gesundheitsausschuss. Kappert-Gonther wurde in der Friedens- und Anti-Atomkraft-Bewegung der 80er Jahre politisiert.



Stecken ihre Köpfe zusammen: Winfried Kretschmann und Cem Özdemir (von links)

Bild: imago/Sven Simon

seit Jahren für einen ruhigen Betrieb in ihrer Fraktion, aber die Oppositionsarbeit der Grünen-Fraktion im Bundestag wird wegen zu viel Harmonie kaum wahrgenommen. Die Fraktionspitze wird von dem erst nach der Bundestagswahl 2017 wie Phoenix aus der Asche emporgestiegenen Führungsduo in der Partei, Annalena Baerbock und Robert Habeck, überstrahlt. Deshalb sind Göring-Eckardt und Hofreiter,

Routinier Özdemir seine kaum bekannte Kollegin an die Wand drücken. Özdemir ist wegen seiner Schlagfertigkeit auch als Hinterbänkler eine Marke geblieben. Auch in den vergangenen zwei Jahren blieb er präsent, wenn auch oft nur als Türkei-Fachmann, der sich gerne mit Recep Tayyip Erdogan anlegte. Özdemir ist immer noch einer der bekanntesten Politiker der Grünen, er ist einer der wenigen Spitzengrünen, die

Nationalparlament gewählt. Bereits 1998 wurde er innenpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, dieses Amt legte er 2002 wegen der sogenannten Bonusmeilen-Affäre nieder. Nach der Bundestagswahl 2002 nahm er sein Bundestagsmandat nicht an. Erst nach einer Legislaturperiode im EU-Parlament von 2004 bis 2009 gelang ihm ein Comeback in Berlin. Er wurde für fast zehn Jahre Partei-

Wie die Wahl zwischen den beiden Paarungen ausgehen wird, ist schwer abzuschätzen. Die Amtsinhaber dürften einen leichten Vorteil haben. Viele Fraktionsmitglieder werden keinen Grund sehen, am Spitzenpersonal etwas zu ändern in Zeiten, in denen alles rundläuft. Interessant ist, was Cem Özdemir macht, wenn seine Partnerin Kappert-Gonther im ersten Wahlgang gegen die erfahrene Göring-Eckardt unterliegt. *Bodo Bost*

Schwieriger Spagat

Die CDU zwischen ökonomischer Vernunft und grüner Mode

Die Christdemokraten begehen sich in einen schwierigen Spagat. Einerseits versuchen wirtschaftsnahe Kreise die „Vergrünung“ der Partei zu stoppen, andererseits scheint das Thema Klimaveränderung gerade für junge Wähler auch in Zukunft maßgeblich zu sein.

Unions-Bundestagsfraktionsvize Andreas Jung erklärte daher, „eine Aufforstung der Union“ sei unerlässlich. Die CDU schließe mit dem Konzept eine Flanke, drängende Klimaziele könnten erreicht werden. „Weiter so kann nicht die Botschaft sein.“ Die Menschen müssten aber mitgenommen werden. Es könne nicht alles auf einen Schlag kommen. Deutschland müsse seine Anstrengungen erhöhen, damit es wie geplant seine „Treibhausgas“-Emissionen bis 2030 um mindestens 55 Prozent gegenüber 1990 verringern kann. Das für nächstes Jahr gesetzte 40-Prozent-Ziel wird nach aktuellem Stand verfehlt. Bis 2050 soll Deutschland dann „klimaneutral“ sein.

Generalsekretär Paul Ziemiak bereit die Bürger bereits auf eine Verteuerung vor. Der CDU-Politiker erklärte gegenüber dem Nachrichtenensender NTV, dass „Klimaschutz definitiv“ Geld kosten werde. „Jeder, der jetzt etwas anderes

erzählt, der hat wahrscheinlich von dem Thema keine Ahnung.“ Zugleich bekräftigte er, dass seine Partei keine neuen Schulden für den „Klimaschutz“ aufnehmen wolle. „Wir halten uns an die Schuldenbremse, und wir stehen zur schwarzen Null.“

Ob die Maßnahmen und Gesetze, welche die Bundesregierung in den vergangenen Tagen auf den Weg gebracht hat, tatsächlich verfangen werden, ist umstritten. Der Präsident des Deutschen Instituts

»Konjunktur und Klima zusammenbringen«

für Wirtschaftsforschung, Marcel Fratzscher, warnte vor falschen Weichenstellungen beim „Klimaschutz“. „Meine Sorge beim Paket zum Klimaschutz ist, dass die große Koalition eine schädliche Klientelpolitik betreibt, die zugunsten der Automobilbranche und Finanzbranche und zulasten der Steuerzahler und des Klimas geht“, sagte Fratzscher dem „Handelsblatt“. Dass Deutschland seine „Klimaziele“ für 2020 verpasse, sei ein Armutszeugnis. Nun seien massive Investitionen in den „Kli-

maschutz“ nötig, damit die Bundesregierung ihrer Verantwortung wieder gerecht werden könne.

„Konjunktur und Klima zusammenbringen“ hat der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Markus Söder als Lösung für die kommende Jahre ausgeben. Vor allem die Christsozialen machen intern Druck. Dies tun sie nicht einmal nur mit Blick auf die guten Werte der Grünen. Bayern ist ein immer noch stark landwirtschaftlich geprägtes Land. Wald- oder Bienensterben sind dort Themen, welche die Menschen berühren. Man müsse die goldene Mitte finden „zwischen Klima-Ignoranten und Klima-Panikern“, sagt Söder.

Um diese „goldene Mitte“ dürfte allerdings noch eine Zeit gerungen werden. Denn der Wirtschaftsrat der CDU wendet sich entschieden gegen Belastungen und Einschränkungen für Unternehmen und Verbraucher. Das Erreichen der „Klimaziele“ könne „nur durch technologischen Fortschritt und Innovation gelingen“, heißt es in einem Papier des Wirtschaftsrats. Der Generalsekretär Wolfgang Steiger mahnte, bei den Maßnahmen müsse vor allem die „Wettbewerbsfähigkeit der Industrie“ hierzulande berücksichtigt werden. *Peter Entinger*

Unterschätzte Gefahren

Der sogenannte legalistische Islamismus: Die stille Islamisierung

Neben der gewaltbereiten Dschihadistenszene rückt der sogenannte legalistische Islamismus immer mehr in das Visier von Sicherheitsbehörden und Medien. Vor Kurzem war der politische Islam in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ Thema. In ihren Jahresberichten warnen die Verfassungsschutzämter bereits seit längerer Zeit vor der Gefahr, die von radikalen Moslems ausgeht, die ihre Ziele mit politischen Mitteln innerhalb der bestehenden Rechtsordnung umsetzen wollen. Zur Realisierung dieser Strategie ist im Laufe der Zeit ein dichtes Netz von Organisationen und Moscheen entstanden, über die eine schrittweise Durchsetzung der Scharia im Alltag, eine sogenannte Islamisierung von unten, versucht wird.

In welchem Maß dieser radikale Islam noch immer unterschätzt wird, macht ein Vorgang in Berlin deutlich. Dort hatte im Mai Innensenator Andreas Geisel (SPD) mit Aussagen zur Deradikalisierung von radikalen Moslems für Aufsehen gesorgt. Geisel sagte, wenn bei Salafisten „die Abkehr von Gewalt stattgefunden hat, müssen wir jemanden finden, der sie glaubwürdig

aufnimmt – dafür eignet sich das legalistische Spektrum“.

Geisels Äußerungen lösten insbesondere bei jüdischen Institutionen starke Irritationen aus. Hingewiesen wurde unter anderem auf den Umstand, dass



Andreas Geisel

Bild: pa

die Muslimbrüder mit der palästinensischen Hamas liiert sind.

Nach dem Einsetzen massiver Kritik stellte der Berliner Innensenator klar, er plane keine Kooperation mit den Muslimbrüdern, auch sollten keine „Legalisten“ bei der Deradikalisierung von radikalen Moslems helfen.

MELDUNGEN

Unsicherheit durch Windkraft

Berlin – Die Zahl der Notsicherungsmaßnahmen im deutschen Stromnetz hat sich in den vergangenen Jahren vervielfacht. Wie aus der Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der AfD-Fraktion hervorgeht, mussten 2009 sogenannte Einspeisemanagement-Maßnahmen in einem Volumen von nur 73,7 Gigawattstunden (GWh) vorgenommen werden. 2018 umfassten die Maßnahmen bereits 5402,7 GWh und ein Jahr zuvor sogar 5518,0 GWh. Als Ursache für die zunehmend unsichere Stromversorgung gilt die rasante Zunahme von Windkraftanlagen. Die Stromversorger werden für die Notmaßnahmen entschädigt. Die Summe der Entschädigungszahlungen stieg von 6,0 Millionen Euro im Jahr 2009 auf 573,6 Millionen Euro 2017. Die diesbezügliche Zahl für 2018 liegt noch nicht vor. *H.H.*

Immobilien werden teurer

Wiesbaden – Laut Angaben des Statistischen Bundesamts ist ein Ende des Preisanstiegs bei Immobilien nicht in Sicht. Auch im zweiten Quartal des laufenden Jahres sind die Preise gestiegen, und zwar nicht nur in Großstädten und Stadtkreisen, sondern auch in ländlichen Regionen. Im Schnitt liegen die Wohnimmobilienpreise um 5,2 Prozent höher als im Vergleichsquartal des Vorjahres. In den sieben größten Metropolregionen Berlin, Hamburg, München, Köln, Frankfurt am Main, Stuttgart und Düsseldorf wurden Wohnungen und Häuser zehn Prozent teurer, in Großstädten ab 100 000 Einwohner sind es bis zu 7,6 Prozent und selbst in dünn besiedelten ländlichen Kreisen kosten Häuser und Eigentumswohnungen im Schnitt 4,2 Prozent mehr. Im ersten Quartal hatten die Preise für Wohnimmobilien ebenfalls um 5,2 Prozent zugelegt. *MRK*

Zeitzeugen

Bild: Daimler AG



Florian Reuter – Der Geschäftsführer (CEO) von Volocopter ist von Haus aus Wirtschaftsingenieur und arbeitete mehrere Jahre als Unternehmensberater. Danach war er als Venture Manager bei Siemens für den Aufbau von Technologie-Startups zuständig. Für ihn lässt sich der innerstädtische Verkehr nur über die Luft entlasten. Der Volocopter ist ein wahlweise mit Pilot oder autonom fliegender Kleinhubschrauber mit elektrischem Antrieb.

Volker Gollnick – Der ordentliche Professor an der TU Hamburg-Harburg hat dort den Lehrstuhl für Lufttransportsysteme inne und ist Gründungsdirektor des gemeinsamen von der TU und vom Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt betriebenen Instituts für Lufttransportsysteme.

Bild: Lilium



Daniel Wiegand – „Ich würde sogar meine Mutter in das Ding setzen“, sagte der Gründer von Lilium der Zeitschrift „t3n“ über den von ihm entwickelten Lilium Jet. Seine Firma mit Sitz in Gilching arbeitet an einem vollelektrischen Lufttaxi. Wiegand studierte Luft- und Raumfahrttechnik an der TU München. Im Februar 2015 gründete er mit drei Mitstudenten das Unternehmen. Wiegand wurde mehrfach als Jungunternehmer ausgezeichnet.

Stefan Kern – Der Wissenschaftler am Braunschweiger Institut für Flugführung des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt leitet zurzeit das Projekt City ATM, das sich mit Flugführungssystemen über Städten beschäftigt. Ende April 2019 wurden Flugversuche mit Drohnen an der Hamburger Köhlbrandbrücke durchgeführt. Das Team testete dabei, wie unter realen Bedingungen Kamera- und Inspektionsdrohnen eine Brücke untersuchen und dabei autonom fliegen können.

Bild: Sustainable Systems



Akshat Kasliwal – Der Chemieingenieur am Center for Sustainable System der Universität Michigan hat eine Studie über die Rolle von fliegenden Autos in umweltfreundlichen Mobilitätskonzepten durchgeführt. Er wies nach, dass Lufttaxis mit Elektroantrieben in Bereichen des innerstädtischen Luftverkehrs sinnvoll sind. „Mit diesen Senkrechtstartern lassen sich Nachhaltigkeit und kommerzielle Machbarkeit verbinden“, sagte er.

Eine neue Form des Fliegens

Lilium Jet, Volocopter, CityAirbus – Was Lufttaxis wirklich leisten können

Flugtaxis sind neuerdings in aller Munde. Laut der Unternehmensberatung Roland Berger sind weltweit um die 100 dieser Kleinflugzeuge in der Entwicklung. Alleine im Jahre 2017 sind rund 40 Projekte auf den Weg gebracht worden.

Flugtaxis sollen die verstopften Straßen in unseren Innenstädten entlasten oder für schnelle Zubringerdienste in großen städtischen Ballungsräumen sorgen. Vor allem versprechen die neuen elektrischen Antriebe eine neue Form des sauberen, weitgehend emissionsfreien Fliegens.

Ein Team um den US-Amerikaner Akshat Kasliwal von der University of Michigan hat untersucht, wie umweltfreundlich Flugtaxis wirklich sind. Dabei ging man vom stark kohlelastigen Energiemix in den USA aus. Ergebnis: Bis zu 35 Kilometern hat immer noch das Verbrenner-Auto die Nase vorn. Bei Entfernungen um 100 Kilometer ist das fliegende E-Taxi besser, aber immer noch schlechter als ein Elektroauto. Nach dieser Studie wären Flugtaxis in den Innenstädten eher weniger wirtschaftlich, bei Flügen ins Umland oder zwischen Nachbarstädten aber sehr wohl.

In Deutschland soll Ingolstadt Testgelände werden, und auch in Hamburg beschäftigen sich Wissenschaftler mit einem Konzept für den urbanen Luftverkehr. Fluggeräte, wie sie die deutschen Unternehmensgründungen mit einer innovativen Geschäftsidee und hohem Wachstumspotenzial (Startups) Lilium und Volocopter, aber auch der Airbus-Konzern entwickeln, sind typisch für diese entstehende Art Flugzeug. In der Regel sind es kleine Maschinen für zwei bis sechs Personen, die sich für Zubringerdienste oder Kurierflüge eignen. Der Lilium

Weltweit sind um die 100 Maschinen in der Entwicklung

Jet ist ein kleiner Senkrechtstarter mit ummantelten Fans an den Tragflächen. Volocopters Konstruktion verfügt über kleine, einzeln angetriebene Rotoren, die an einer schwenkbaren Ringkonstruktion über der hubschrauberartigen Kabine montiert sind. Der CityAirbus wird von vier großen, ummantelten Fans in schwenkbaren Gondeln angetrieben.

Während der Erstflug des CityAirbus noch auf sich warten lässt,

sind die beiden Konkurrenten bereits in der Luft. Der Lillium Jet ist im Mai zu seinem Erstflug aufgestiegen, nachdem Anfang des Jahres bereits ein kleinerer Erprobungsträger mit dem Antriebssystem geflogen war. Lilium strebt die Zulassung für 2024 an. Vom Volocopter fliegen bereits mehrere Prototypen. Volocopter hat seinen Kleinhubschrauber bereits in Dubai vorgeführt, um sich dort für Lufttaxi-Dienste zu bewerben.

Auch in Singapur plant das Unternehmen Demonstrationsflüge. Derartige Fluggeräte wären Teil eines luftgestützten Nahverkehrssystems, in dem auch Drohnen sowie konventionelle Flugzeuge und Hubschrauber unterwegs wären.

Wissenschaftler am Institut für Lufttransportsysteme der Technischen Universität Hamburg und des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR) haben jüngst ein Konzept für die urbane Luftmobilität vorgelegt. Die Forscher um den Professor Volker Gollnick betrachteten dabei nicht nur das Stadtgebiet, sondern auch

die wesentlich größere Metropolregion Hamburg.

Täglich pendeln rund eine halbe Million Menschen nach Hamburg hinein und wieder hinaus. Die Wissenschaftler setzten voraus, dass ein Prozent dieser Pendler auf Flugtaxis umsteigt. Damit würden täglich rund 4500 Flüge zusätzlich den Luftraum über Hamburg durchqueren. Das Konzept wäre machbar, würde allerdings die Situation am Boden kaum beeinflussen. „Das Verkehrschaos am Boden lässt sich durch Lufttaxis nicht beheben“, sagt Gollnick. Dafür sei die Zahl der Flüge zu gering.

Aber schnellere Reisezeiten sind möglich. „Durch Flugtaxis kann man auf vielen Strecken im Hamburger Stadtgebiet schon etwa die Hälfte der Reisezeit einsparen“, sagt Gollnick. Überwachung und Kontrolle des städtischen Luftverkehrs sollte eine lokale oder regionale Behörde übernehmen. Bislang fehlen hierfür aber geeignete Flugführungs- und Überwachungssysteme. Als nächstes wollen die Forscher untersuchen, wie hoch die Lärmbelastung wirklich wäre und ob die Bevölkerung das Mehr an Lärm akzeptieren würde.

Friedrich List



Bild: Volocopter, V. Kollwig

Über dem Flughafen Helsinki-Vantaa: Ein Volocopter mit zwei Sitzen sowie jeweils 18 Rotoren und Elektromotoren

Das fliegende Auto

Die Geschichte eines Traums und seiner Realisierungsversuche

Von einem Fluggerät, das auf der Straße genauso zuhause ist wie in der Luft, träumen Konstrukteure schon seit der Pioniertagen des Autos wie der Fliegerei. 1926 stellte Henry Ford einen experimentellen Einsitzer vor, den „Sky Flivver“. Es war eigentlich gar kein Auto, aber Ford wollte damit eine Art „Model T of the Air“ (Modell T der Lüfte) auf den Markt bringen. Dann kam erst die Große Rezession und danach der Zweite Weltkrieg dazwischen.

In der Sowjetunion baute das Konstruktionsbüro Antonow eine Art Lastensegler, indem man einen leichten Panzer mit einer Konstruktion aus Flügeln und Leitwerken versah. Ein schwerer Bomber sollte das Gerät dann in die Kampfzone schleppen und dort ausklinken. Aber es blieb bei einem gescheiterten Startversuch.

Nach dem Zweiten Weltkrieg kam die Entwicklung wieder in Schwung. So baute der US-Amerikaner Molt Taylor ein „Aerocar“, das sowohl auf der Straße wie in der Luft zuhause war. Die Tests waren erfolgreich, und 1956 bekam das „Aerocar“ sogar die Zu-

Am Markt durchsetzen konnte sich kein Modell

lassung für die Massenproduktion. Aber keiner wollte so ein Gerät kaufen.

Auch Ford trat wieder auf den Plan und stellte mit dem Volante Tri-Athodyne ein Fluggerät mit drei ummantelten Fanpropellern vor. Jeder Fan hatte aus Sicherheitsgründen seinen eigenen Mo-

tor. Hiller Helicopters, damals einer der wichtigsten Hubschrauberhersteller, versuchte sich an einem ähnlichen Fluggerät.

Die US-Armee schrieb 1957 einen Wettbewerb für einen „Flying Jeep“ aus. Chrysler sowie die Luftfahrtkonzerne Piasecki und Curtiss-Wright bekamen Aufträge für Prototypen, die alle erfolgreich flogen. Allerdings entschied die Armee dann, dass der „Flying Jeep“ für das moderne Gefechtsfeld ungeeignet sein würde. Das Hauptproblem war wohl aber, dass der Hubschrauber schon erfunden war und viele der Aufgaben eines „Flying Jeeps“ recht gut erfüllte. Piasecki bot sein Konzept auch als zivile Variante an, fand aber keine Käufer. In den 1980ern stellte ein ehemaliger Boeing-Ingenieur den „Sky Commuter“ vor, der ebenfalls ohne Kunden blieb.

F.L.

Ein Exzentriker mit kuriosen Konstruktionen

Die Entwicklungsgeschichte der sogenannten Flugautos ist reich an kuriosen Konstruktionen und exzentrischen Persönlichkeiten. Eine dieser Persönlichkeiten ist der heute 82-jährige US-Amerikaner Paul Moller. Er ist einer der bekanntesten und mittlerweile auch umstrittensten Vertreter der Flugwagen-Idee. Moller ist emeritierter Professor der Universität von Kalifornien. Anfang der 1990er Jahre stellte er seinen „Skycar“ erstmals der Öffentlichkeit vor. Mit dem „Skycar“ sollte Fliegen so leicht sein wie Autofahren.

Zunächst baute er einen Einsitzer, die M150, um die Machbarkeit seines Konzepts zu beweisen. Dann folgte ziemlich schnell die größere Moller M400 „Skycar“ für bis zu vier Personen. Die M400 war ein Senkrechtstarter mit acht Wankelmotoren in verkleideten und schwenkbaren Gondeln. Die saßen an den Spitzen von vier kurzen Flügeln und waren eine Eigenentwicklung von Moller selbst.

Paul Moller und sein Skycar

Jedoch schafften es Moller und sein Entwicklerteam nie, das ehrgeizige Steuerungssystem wirklich einsatzbereit zu machen. 2009 stieg die erste und einzige M400 zu einigen Flugtests auf. Allerdings war kein Pilot an Bord, und das Flugzeug machte Schwebeflüge an einem Sicherheitsseil. 2011 bewarb sich Moller mit der M400 für die Zulassung durch die US-amerikanische Experimental Aircraft Association, schloss den Prozess jedoch nie ab. Der Grund war schlicht Geldmangel. Bereits 2003 hatte die US-Börsenaufsicht gegen Moller wegen Betrugsverdacht ermittelt, und der hatte sich nur mit einer freiwilligen Strafzahlung vor weiteren Ermittlungen retten können. Enttäuschte Anleger hatte das nicht beruhigt. 2013 versuchte Moller, durch Crowdfunding neues Geld aufzutreiben, war jedoch erfolglos. Auch aus einem Joint-Venture mit einer chinesischen Firma wurde nichts. Selbst der Verkauf der Prototypen über die Auktionsplattform E-Bay scheiterte.

F.L.

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Vi.S.d.P.:

Dr. Sebastian Husen

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – ISSN 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2019: Inland 12 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 14,50 Euro, Luftpost 18,50 Euro. Abbe-

stellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 33.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Kopfschütteln über Chaos-Bezirk

Friedrichshain-Kreuzberg gilt als linkes Zukunftslabor – was nichts Gutes ahnen lässt



Ansichten wie in einem „gescheiterten Staat“: Das Gelände am Kottbusser Tor in Berlin-Kreuzberg

Bild: imago/Revierfoto

Erst vor Kurzem bezeichnete der CSU-Vizechef Manfred Weber eine schwarz-grüne Koalition als ein „Zukunftsmodell für Deutschland“. Zumindest ein Blick in den Berliner Szenebezirk Friedrichshain-Kreuzberg lässt starke Zweifel an einer Regierungsfähigkeit der Grünen aufkommen.

Der Berliner Innenstadtbezirk gilt traditionell als eine der Hochburgen der Grünen in Deutschland. Hier erlangte die Partei ihr erstes Direktmandat für den Bundestag. Bei der EU-Wahl im Mai holten die Grünen hier rekordverdächtige 40 Prozent. Ebenso bemerkenswert ist allerdings auch das Tempo, mit dem hier Grünen-Politiker und das gründominierte Bezirksamt regelmäßig für negative Schlagzeilen sorgen.

Jüngstes Beispiel ist eine Veranstaltung, die vom Bezirksamt über den Internetdienst Twitter beworben wurde. Dabei ging es um einen Workshop des FHXB Friedrichshain-Kreuzberg Museums, bei dem Erwachsene und jugendliche „Protestplakate“ entwerfen und drucken konnten. Illustriert war der Hinweis mit einem Plakat, das offenbar bei einem früheren Workshop entstanden war.

Zu sehen war darauf ein zylindertragender Vermieter mit Zigarre im Mund und einem Mieterhöhungs-schreiben in der Hand. Ihm gegenüber

stand eine wesentlich kleinere, ganz in Rot gehaltene Person mit Schild und Schwert in den Händen. Dazu als Text: „Kämpft gegen die Gier!“ Beobachter fühlten sich dabei nicht nur an sozialistische Klassenkampfpropaganda aus den 20er Jahren erinnert, sondern auch an antisemitische Hetze der NSDAP.

Das veranstaltende FHXB Museum war bereits 2017 in die Kritik geraten. Dabei ging es um eine Ausstellung, in der um mehr Verständnis für Drogen-dealer in Berliner Parks geworben wurde. In einer besonders umstrittenen Formulierung wurden die größtenteils afrikanischen Drogenverkäufer sogar als „unerschrocken und tapfer“ dargestellt, die im öffentlichen Raum vor dem Hintergrund „vielfältiger Widerstände arbeiten“.

Die grüne Bezirksbürgermeisterin Monika Herrmann verteidigte die Ausstellung seinerzeit als eine Auseinandersetzung mit einem Problem, das sich nicht löse, wenn man es totschweige. Unlängst löste Herrmann erneut Verwunderung aus. In einem Interview ging es abermals um den Görlitzer Park. Herrmann sagte dabei, sie würde als Frau nachts durch gar keine Parks mehr laufen.

Im Kontrast dazu steht, dass die Bezirksbürgermeisterin seit langer Zeit für eine Politik steht, die Toleranz und Verständnis predigt und nicht einmal Drogenhändler aus dem Görlitzer Park „ausgrenzen“ will. Wie weit diese Sichtweise in Kreuzberg geht, wurde im Mai deutlich, als ein Parkmanager in besagtem Park Standflächen für Drogenhändler farblich markierte. Die Aktion löste Reaktionen aus, in denen vom Freibrief für den Rauschgift-handel bis hin zur Kapitulation vor Kriminellen die Rede war.

Bemerkenswert war der Kommentar, den Friedrichshain-Kreuzbergs Baustadtrat Florian Schmidt (Grüne) zu den Standflächen für Dealer lieferte. Er sagte im RBB, dass man mit der Realität vor Ort umgehen müsse, bisher könne der Drogenverkauf immer nur verschoben werden.

Eigenwillige Sichtweisen sind inzwischen geradezu ein Markenzeichen des studierten Soziologen Schmidt geworden. Heftige Kritik musste der Baustadtrat etwa für das Versuchsprojekt einer verkehrsberuhigten „Begegnungszone“ in der Bergmannstraße einstecken. Über ein Jahr wurde dabei versucht, mit Zebrastreifen, Sitzgelegenheiten und grünen

Punkten auf der Fahrbahn eine Verkehrsberuhigung zu erzwingen. Aus Sicht des Bundes der Steuerzahler sind dabei allerdings nur hohe Kosten sowie eine Begegnungszone entstanden, in der sich niemand begegnet.

Tatsächlich beklagten auch Anwohner, ansässige Firmen, Radfahrer und Autofahrer das Projekt als unausgegoren. Selbst die Friedrichshain-Kreuzberger Bezirksverordnetenversammlung (BVV) sprach sich auf Antrag der Linkspartei für einen vorzeitigen Abbruch aus. Baustadtrat Schmidt setzte sich allerdings über den BVV-Beschluss hinweg.

Mittlerweile hat der Grünen-Politiker erneut für Diskussionsstoff gesorgt. Haarscharf an der Bezirksgrenze zu Neukölln will der österreichische Signa-Konzern am Hermannplatz einen Kaufhaus-Neubau errichten. Nach Plänen des Architekten David Chipperfield soll das Äußere des Gebäudes an das historische Kaufhaus aus den 20er Jahren angelehnt werden. Während Neuköllns Bürgermeister Martin Hikel (SPD) die Baupläne begrüßt, lehnt Schmidt das Projekt ab.

Mit seiner Verhinderungshaltung brachte sich Schmidt sogar auf Konfrontationskurs zum Regierenden Bürgermeister Michael Müller (SPD) und zur Wirtschaftssenatorin Ramona Pop (Grüne).

Norman Hanert

Hinrichtung wie im Mittelalter

Von THEO MAASS

Die Veranstalter behaupteten, sie hätten 270 000 Teilnehmer in Berlin auf die Beine gebracht. Die Polizei sprach hingegen von 100 000 Demonstranten. Eine beeindruckende Zahl? Vielleicht. Schaut man sich den tagelangen Medienrummel der Meinungsindustrie und die Zahl der Veranstalter und Unterstützer an, wird das schon weniger beeindruckend.

Weltweit sollte während des Schulunterrichtes „gestreikt“ werden, aber weltweit waren es wenige, an einigen Orten nicht einmal eine Handvoll. Berlin war der Schwerpunkt der Aktion. In den Linksblättern wie „Neues Deutschland“, „Junge Welt“ oder „Taz“ waren euphorische Berichte zu lesen. Alle Umfragen deutschlandweit bescheinigen den drei linken Parteien zusammen eine Wählerzustimmung zwischen 40 und 46 Prozent. Dabei ist es dann gleichgültig, ob die Grünen 15, 20 oder mehr Prozent erreichen. „Fridays for Future“ ist nichts als ein weiterer Versuch, gesellschaftliche Mehrheiten links zu organisieren, wie etwa zuvor „Me Too“ und andere Aktionen.

„Fridays for Future“ blockierte in Berlin Straßenkreuzungen und terrorisierte die arbeitende Bevölkerung mit kreativen Aktionen. Der Gipfel der Geschmacklosigkeit war sicherlich eine öffentliche „Hinrichtung“ am Galgen vor dem Brandenburger Tor, wo sich drei Aktivisten auf einen Eisblock stellten und einen Strick um den Hals hängten, um das ihrer Meinung nach drohende Ende der Welt zu symbolisieren.

Dieser Auftritt fand auch vor den Augen kleiner Kinder statt. Das hat mit unserer Zivilisation nichts mehr zu tun. Derartige „erzieherische“ Maßnahmen kennen wir aus Ländern, die zwar ihre Kultur haben mögen, aber unserer Zivilisation fern sind. Länder, in denen freitäglich Homosexuelle, Ehebrecher und dergleichen öffentlich und gerade auch durch erzieherische Hinzuziehung von Minderjährigen hingerichtet werden.

Umfragen zeigen zwar, dass mehr Leute als früher das Klima für wichtig halten, aber nur wenige dafür Geld ausgeben wollen. Das könnten die gleichen dekadenten Besserverdienenden sein, die mit dem Geländewagen ihre „Kids“ zu „Fridays for Future“ fahren, dem WWF Geld spenden und den Grünen ihre Stimme geben. „Wir sind hier, wir sind laut, weil ihr uns die Zukunft klaut“, krakeelte der jugendliche Pöbel der Schulschwänzer. Anderenorts würden derartige Schüler nach mehrmaligem unentschuldigtem Fehlen der Schule verwiesen werden. Nicht so im Irrenhaus Deutschland, dessen Zentrale offenbar in Berlin ist.

Die Blockade bröckelt

Ausgrenzung der AfD im Potsdamer Landtag kaum fortsetzbar

Als zweitstärkste Kraft ist die AfD im neuen brandenburgischen Landtag mit 23 Abgeordneten vertreten. Lediglich vier dieser Parlamentarier gehörten bereits der AfD-Fraktion in der vorhergehenden Wahlperiode an.

In der vergangenen Legislaturperiode stießen nahezu alle Anträge und Gesetzesinitiativen der AfD-Fraktion auf Ablehnung. Sogar für bundesweites Aufsehen sorgte die jahrelange Blockade, als die AfD einen eigenen Vertreter in die Parlamentarische Kontrollkommission entsenden wollte. Zusammengetreten war der Landtag im Herbst 2014. Nach diversen Anläufen und der Präsentation mehrerer Kandidaten akzeptierten die übrigen Fraktionen erst 2017 die AfD-Abgeordnete Christina Schade als neues Mitglied in dem Kontrollgremium über den Verfassungsschutz.

Zahlenmäßig ist die AfD im neuen Landtag so stark, dass die

Fortsetzung einer solchen Ausgrenzungsstrategie durch die anderen Fraktionen die Arbeitsfähigkeit des Parlaments insgesamt gefährden würde.

Im brandenburgischen Landtag sind insgesamt 88 Abgeordnete vertreten. Die stärkste

Nach der Wahl ist die Fraktion zu groß, um übergangen zu werden

Gruppe kurz vor der AfD stellt die SPD mit 25 Mandaten. Erstmals wird es in dieser Legislaturperiode zwei Landtags-Vizepräsidenten geben. Das Vorschlagsrecht steht dabei der zweit- und drittstärksten Fraktion zu. Zum Zuge kommen damit die Fraktionen der AfD und der CDU. Aufgrund der neuen

Stärke wird die AfD-Fraktion aber auch in mehreren Fachaus-

schüssen den Vorsitzenden stellen können.

Sehr wichtig für die Fraktion ist, dass sie nun eine wichtige Marke überschreitet: Stellt eine Fraktion nämlich im Landtag mindestens ein Fünftel der Abgeordneten, dann stehen ihr besondere parlamentarische Rechte zu.

Auch ohne Unterstützung anderer Fraktionen kann die AfD-Fraktion nun beispielsweise einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss einsetzen. Wegen ihrer umfassenden Rechte gelten diese Ausschüsse als das schärfste Schwert der parlamentarischen Opposition.

Das Überschreiten der 20-Prozent-Marke öffnet aber noch eine weitere Möglichkeit: Zur Überprüfung neuer Gesetze durch das Verfassungsgericht muss die Fraktion künftig nicht mehr auf eine Organklage zurückgreifen. Stattdessen kann sie gleich den Weg über die Einleitung einer abstrakten Normenkontrolle gehen.

N.H.

Nulltarif für alle?

Politiker streiten über den Umgang mit Schwarzfahrern

Zusammen mit der Landesregierung von Thüringen setzt sich der Berliner Senat im Bundesrat dafür ein, Schwarzfahren zur Ordnungswidrigkeit herabzustufen. Bislang gilt es als Straftat und kann mit einer Geldstrafe und sogar mit einer Freiheitsstrafe geahndet werden. Der thüringische Justizminister Dieter Lauinger (Grüne) sagte, dass derzeit zivilrechtliche Ansprüche der Verkehrsunternehmen mit Mitteln des Strafrechts gesichert würden.

Bundesweit treten jedes Jahr mehrere zehntausend Menschen Ersatzhaftstrafen an, weil sie auferlegte Bußgelder für Schwarzfahren nicht zahlen (können). Bei einem hohen Anteil handelt es sich erfahrungsgemäß um Drogenabhängige oder Obdachlose.

Schon längere Zeit setzten sich auch andere Grünen-Politiker wie der Berliner Justizsenator Dirk Behrendt und sein Hamburger Amtskollege Till Steffens für eine

Gesetzesänderung ein. Allerdings wies auch Nordrhein-Westfalens Justizminister Peter Biesenbach wiederholt auf Änderungsbedarf im Strafgesetzbuch hin. Der Unionspolitiker sprach sich dafür aus, die Bestimmung zum Schwarzfahren so zu ändern, dass

CDU fürchtet eine »Verlotterung« des Rechtssystems

es nur als Straftat gewertet wird, wenn dabei Kontrollmechanismen umgangen werden. Biesenbach verwies auf europäische Hauptstädte, in denen Zugangskontrollen selbstverständlich seien.

Kritik kommt von der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus. Deren rechtspolitische Sprecher Sven Rissmann warnte vor einer „gefährlichen Verlotte-

rung“ des Rechtssystems. Auch Gunnar Lindemann, Sprecher der Berliner AfD-Fraktion für den öffentlichen Personennahverkehr, kritisiert die Unterstützung des Senats für die Thüringer Initiative: „Das Ziel des Vorhabens ist leicht durchschaubar: Nulltarif für alle. Denn dann gäbe es gar keine Schwarzfahrer mehr“, so Lindemann zur PAZ.

Die Berliner AfD-Fraktion hatte im Mai einen Vorschlag gemacht, Drogenkonsumenten und Kleindealer, die mit kleinen Drogenmengen erwischt werden, nur mit einem Bußgeld zu belegen. Der AfD-Innenexperte Karsten Woldeit sagt, derzeit würden der Kleinhandel und der Drogenkonsum sowie so praktisch nicht verfolgt. Verfahren würden zwar eingeleitet, in der Regel aber später eingestellt. Woldeit sagte weiter, dass Bußgelder die Justiz und die Ermittler von solchen Verfahren entlasten könnten, bei denen es um kleine Drogenmengen geht.

N.H.

MELDUNGEN

Ex-BND-Chef kritisiert Merkel

London – Im Gespräch mit der britischen Zeitung „Express“ hat der frühere Chef des deutschen Bundesnachrichtendienstes (BND), August Hannig, schwere Vorwürfe gegen Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) erhoben. Mit ihrer Grenzöffnung im Jahr 2015 habe Merkel ein massives Sicherheitsrisiko für Deutschland und Europa geschaffen. Bei 300 000 Asylsuchern sei die Identität immer noch unklar. Im Unterschied zu ihren Vorgängern Kohl und Schröder sei Merkel zudem unfähig, gute Beziehungen zu ausländischen Staatsführern aufzubauen, nicht einmal zu Frankreichs Präsident Emmanuel Macron. Einzige Ausnahme sei ausgerechnet der chinesische Präsident Xi Jinping, so Hannig. *H.H.*

Kirche mischt sich ein

Moskau – Erstmals kritisieren russisch-orthodoxe Geistliche öffentlich die Kreml-Führung. In einem offenen Brief haben Dutzende Priester die Verurteilungen von Demonstranten, die im Vorfeld der Kommunalwahlen am 8. September verhaftet und teils zu langen Haftstrafen verurteilt worden waren, kritisiert. Mehr als 2000 Demonstranten waren festgenommen worden. Die Geistlichen forderten die Regierung auf, die Gerichte nicht länger zu instrumentalisieren, um Andersdenkende zu unterdrücken. Das Moskauer Patriarchat hat angekündigt, durch das Menschenrechtszentrum des von der Kirche gegründeten Weltkonzils des russischen Volkes prüfen zu lassen, ob die Rechte der Angeklagten verletzt worden seien. Die Verurteilten würden, falls erforderlich, juristischen Beistand der Kirche erhalten. Das ist außergewöhnlich, galt die Russisch-Orthodoxe Kirche doch bislang als wichtige Stütze Wladimir Putins. *MRK*

In einem halben Jahr werden in Frankreich erstmals Kommunalwahlen unter Beteiligung von „La République en Marche!“ stattfinden. Lokalpolitiker mit Amtsboni stehen Emmanuel Macrons Partei kaum zur Verfügung. Ihr verbleibt, auf den Amtsbonus des Staatspräsidenten zu setzen – und der hält sich in der Halbzeit seiner Präsidentschaft in Grenzen.

Auch wenn die Beliebtheit des französischen Präsidenten Emmanuel Macron seit dem Tiefpunkt im Dezember 2018, als er nach weniger als zwei Jahren Amtszeit mit einem Zustimmungswert von nur noch 23 Prozent einen historischen Unbeliebtheitsrekord aufstellte, inzwischen wieder auf 33 Prozent geklettert ist und die Zahl der Unzufriedenen von 66 auf 64 Prozent gesunken ist (ifop-JDD), ist der Ausgang der Kommunalwahlen für seine Partei „La République en Marche!“ (LREM, Die Republik in Bewegung!) risikobehaftet. Traditionell sind die Amtsinhaber im Vorteil. Doch LREM, die 2017 von Macron innerhalb von ein paar Wochen geschaffene Kunstpartei ohne lokale Verankerung, stellt keine Bürgermeister und verfügt auch nicht über gewachsene Parteistrukturen auf kommunaler Ebene. Sie kann lediglich darauf hoffen, dass sozialistische und bürgerliche Bürgermeister aus opportunistischen Gründen ihr Parteibuch wechseln und zur Wiederwahl als Marcheurs antreten. Doch angesichts der sehr begrenzten Beliebtheit von Macron ist dies für die Bürgermeister ein gewagter Schritt. Lediglich werterealistische Bürgerliche, in deren Städten Macron bei den Präsidentschaftswahlen gegen Marine Le Pen sowjetische Ergebnisse einfuhr und auch bei den EU-Wahlen die LREM-Kandidaten besser abschnitten als auf nationalem Niveau, dürften den Schritt tun. Ansonsten wird es wohl zu einem ideologisch inhaltsleeren Duell zwischen einem Macronisten und einem klassisch linken oder

rechten Amtsinhaber kommen, von dem gerade in den kleineren Städten Le Pens Rassemblement National (RN, Nationale Sammlungsbewegung) profitieren könnte. Auch die Le-Pen-Partei ist historisch auf lokaler Ebene weniger gut verankert als die Bürgerlichen und die Sozialisten, denn durch den sogenannten Sperrgürtel um den RN, die sogenannte republikanische Al-

Allgemeinen zur Zufriedenheit ihrer Wähler gearbeitet und somit nicht nur sie gute Chancen auf eine Wiederwahl haben, sondern noch weitere Städte einen rechten Bürgermeister bekommen könnten. Dies deutet auch eine neue IPSOS-Umfrage vom 13. September an: Demnach betrachten sechs Zehntel der Befragten die Einwanderer als eine Bedrohung. 65 Pro-

zenten 73 Prozent für manipuliert zum Nutzen der Reichen und der Eliten. 75 Prozent glauben, dass den traditionellen Parteipolitikern die einfachen Menschen egal sind, und 77 Prozent setzen ihre Hoffnung in einen starken Führer, der in der Lage ist, die bisherigen Spielregeln außer Kraft zu setzen und so die Lage im Land zu verbessern. Eine Umfrage mit Sprengstoff, zumal

über finden, die auf die Einwanderung in den kommenden drei Jahren ihren Wahlkampf baut. Hören wir auf naiv zu sein, lassen wir uns dieses Thema nicht aufdrängen.“ Damit hat Macron selbst ausgedrückt, dass es nicht um die Begrenzung der Immigration geht, sondern darum, die Immigration so zu verkaufen, dass der Wähler nichts merkt. Aufgrund seines



Eine 2017 innerhalb von ein paar Wochen geschaffene Kunstpartei ohne lokale Verankerung: „La République en Marche!“ Bild: pa

lianz gegen rechts, konnten die Rechten bisher fast immer im zweiten Wahlgang an der Übernahme eines Rathauses gehindert werden. Doch bereits bei den letzten Kommunalwahlen 2014 verlor die Strategie an Effizienz: Der Front National (FN, Nationale Front), wie die Partei damals noch hieß, und von ihm unterstützte Einzelkandidaten eroberten 14 Rathäuser. Es scheint, dass die rechten Bürgermeister im

zent glauben sogar, dass ihre Aufnahme Frankreich schade. Doch noch beunruhigender für das Establishment dürfte sein, dass die Wähler langsam Zusammenhänge zu verstehen scheinen: 45 Prozent sagen, dass durch die Ankunft der Immigranten den Franzosen Sozialleistungen vorenthalten werden, und 54 Prozent wünschen eine Bevorzugung der Franzosen auf dem Arbeitsmarkt. Die Wirtschaft hal-

wenn man bedenkt, dass weltweit nur 49 Prozent der Menschen Hoffnung in einen Diktator setzen. Macron hat den Ernst der Lage erkannt und ist sich bewusst, dass er auf einem Pulverfass sitzt, das jeden Moment wieder, wie im Dezember 2018 bei den Gelbwestenprotesten, explodieren kann. Aus diesem Grund schlägt er nun andere Töne an: „Und 2022 werde ich mich Marine Le Pen gegen-

neuen Einwanderungsgesetzes vom vergangenen Jahr, das die Familienzusammenführung weiter erleichtert, erteilte der Staat die Rekordzahl von 255 000 legalen Aufenthaltsgenehmigungen. Dazu kommt die illegale Einwanderung, die explodiert. Macron ist ein Gesellschaftsrevolutionär, der nach Lenins Devise handelt: „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück.“ *Eva-Maria Michels*

Klatsche für Tunesiens politische Klasse

In die Stichwahl um die Präsidentschaft gehen zwei systemkritische Außenseiter – Einer saß während des ersten Wahlgangs im Gefängnis

Sieben Millionen Tunesier hatten beim ersten Wahlgang der zweiten freien Präsidentschaftswahl seit der Revolution von 2011 die Wahl zwischen 26 Kandidaten. Die absolute Mehrheit konnte keiner der Kandidaten erringen. Also muss eine Stichwahl entscheiden. Für diese zweite Runde der Präsidentschaftswahlen qualifizierten sich zwei systemkritische Kandidaten, die niemand auf dem Bildschirm hatte, die im Wahlkampf keinerlei Referenzen an den Islam gemacht hatten und von denen einer im Gefängnis sitzt. Die beiden Bestplatzierten sind der unabhängige Rechtsgelehrte Kais Saied mit 18,4 Prozent der Stimmen sowie der Geschäftsmann und derzeitige Gefängnisinsasse Nabil Karoui, der 15,6 Prozent der Stimmen erhielt. Erst knapp hinter Karoui kam der Vertreter der radikal-islamischen Ennahda (Bewegung der Wiedergeburt), Abdelfettah Mourou, mit 12,9 Prozent auf den dritten Platz. Der derzeitige Ministerpräsident, Youssef Chahed, landete noch hinter Abdelkrim Zbidi, der 10,7 Prozent der abgegebenen, gültigen Stimmen auf sich vereinigen konnte, mit 7,4 Prozent auf dem fünften Platz. Dieses Ergebnis ist ein echter Donnerschlag für die neue politische Klasse Tunesiens,

die seit der Revolution von 2011 an die Macht gekommen ist. Es könnte eine Zeit großer Unsicherheit im Pionierland des Arabischen Frühlings eröffnen. „Dies ist ein außergewöhnlicher Tag für die Demokratie und für die Geschichte des Landes“, sagte Karoui in einem Brief, der von seiner Ehefrau Salwa Smaoui in der Zentrale seiner Partei Qalb Tounes (Herz Tunesiens) verlesen wurde. „Wir hoffen, dass er morgen freigelassen wird“, sagte Karouis Frau vor einer Menge jubelnder Anhänger. Der 56-Jährige sitzt seit dem 23. August hinter Gittern und soll wegen Geldwäsche und Steuerhinterziehung angeklagt werden. Der Gründer des Privatsenders Nessma hatte sich bislang durch die Organisation von Wohltätigkeitsaktionen in benachteiligten Gebieten des Landes einen Namen gemacht. Auch sein Gegenkandidat, der ein halbes Jahrzehnt ältere, unabhängige Gelehrte Kais Saied, ist ein Unikum im politischen Leben. Wegen seines strengen Auftretens und seines stets teilnahmslosen Gesichts hatte er den Spitznamen „Robocop“. Er verzichtete auf jeglichen öffentlichen Auftritt. Klinkenputzen und Hausbesuche waren im Wahlkampf seine Spezialität. „Wenn ich zum Präsidenten gewählt werde, werde ich mein

Programm anwenden“, sagte er gegenüber der französischen Nachrichtenagentur AFP in einer kleinen heruntergekommenen Wohnung im Zentrum von Tunis, umgeben von 15 Personen, die seine Kampagne organisiert hatten. Saied, der den Tunesiern seit der Revolution von 2011 als Kommentator der politischen Szene im

Fernsehen bekannt ist, hat keine Partei, die ihn unterstützt, und hatte erstmals einen Wahlkampf bestritten. Die Wahl scheint von einer Unzufriedenheit unter jungen Menschen geprägt gewesen zu sein, die „eine politische Klasse satt hat, die nicht auf wirtschaftliche und soziale Erwartungen reagiert“,

sagte der politische Analyst Hamza Meddeb. Der Ekel über die politische Klasse hat den beiden systemkritischen Kandidaten in die zweite Runde verholfen. Auch die große Anzahl von 26 Kandidaten war nicht ein Zeichen gewachsenen Demokratieverständnisses, sondern eher ein Zeichen der Zersplitterung der

politischen Szene und des wachsenden Gefühls der Ablehnung durch „Eliten“. Viele Wähler hatten gegenüber AFP eingeräumt, bis zum letzten Moment nicht zu wissen, wen sie wählen sollten. Vor allem die wachsende Arbeitslosigkeit, die insbesondere viele junge Menschen plagt, sowie die in den letzten Jahren stark gestiegenen Lebenshaltungskosten haben die Menschen bewegt. Die Wahl ist ein „Test“ für die junge tunesische Demokratie, weil es sein könnte, dass mit dem Sieg eines systemkritischen Kandidaten das gesamte politische Spektrum Tunesiens, das bisher durch die Ennahda und die sozialistische Gewerkschaftsbewegung geprägt war, infrage gestellt wird. Obwohl die Abstimmung sehr spannend war, weil es keinerlei verlässliche Prognosen gab, hatten sich nur 45 Prozent der Wahlberechtigten des arabischen Mutterlandes der Demokratie am ersten Wahlgang beteiligt. Er fand in einer ruhigen Atmosphäre statt. Rund 70 000 Angehörige der Sicherheitskräfte waren mobilisiert und Tausende von Beobachtern von Parteien und internationalen Institutionen haben die Wahlen beobachtet. Das lässt auf einen gleichfalls ordnungsgemäßen zweiten Wahlgang hoffen, wer immer ihn auch gewinnen mag. *Bodo Bost*



Ihre Stichwahl macht in Tunesien Schlagzeilen: Nabil Karoui und Kais Saied (v.l.)

Bild: pa

»Haltet den Dieb«

Die wahren Ursachen für die beginnende Rezession

Der Globus steht am Beginn einer tiefgreifenden Rezession. Es mehrren sich Stimmen, die vor einem Wirtschaftszusammenbruch bislang ungekannten Ausmaßes warnen. Nach dem Motto „Haltet den Dieb“ wird versucht, der Öffentlichkeit weißzumachen, der Brexit und US-Präsident Donald Trump seien die Verursacher, aber die Ursachen sind ganz andere.

Seit die Briten im Jahr 2016 in einem Referendum für den Austritt des Vereinigten Königreiches aus der EU votiert und die US-Amerikaner – einige Monate später – Donald Trump zum 45. Präsidenten der USA gewählt haben, werden nahezu täglich die Gefahren beschworen, die von einem Brexit und der neuen US-amerikanischen Handelspolitik für die Weltkonjunktur ausgehen.

Vor allem in deutschen Redaktionsstuben wird bereits seit Jahren eifrig an dem Narrativ geschmiedet, die konjunkturelle Abkühlung sei nahezu ausschließlich auf das Brexit-Chaos und die Twitternachrichten des aktuellen US-Präsidenten zurückzuführen. Dieser Einschätzung haben sich zahlreiche in Verantwortung stehende Politiker in der Bundesrepublik und der EU nur allzu gern angeschlossen. Einer realistischen Bewertung hält diese einseitige Schuldzuschreibung indes nicht stand.

Betrachtet man zunächst das laufende Austrittsverfahren des Vereinigten Königreiches, so wird dies maßgeblich durch das unachgiebige Verhalten der EU bestimmt. Der noch mit Theresa May ausgehandelte Vertrag sollte vor allem Signalwirkung auf andere Mitgliedsstaaten haben, die ebenfalls mit einem Austritt liebäugelten. Für jeden britischen Politiker waren seine Bedingungen unannehmbar, und er wurde vom Unterhaus in London folgerichtig abgelehnt.

Keine Einigung fand man jedoch zu möglichen Alternativen. Das anhaltende Gezerre verur-

sacht zwar ein erhebliches Maß an Unsicherheit, das sich auch auf die Wirtschaft niederschlägt, allerdings hatten betroffene Unternehmen in den letzten drei Jahren genügend Zeit, sich auf diese Situation einzustellen und haben diese auch entsprechend genutzt.

Würde es zu einem harten Brexit kommen, so wären sowohl die EU als auch Großbritannien an die Regeln der Welthandelsorga-

Regelungen im Falle eines Austritts relativ reibungslos umzusetzen. Zu den an die Wand gemalten Horrorszenarien einer Knappheit an Lebensmitteln und Medikamenten dürfte es jedoch kaum kommen, da die Briten derartige Waren im Bedarfsfall zu nächst zollfrei stellen könnten.

Die Schaffung von Unsicherheit ist auch der Vorwurf, den seine Kritiker dem derzeitigen US-Präsidenten gerne vorhalten. Dies ist

höher zu verzollenden chinesischen Waren.

Die von den USA verfolgte Politik zeigte dabei durchaus Erfolge. Das US-amerikanische Handelsbilanzdefizit gegenüber China sank zu Beginn des laufenden Jahres. Die bislang verhängten Handelssanktionen wurden zudem mehrere Monate im Voraus angekündigt und erlaubten es der Wirtschaft, sich hierauf einzustellen.



Systematisch versuchen deutsche und kontinental-europäische Mainstreammedien und -politiker ihnen den Schwarzen Peter zuzuschieben: Großbritanniens Premier Boris Johnson und US-Präsident Donald Trump (von links)

Bild: imago images/ i Images

nisation gebunden. Diese verlangen die Einhaltung des Meistbegünstigungsprinzips, was nichts anderes bedeutet, als dass die Union den Briten zukünftig nur die Zölle abverlangen darf, die sie auch auf Importe anderer Drittstaaten erhebt. Im Durchschnitt liegen diese aktuell bei rund fünf Prozent.

Die derzeit noch offene Frage ist, ob es dem Vereinigten Königreich und der EU gelingt, diese

nicht ganz unberechtigt, doch es gehört zum strategischen Kalkül von Donald Trump, die US-amerikanischen Handelspartner so zu größeren Zugeständnissen zu bewegen. In der Regel handelte es sich bislang nur um eine Androhen von Sanktionen. Erst Anfang 2018 erhöhte die USA erstmals Zölle auf wenige Importprodukte aus China. Im September 2018 und im August dieses Jahres folgte eine weitere Liste von künftig

Es soll nicht verhehlt werden, dass sowohl der Brexit als auch die Wirtschaftspolitik des US-Präsidenten durchaus Verlierer kennen. Für die Entwicklung der Weltkonjunktur dürften sie jedoch von untergeordneter Bedeutung sein.

Die beginnende Rezession hat tatsächlich ganz andere Ursachen. Zum einen befindet sich die Weltwirtschaft seit der Lehman-Pleite 2007 in einer anhaltenden Wachs-

Der Fingerzeig auf den Brexit und die US-Handelssanktionen dürften demnach vor allem dazu dienen, vom Versagen der Geldpolitik im größten Wirtschaftsraum der Welt abzulenken, um den Schwarzen Peter solchen Politikern zuzuschieben, die, wie Donald Trump oder Boris Johnson, erklärtermaßen für eine an nationalen Interessen ausgerichtete Wirtschaftspolitik stehen.

Dirk Pelster

Streit um 13 Milliarden Euro

Apple und EU-Kommission vor dem Gericht der EU

Mehr als drei Jahre nach der Entscheidung der EU-Kommission, Apple müsse 13 Milliarden Euro an Steuern nachzahlen, trafen sich die Parteien in der vergangenen Woche vor Gericht. Der I-Phone-Konzern bekräftigte vorletzten Dienstag vor dem Gericht der EU (EuG) in Luxemburg, dass die Erträge von zwei irischen Tochterfirmen vor allem in den USA zu versteuern gewesen seien: „Apple zahlt jetzt rund 20 Milliarden Euro Steuern in den USA auf dieselben Gewinne, die laut der Kommission auch in Irland besteuert werden müssten.“ Die Kommission warf Apple vor, nur Verwirrung zu stiften. Sie betonte ihre Sichtweise, dass Irland die Steuern zu niedrig angesetzt habe. EU-Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager hatte Apple im August 2016 aufgefordert, die Milliardensumme in Irland nachzuzahlen, weil das Land dem Konzern eine unzulässige Sonderbehandlung bei den Steuerkonditionen gewährt habe. Die Fronten sind seitdem verhärtet. Konzernchef Tim Cook etwa hatte die Kritik der Dänin, Apple habe in Irland im Jahr 2014 eine Körperschaftssteuer von nur 0,005 Prozent bezahlt, als „politischen Dreck“ bezeichnet.

US-Giganten wie Facebook, Google und eben Apple haben alle

Niederlassungen in Irland. Grund dafür ist, dass der irische Staat den Technik- und Internetfirmen veritable Steuervergünstigungen bietet. Konkret soll dies durch ein kompliziertes Modell geschehen sein, bei dem die Gewinne der US-Konzerne unter anderem über betriebsinterne Umbuchungen reduziert wurden. Nahezu die gesamten von Apple erwirtschafteten Gewinne seien intern einem „Verwaltungssitz“ zugewiesen worden. Die Prüfung der Kommission ergab, dass diese „Ver-

Ein Ende des Gerichtsstreits ist nicht abzusehen

waltungssitze“ nur auf dem Papier bestanden und keine derartigen Gewinne hätten erwirtschaften können.

Apple hat zwar seine 13 Milliarden Euro hohe Steuerschuld an Irland mittlerweile bezahlt, aber auf ein Treuhandkonto. Die Kampagne, nach der Apple „praktisch keine Steuern“ zahle, ignoriere, wie viele Steuern Apple weltweit abführe, und suche nur billige Schlagzeilen, führte Apples Anwalt Daniel Beard vor dem Gericht in Luxemburg aus. Man sei der weltgrößte Steuerzah-

ler und Irland, wo Apple bereits seit 1980 eine Niederlassung unterhält, hielte sich an die Regeln. In seiner Erwidierungs-Klage warf Apple der EU-Kommission „schwerwiegende Fehler“ vor, da diese nicht erkannt habe, „dass die gewinnbringenden Tätigkeiten“ der irischen Firmentöchter, „insbesondere die Entwicklung und Vermarktung geistigen Eigentums“, in den Vereinigten Staaten kontrolliert und verwaltet würden. Die Gewinne, die mit diesen Tätigkeiten erzielt würden, seien den Vereinigten Staaten zuzuordnen, nicht Irland.

Ein Ende des Gerichtsstreits ist noch nicht abzusehen, unabhängig davon, wann die Luxemburger Richter ihr Urteil bekannt geben. Nach der Entscheidung des EU-Gerichts können beiden Seiten noch in Berufung beim Europäischen Gerichtshof gehen. Das dürfte den Streit um weitere Jahre verlängern.

Für EU-Wettbewerbskommissarin Vestager war das Verfahren gegen Apple ein Prestigeprojekt. In der neuen Kommission unter Ursula von der Leyen soll sie künftig auch als Vizepräsidentin für das Thema Digitale Agenda zuständig sein. Zu ihren Aufgaben könnte die Einführung einer EU-weiten Digitalsteuer gehören, wenn sich auf globaler Ebene dazu keine Einigung finden lässt. *Peter Entinger*

Die Crux mit der 737 MAX

Unglücksflieger reißt Boeing in die Krise

Die Boeing Company ist mit einem Börsenwert von 213 Milliarden US-Dollar das weltweit führende Luftfahrtunternehmen. Doch nach zwei Abstürzen und erheblichen technischen Problemen hatte die Aktie teilweise um bis zu 30 Prozent nachgegeben. Mittlerweile hat sich die Lage entspannt, obwohl der Konzern immer noch mächtig Ärger hat.

So muss sich Boeing bei der angestrebten Wiederzulassung seiner nach zwei Abstürzen mit Startverboten belegten Baureihe 737 MAX weiter gedulden. Nach Aussage des Präsidenten der US-Luftfahrtbehörde FAA, Stephen Dickson, gibt es weiter keinen festen Zeitplan für eine mögliche Betriebsgenehmigung. „Ich kann Ihnen garantieren, dass der Flugzeugtyp nicht wieder abhebt, bis ich davon überzeugt bin, dass es die sicherste Sache da draußen ist“, sagte Dickson. Die Abstürze von Boeing 737 MAX 8, bei denen im Oktober 2018 und diesen März insgesamt 346 Menschen starben, haben Boeing in eine schwere wirtschaftliche Krise geführt. Der bis dahin bestverkaufte Flugzeugtyp 737 MAX ist inzwischen seit gut einem halben Jahr mit Flugverboten belegt. Von der Maßnahme sind viele Fluggesellschaften be-

troffen. Selbst auf dem Mitarbeiterparkplatz stehen nagelneue 737-MAX-Flugzeuge, die nicht an Kunden ausgeliefert werden können. Boeing hat die Produktion im Zuge der Flugverbote zwar um ein Fünftel gedrosselt, doch werden auch jetzt noch in der Hoffnung



Boeing 737 MAX

auf eine rasche Wiederzulassung rund 42 Maschinen pro Monat gefertigt.

Allein im zweiten Quartal brockte das 737-MAX-Debakel dem Airbus-Rivalen einen Rekordverlust von 2,9 Milliarden Dollar (2,6 Milliarden Euro) ein. Der Um-

MELDUNGEN

Niederlage für Brexit-Kämpfer

London – Großbritanniens Oberster Gerichtshof hat die Zwangspause für das Parlament des Landes als unzulässig erklärt. Damit können sich im Parlament Brexit-Gegner gegen Premierminister Boris Johnson formieren, der am geplanten Austritt aus der EU am 31. Oktober notfalls auch unter harten Bedingungen ohne weitere Parlamentsdebatten festhalten wollte. Johnson ließ die Sitzungsperiode Mitte September unter Zustimmung von Queen Elizabeth für fünf Wochen unterbrechen. Der Richterspruch gegen Johnson kratzt damit auch an der Autorität der Monarchin. Zuvor hatte ein schottisches Gericht die Zwangspause für illegal erklärt. *tws*

Motor Medizin-Tourismus

St. Petersburg – Prognosen zufolge könnten die Einnahmen durch Medizin-Tourismus zukünftig um 25 Prozent jährlich wachsen und bis 2025 auf eine Milliarde US-Dollar steigen. Anlass zu dieser positiven Aussicht geben die Zahlen der ersten Jahreshälfte 2019: Mehr als 500 000 Ausländer besuchten Russland zu medizinischen Zwecken, 200 000 mehr als im gesamten vergangenen Jahr. Neben Einwohnern der GUS-Staaten kommen zunehmend auch EU-Bürger. *MRK*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
1.925.749.880.556 €
Vorwoche: 1.925.790.216.126 €

Verschuldung pro Kopf:
23.196 €
Vorwoche: 23.196 €

(Dienstag, 24. September 2019, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Schon wieder

Von Manuela Rosenthal-Kappi

Derzeit tourt Bundesgesundheitsminister Jens Spahn um die Welt, um ausländische Pflegekräfte nach Deutschland zu holen. Im Juli war er im Kosovo und hat dort eine Vereinbarung unterzeichnet, um Pflegekräften aus dem Kosovo einen leichteren Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt zu verschaffen. Diese Vereinbarung diene als Vorlage für weitere, die Spahn in anderen Ländern abschließen will. Im Gespräch waren Mexiko, Brasilien oder die Philippinen. Zuletzt hat Spahn in Mexiko eine entsprechende Vereinbarung unterzeichnet. Zur Begründung heißt es, dass in Deutschland mindestens

50 000 Fachkräfte fehlten, und vakante Stellen in der stationären Altenpflege nur vereinzelt neu besetzt werden könnten. Fragt sich, was aus all den angeblichen Fachkräften wurde, die 2015 im Zuge der Asylkrise ins Land geströmt sind. Sollten sich unter ihnen doch nicht so viele Mediziner und Lehrer befunden haben, welche freie Stellen annehmen können? Nach vier Jahren sollte es doch möglich sein, zumindest einen Teil der zu Hunderttausenden zu uns gekommenen entsprechend auszubilden und einzusetzen. Wozu braucht es dann schon wieder neue ausländische „Fachkräfte“?

Kannibalismus

Von Florian Stumfall

Wie bei manch anderen Programmen zur Menschheits-Beglückung, von der Rundum-Versorgung der Bürger durch den Staat bis zum Genuss von Rauschgift, erwartet man auch in den Tagen der allumgreifenden Klima-Not Heil und Hilfe aus der moralischen Großmacht Schweden. Und das Land bestätigt seinen Ruf als Hoffnung in schwerer Zeit und schickt Hilfe, Unterstützung und Beistand in Form einer epochalen Idee.

Hat doch ein gewisser Professor Magnus Söderlund, Leiter des einschlägigen Zentrums an der Stockholm School of Economics und zuständig für Marketing, passend zu der gleichzeitig stattfindenden Messe „Gastro Nord“ im Fernsehsender TV4 vorgeschlagen, man solle, um den Klimawandel zu bekämpfen, den Kanni-

balismus einführen. Zum Thema „Essen von Menschenfleisch“ hält Söderlund sogar Seminare ab.

Ach! Vorbei die Zeiten, als man die Forderung, um des Klimas willen auf Kinder zu verzichten, als den Höhepunkt der Perversion ansehen durfte. Doch immerhin – dieser Gedanke wird durch die Kannibalismus-Initiative aufs Glücklichste ergänzt. Auf diese Weise kann man Kinder, die verantwortlich zur Welt gekommen sind und hier Klima-Schaden anrichten, wieder entfernen.

Allerdings zeigt der Professor Feingefühl. Zuerst müsse das konservative Tabu gegen die Menschenfresserei beseitigt werden. Dann aber sei der wichtigste Punkt, „dass die Person, die gegessen werden soll, tot sein muss“.

Ruf nach der »guten« Diktatur

Von Erik Lommatzsch

Über 30 Jahre sind ins Land gegangen, seit Herbert Grönemeyer „Kinder an die Macht“ forderte. Mit Blick auf den Kotau, den die große Politik vor den unreflektierten Forderungen der jungen „Fridays for Future“-Demonstranten macht, scheint eine derartige Machtübernahme nicht mehr weit zu sein. Beim „UN-Jugendklimagipfel“ trat Generalsekretär António Guterres folgerichtig vor allem als „Zuhörer“ auf. In einem inzwischen offenbar breit akzeptierten Rigoismus erklärte Greta Thunberg: „Wir haben gezeigt, dass wir geint sind und dass uns junge Leute niemand stoppen kann.“

Bedenken gegen derartige Worte scheinen unangebracht. Genau so wenig wie Bedenken gegen Grönemeyer, der nun nicht mehr nur Kinder an der Macht sehen will, sondern während eines Kon-

zerts in Wien laut forderte, wenn Politiker schwächelten, „dann liegt es an uns, zu diktieren, wie eine Gesellschaft auszusehen hat“. Fehl am Platze sei, wer die Situation „für rechtes Geschwafel, für Ausgrenzung, Rassismus und Hetze“ nutze. Weiter heißt es, „wir müssen diesen Menschen so schnell wie möglich und ganz ruhig den Spaß daran austreiben“.

Wer ist „uns“ und „wir“? Wie soll das aussehen mit dem „Spaß austreiben“? Ist das ein Aufruf zum Umsturz? Hat da jemand die demokratischen Spielregeln nicht verstanden, die beinhalten, dass Selbstlegitimation aufgrund vermeintlicher moralischer Überlegenheit nicht dazu ausreicht, eine

Gesellschaft zu „diktieren“? Interessiert sich das Bundesamt für Verfassungsschutz für den Sänger, der seine Sätze ausdrücklich auch auf Deutschland bezog?

Wohl kaum. Er steht auf der „richtigen“ Seite. Denn anders als im Text seines Erfolgsliedes, gibt es gerade im Zeitalter der mächtigen Kinder sehr wohl ein „Gut“ und ein „Böse“. Und da kann man auch schon mal die Diktatur des „Guten“ fordern. Wer sich an Ansprachen von NS-Machthabern erinnert fühlte, wurde darauf hingewiesen, dass man doch das Augenmerk bitte auf die Inhalte von Grönemeyers „Rede“ richten sollte.

„Wer aber könnte sich nun von einem flammenden Appell gegen

Rassismus und Intoleranz angegriffen fühlen?“, fragte „Die Zeit“. Gern zitiert, unter anderem von der „Frankfurter Allgemeinen“, wurde eine Stellungnahme des Kabarettisten Florian Schroeder: „Grönemeyers Aufruf mit einer Sportpalast-Rede zu vergleichen, ist infam und dumm.“ Sein Niveau zeigte „Der Tagesspiegel“, indem er die Schriftstellerin Hatice Akyün mit einer Twitterbotschaft zu Wort kommen ließ: „Was seid ihr für elende Pissnelken, die Herbert #Groenemeyer dafür angehen, dass er sich gegen Nazis ausspricht!“

Schlechten Stil nimmt man in Kauf, der Ruf nach der „guten“ Diktatur ist schwer angesagt. Dass dort dann lediglich „Armeen aus Gummibärchen“ – um abermals eine Textzeile Grönemeyers aufzugreifen – aufmarschieren werden, ist allerdings nicht zu erwarten.



Stellte im Berliner Hotel Das Stue sein neues Album „Tumult“ vor: Herbert Grönemeyer

Bild: pa

Frei gedacht



Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der PAZ. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall, „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Heute möchte ich über Johanna Haarer sprechen, die im Nazi-Deutschland der 1930er und -40er Jahre im Auftrag Adolf Hitlers mehrere Erziehungsratgeber zur Säuglings- und Kinderpflege veröffentlichte. Die schaurigen Richtlinien der Kinderärztin, mit denen ein ganzes Volk umerzogen wurde, hat die deutsche Erziehungskultur bis zum heutigen Tage dunkel beeinflusst: Haarer empfahl vor allem die frühzeitige Trennung von Mutter und Kind, eine Maßnahme, die zu allen Zeiten in totalitären Systemen eine Schwächung der Persönlichkeiten zum Ziel hatte, um eine manipulierfähige Masse von Menschen zu formen, die von früh an in der Gruppe zu leben und funktionieren lernen und sämtlichen vorgegebenen Richtlinien widerspruchslos Folge zu leisten haben. Wer an dieser Stelle darüber nachdenkt, dass ja auch die heutigen Methoden den hier genannten nicht ganz unähnlich sind, liegt damit völlig richtig.

Keine körperliche Nähe, keine „Verzärtelung“, keine „Affenliebe“. Die dramatischen Folgen solcher gefühllosen Trennung sind heute hinreichend erforscht: Frauen, die von ihren kleinen Kindern getrennt werden, kann es nachfolgend schwerfallen, eine innige Beziehung zu ihnen zu entwickeln. Zwei Gedanken prägten Haarers Bücher: die physische Trennung von Mutter und Kind und die emotionale Distanz. Im Reichsmütter-schulungskurs der NS-Frauenschaft galten die Bücher als Grundlage der Ausbildung nahezu aller jungen Frauen. Die Schriften kamen in jedes Haus des Dritten Reiches. Haarers offizielles Erziehungsziel war „schon bei Kleinkindern die Vorbereitung auf die Unterwerfung unter die NS-Gemeinschaft bzw. die Gleichschaltung im Sinne von deren Ideologie“.

Es ist dem Bayerischen Rundfunk ausdrücklich zu danken, dass im September 2019 ein Interview mit Haarers jüngster Tochter Gertrud Haarer veröffentlicht wurde. Man darf dies getrost als ein bemerkenswertes Zeugnis unserer Geschichte bezeichnen, stellvertretend wohl für ungezählte Schicksale im Land. Gertrud Haarer weiß aus eigener Kindheit Details zu berichten, die ein grausiges Licht auf die einstige Vertreterin der Hitlerschen Familienpolitik werfen. Die Mutter sei für sie stets „die oberste Instanz“ gewesen, die hinter ihrem „Hitler-Schreibtisch“ gesessen und von den Kindern verlangt habe, „Termine“ zu vereinbaren für ihre Fragen und Anliegen, so Gertrud. Sie könne sich an ihre Kindheit „so gut wie nicht erinnern“. „Ich weiß nichts. Das fängt erst an mit zirka sechs Jahren.“ Sie könne sich auch nicht erinnern, bei der Mutter je auf dem Schoß gesessen zu haben: „Das gab es nicht!“ Am schönsten sei es gewesen, „wenn ich krank war“. Wenn sie eine der häufigen Mittelohrvereiterungen gehabt habe, habe sie auf dem Diwan im Arbeitszimmer der Mutter liegen dürfen: „Die Mutter saß wieder hinter dem Schreibtisch, aber ich hatte sie für mich! ... Aber nur, wenn ich krank war.“

Gertrud, das jüngste von fünf Kindern, wurde 1942 in München geboren. Oft ha-

be sie in ihrem Lieblingsversteck auf dem Dachboden gesessen, in die Gärten heruntergeschaut und den Vögeln beim Singen zugehört. Immer wieder habe sie daselbe gedacht: „Wenn ich nur ein Vogel wäre und davon könnte.“

Das erste Buch der Hitler-Ärztin Haarer trug den Titel „Die deutsche Mutter und ihr erstes Kind“. Das oberste Erziehungsprinzip hierin lautete, „den Willen des Kindes zu brechen, das Kind von Geburt an gehorsam und gefügig zu machen“. Ein „verdammtes Buch“ sei dies gewesen, so heute Haarers Tochter. Dennoch habe die Mutter damit „einen Bombenerfolg gehabt“, es habe sich um eine „Millionenaufgabe“ gehandelt. Für das Ego der Mutter sei dies „das Größte“ gewesen: „Davon haben wir gelebt!“

Eindringlich hatte die Kinderärztin Haarer vor einem „Übermaß an Liebe“ gewarnt und empfohlen, den Säugling einzig zum Stillen in den Arm zu nehmen. Mit anderen Worten: Wenn das Baby schrie, lautete die Devise: „Schreien lassen“; „Liebe Mutter, werde hart“, gab Haarer zu verstehen. „Fange nur ja nicht an, das Kind aus dem Bette herauszunehmen, es zu tragen, zu wiegen, zu fahren oder es auf dem Schoß zu halten.“ Das Kind solle schnell lernen, nachts allein zu sein. Grausame Methoden, um den Willen eines Menschen schon früh zu brechen.

Auch ein Erzählbuch für Kinder hatte Haarer geschrieben, von dem ihre Tochter jedoch erst viel später erfahren habe. Ti-

tel: „Mutter, erzähl von Adolf Hitler!“ Hierin bereitete die Kinderärztin die ideologischen Ziele und die Rassenlehre der Nazis für Kinder auf. Gertrud: „Es triefte nur so von Antisemitismus!“ Nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches seien die Haarer-Bücher „ein bisschen kosmetisiert“ worden, und schnell erreichten sie wieder hohe Auflagen. Wie weit die Bücher verbreitet waren und was diese angerichtet hatten, „das war mir nicht klar“, so die Tochter. „Entsetzliches“ habe die Mutter mit diesen Schriften verbreitet, „Verheerendes“, zumal „die sich ja alle dran gehalten“ hätten.

Der Verleger Michael Buckmiller, der im Hause Haarer einst ein und aus gegangen war, befasste sich mit den Auswirkungen der Erziehungsratgeber der Kinderärztin: „Sie war eine der großen Mittäterinnen der ideologischen Helfer des nationalsozialistischen Systems und, was noch schlimmer ist, auch über das Dritte Reich hinaus, nämlich durch die Langzeitwirkung der Erziehungsmethode“, die auf die schwarze Pädagogik zurückzuführen sei. Als eine Täterin der ersten Kategorie hätten die Alliierten Johanna Haarer denn auch auf ihre Liste gesetzt.

Die Erziehung durch ihre Mutter hatte Gertrud nachhaltig geprägt: Unnahbar sei sie selbst jahrzehntelang gewesen, unkal-

kulierbar, nicht nur für andere, sondern auch gegenüber sich selbst: „Ich wusste einfach nicht, was los war, irgendetwas stimmte nicht.“ Immer habe sie sich „gepanzert“, um nicht verletzt zu werden. Die politische Vergangenheit der Mutter hatte die Tochter für viele Jahre einfach weggeschoben, verdrängt. Ihr späterer Lebensgefährte, der über ein gutes geschichtliches Wissen verfüge, habe bei ihr endlich ein Umdenken eingeleitet. Mit ihrer alten Mutter, der Nazi-Ärztin Haarer, versuchte Gertrud schließlich, über die Machenschaften im Dritten Reich zu diskutieren. Doch die wollte davon nichts hören. „Wir haben uns richtig gekracht!“ Die Mutter habe ihr Hörgerät herausgerissen und geschrien: „Ich höre nichts mehr!“ Ihr Leben sei ja dann vertan, wenn sie diese „Schuld“ anerkennen würde, berichtet die Tochter.

Beim Betrachten eines der letzten Familienfotos mit all ihren erwachsenen Geschwistern resümiert Gertrud: „Oh, je, da schauen wir alle recht harmlos aus. Aber was diese Erziehungsmethode letztendlich anrichtet, welche Schäden sie verursacht – von diesen Schäden haben wir alle genügend in der Familie.“ Gertrud

spricht von psychischen Schäden, mit denen alle Kinder von Johanna Haarer bis heute zu kämpfen haben. Nach dem Tod der Mutter fiel die Tochter in tiefe Depressionen, sollte gar in eine Klinik eingewiesen werden. Der Liebe und Fürsorge ihres Lebensgefährten verdankt sie, dass sie langsam wieder an das Leben glaubte.

Wer heute die Trennung der Mütter von ihren kleinen Kindern, also zum Beispiel die Kita, propagiert, macht sich schuldig. Gleichgültig, ob er es heute zu erkennen vermag oder nicht, es geht wieder in dieselbe Richtung.

Die Autorin: Eva Hermans Buch »Das Eva-Prinzip« erreichte 2006 hunderttausende Leser. Weitere Bestseller über Medien, Familie, Mutterschaft und Spiritualität folgten. Die ehemalige ARD-Moderatorin, die 1958 in Emden geboren wurde, lebt in Hamburg.

Schwebende Schachtel

Mangel an Spektakulärem – Das neue Bauhaus-Museum von Dessau versteckt sich

Dessau rühmt sich, die zweitgrößte Bauhaus-Sammlung der Welt zu besitzen. Doch die war über Jahrzehnte mangels Ausstellungsfläche so gut wie unsichtbar. In dem am Rande des Stadtparks neu errichteten Bauhaus Museum ist sie nun ausgebreitet.

Die Stiftung Bauhaus Dessau kündigte ein spektakuläres Museumgebäude an: Eine durchsichtige Glashülle, in der als Gehäuse für die Sammlungspräsentation ein „Black Box“ genannter Betonriegel „schwebt“. Die Verwirklichung des 105 Meter langen, 25 Meter breiten und zwölf Meter hohen Museums ist weit schlichter ausgefallen. Es versteckt sich geradezu. Statt sich selbst zur Schau zu stellen, macht es auf die zumeist wenig ansehnliche umliegende Architektur und den Park aufmerksam. Die spiegeln sich nämlich in seiner Dreifachverglasung.

Das Erdgeschoss bietet reichlich Platz für wechselnde Aktivitäten. In ihm sollen zwischen den beiden 50 Meter voneinander entfernten Treppenhäusern aus Sichtbeton viele Sonderausstellungen, Aufführungen und Empfänge stattfinden. Treppab geht es zu den Toiletten. Man könnte meinen, dass die Bauhaus-Stiftung im neuen Museum mit nur wenigen Gästen rechnet, denn in den Damen- und Herren-Toiletten gibt es jeweils nur vier Plätze.

Etwa fünf Meter über den Köpfen der im Erdgeschoss stehenden Besucher erstreckt sich die „Black Box“. Da sie bis fast an die Glashülle des Gebäudes reicht, will sich der Eindruck des Schwebens nicht einstellen. Eher scheint sie schwer über den Besuchern zu lasten.

Als Auflager des schwarzen Betongehäuses dienen die Treppenhäuser. Die Ausführung und Ausstattung des vom jungen Barcelonaer Team „addenda architects“ entworfenen Museums ist so schlicht und sparsam wie mög-

lich. Roberto González, der Sprecher des Architektenteams, erklärt: „Es gibt keine Extras, es gibt keine Kosmetik.“ Das ist die Konsequenz der finanziellen Rahmenbedingungen, an die sich die Architekten hielten. Der Bund und das Land Sachsen-Anhalt stellten 28 Millionen Euro für den Museumsbau zur Verfügung.

In der vom Tageslicht abgeschotteten „Black Box“ herrschen

Das zunächst von Walter Gropius, dann von Hannes Meyer und schließlich von Ludwig Mies van der Rohe geleitete Institut war umstritten. Die NSDAP beantragte im Stadtrat die Auflösung des Bauhauses zum 1. Oktober 1932 – und hatte Erfolg. Es ließ sich daraufhin in Berlin nieder, wo der Meisterrat 1933 das Ende der Einrichtung beschloss. Einige Exponate des Südraums sorgen für

geben über die Sammlungsge-schichte Auskunft. Ihr Aufbau begann 1976 anlässlich des 50-jährigen Bestehens des von Walter Gropius entworfenen Schulgebäudes, das heute ebenso wie seine Meisterhäuser und Hannes Meyers dem sozialen Wohnungsbau angehörende Laubenganghäuser auf der Liste des UNESCO-Weltkulturerbes steht. Auf erste Sammlungsankäufe aus

kulärem.“ Er meint damit, dass Kunstwerke Mangelware sind und Gemälde der Bauhaus-Meister Feininger, Kandinsky, Klee und Schlemmer für die Dessauer wohl unerreichbar bleiben werden.

Der Mittelraum stellt die Schule als Experimentierfeld und Fabrik vor. Eine ansprechende Idee ist die Präsentation von acht Lehrer-Schüler-Paaren. So war Moholy-Nagy mit seinen Licht- und Materialexperimenten wichtiger Ideengeber für Marianne Brandt, die wegweisende Leuchten für die Serienproduktion gestaltete.

Von den geometrischen Formen der Malerei Kandinskys ließ sich die Weberin Grete Reichardt zu abstrakten Textilkompositionen anregen. Der Bauhausdirektor Hannes Meyer und sein Schüler wie späterer Mitarbeiter Konrad Püschel waren sich darin einig, dass Architektur und Produktgestaltung dem „Volksbedarf“ dienen sollen. Püschel war überdies in der DDR maßgeblich für die Rückbesinnung auf das Bauhaus verantwortlich. Vor allem ging es ihm dabei um die Würdigung des Wirkens von Hannes Meyer.

Nicht recht gelungen ist hingegen der Ausstellungsbereich „Fabrik“. Den Raum durchschneidet grell orangefarben eine Art Lagerregal. „Vorlaut“ übertönt die Farbgebung die optischen Reize der im Regal präsentierten Bauhaus-Produkte. Die von der Teetasse über Möbel bis zu Architekturmodellen reichenden Stücke belegen den Anspruch des Bauhauses, die Lebenswelt der modernen Gesellschaft mitzugestalten. Veit-Mario Thiede

Bauhaus Museum Dessau, Mies-van-der Rohe-Platz 1, geöffnet bis 31. Oktober täglich 9 bis 18 Uhr, ab 1. November täglich 10 bis 17 Uhr. Eintritt Museumsausstellung: 8,50 Euro, Eintritt Museum und alle Bauhausbauten 15 Euro. Der Katalog der Sammlung ist im Kerber Verlag erschienen. Internet: www.bauhaus-dessau.de



Bild: Stiftung Bauhaus Dessau Thomas Meyer OSTKREUZ, 2019

Prominenter Gast: Kanzlerin Angela Merkel kam zur Einweihung des Bauhaus-Museums

ideale konservatorische Bedingungen für die Exponate. Die dunkelgrauen Betonwände umschließen 1500 Quadratmeter Ausstellungsfläche. Zu sehen sind 1200 der rund 49 000 Stücke umfassenden Sammlung. Im Südraum steht unter dem Titel „Probierplatz Bauhaus“ die Geschichte der berühmtesten Schule für Produktgestaltung, neuartiges Bauen und Avantgardekunst im Blickpunkt. Das vor 100 Jahren in Weimar eröffnete Bauhaus zog 1925 nach Dessau um.

magische Momente und verklären das Bauhaus zum Ort wunder-samer Entdeckungen.

Auf die Frage „Kann Licht gestalten?“ antwortet die Rekonstruktion des von László Moholy-Nagy entworfenen motorisierten „Licht-Raum-Modulators“ mit wechselndem Farblight- und Schattenspiel. Und die Frage „Kann man auf einer Luftsäule sitzen?“ bejaht Marcel Breuers hinterbeinloser Stahlrohrstuhl.

Die im Nordraum ausgebreiteten Dokumente und Objekte

dem staatlichen Kunsthandel der DDR folgten Erwerbungen und Schenkungen aus dem Besitz oder Nachlass ehemaliger Bauhäusler.

Schülerarbeiten bilden den Schwerpunkt: Zeichnungen, Übungen, Studien, Kompositionen und Mitschriften aus dem Unterricht. Dazu erklärt Sammlungsleiter Wolfgang Thöner: „Die Vielfalt und Fülle des in der heutigen Sammlung Vorfindlichen kompensieren den noch immer vorhandenen Mangel an Spektä-

Teure Scheune

Kosten bei Berlins neuem Museum der Moderne verdoppeln sich

Es ist wie beim Gebraucht-wagenhändler, der nur die Karosserie anbietet. Soll der Wagen fahren, müssen noch Motor, Reifen und Lenkrad eingebaut werden, was alles doppelt so teuer macht. So müssen sich die Berliner mit ihrem Museum des

Gesamtsumme dann auf 450,2 Millionen Euro beläuft. Und das ist noch optimistisch gerechnet.

Auf Berlin kommt jetzt im Kultursektor das zu, was Hamburg mit der Elbphilharmonie erlebt hat. Interessant dabei: Beide Male hat das Schweizer Architektenbü-

Den Bau-Initiatoren, die Stiftung Preußischer Grundbesitz und Kulturstatsministerin Monika Grütters, sind dabei die Hände gebunden. Sie nehmen die Kostensteigerung zähneknirschend hin, denn man benötigt dieses Museum dringend. Mit den Sammlungen der Familien Erich Marx, Flick, Marzona, Berggruen und Scharf-Gerstenberg kann man das neue Haus gleich mit fünf Schenkungen beziehungsweise Leihgebern füllen. Allerdings wollen die Familien mit einer kuratierten Ausstellung ihrer Sammlungen nicht bis Sankt Nimmerlein warten. Sollte Berlin es nicht fertigbringen, bis 2026 diese Kunstscheune zu eröffnen, drohen sie mit dem Abzug ihrer Sammlungen in andere Städte.

Will Berlin aber die Kunst des 20. Jahrhundert ausstellen, ist es auf diese Sammlungen angewiesen. Die Bombenangriffe des Zweiten Weltkrieges vernichteten einen Großteil des damaligen Bestandes an moderner Kunst. Und um neue Werke zu kaufen, reichen die klammen Museumsetats nicht aus, zumal moderne Kunstwerke heutzutage als Anlageobjekte dienen und daher auf dem Markt zu schwindelerregenden Preisen gehandelt werden.

Soll dieser Museumswagen also fahren, muss man für die Extras tief in die Tasche greifen. H. Tews



Bild: Herzog & de Meuron

Museumsscheune: Entwurf des Museum des 20. Jahrhunderts

20. Jahrhunderts vorkommen, das auf dem Kulturforum am Matthäikirchplatz errichtet werden soll und das statt der ursprünglich geplanten 200 Millionen Euro jetzt 364,2 Millionen Euro kosten soll. Außerdem können 52,2 Millionen Euro für künftige Bau-Indexsteigerungen und 33,8 Millionen Euro Risikokosten hinzuge-rechnet werden, sodass sich die

ro Herzog & de Meuron die Finger im Spiel. Begründung der Kostensteigerung diesmal: Um Abstand zur nahen St.-Matthäus-Kirche zu wahren, musste der äußerlich einer Scheune ähnelnde Bau kleiner gestaltet werden. Das dadurch entstehende räumliche Defizit will man mit einem weiteren Untergeschoss ausgleichen. Und das kostet eben.

Schweigestunde

Neuverfilmung von Siegfried Lenz’ »Deutschstunde« im Kino

Zu den Freuden der Pflicht gehört für viele Schüler auch die Pflichtlektüre von Siegfried Lenz’ Roman „Deutschstunde“. Dabei malträtiert man sie mit Arbeitsaufträgen zu jenem Thema „Die Freuden der Pflicht“, über das im Roman der inhaftierte jugendliche Kunstlieb Sigg Jepsen einen Aufsatz schreiben soll. Hier ist ein neuer Arbeitsauftrag: Man beschreibe das Verhältnis von Lenz’ 1968 erschienenem Roman zur heutigen Zeit.

Das ZDF ließ dabei jetzt nach einer filmischen Antwort suchen. Im Roman wie auch in der ersten Verfilmung von Peter Beauvais, der 1971 aus der Vorlage einen ARD-Zweiteiler schuf, überwacht der im hohen Norden Schleswig-Holsteins tätige Dorfpolizist Jepsen mit Hilfe seines Sohnes Sigg das Malverbot des Malers Max Ludwig Nansen noch pflichtbewusst im Auftrag der NS-Oberen.

In der ZDF-Neuverfilmung, die am 3. Oktober in die Kinos kommt, gibt es keinen Hitlergruß, kein Strammstehen und keine Hitlerjugend. Das einzige, was dezent an Nationalsozialismus und Krieg erinnert, ist das Hakenkreuz an Jepsens Uniformmütze und ein Feindflugzeug, das Jagd auf einsame Strandgänger macht.

Regisseur Christian Schwochow und seine Mutter Heide, die das Drehbuch schrieb, sahen es als

„Arbeitsauftrag“ an, eine zeitlose Mahnung über das Erstarken autokratischer Kräfte zu schaffen. Ohne Trump, Orbán und die AfD sähe der Film wohl anders aus.

Etwas anders als in der Vorlage sieht auch der von Tobias Moretti gespielte Kunstmaler Nansen aus.



Bild: Network Movie Wild Bunch Germany 2019 Georges Pauly

„Kranke“ Kunst: Polizist Jepsen (Ulrich Noethen) und der Maler

Im Roman hatte Lenz den Expressionisten Emil Nolde zum Vorbild genommen. Nachdem vor wenigen Jahren herauskam, dass dieser gar nicht mit einem Malverbot belegt war und sogar ein Anhänger der Nationalsozialisten und Antisemit war, ist er für viele eine Persona non grata. Der Nansen in diesem Film malt nicht im Nolde-Stil. Er malt einfach irgendwas,

MELDUNGEN

Berlin in der Steinzeit

Berlin – Berlins größte Ausgrabung fand 1999 bis 2014 bauvorbereitend in Biesdorf im Bezirk Marzahn-Hellersdorf statt. Auf gut 13 Hektar Fläche konnten 10 000 Jahre Siedlungsgeschichte an der Wuhle dokumentiert werden, bevor hier erneut Häuser gebaut wurden. Die Ausstellung „Berlins größte Grabung. Forschungsareal Biesdorf“ im Griechischen Hof des Neuen Museums macht auf der Museumsinsel vom 2. Oktober bis 19. April 2020 erlebbar, wie Forscher arbeiten, und präsentiert außergewöhnliche Funde, wie etwa eine steinzeitliche Hirschmaske, die zu den ältesten Funden Berlins zählt. tws

Schneller Modekonsum

Berlin – Die vom Hamburger Museum für Kunst und Gewerbe konzipierte Sonderausstellung „Fast Fashion. Die Schattenseite der Mode“ wirft im Museum Europäischer Kulturen (Arnimallee 25 in Berlin-Dahlem) vom 27. September bis 2. August 2020 einen kritischen Blick auf die Folgen unseres Modekonsums für die Umwelt. Die Berliner Ausstellung um Schnelllebigkeit in der Mode wird ergänzt mit Einblicken um Designer-Bemühungen in Berlin mit fairer Mode. tws

Von Handschrift zur Literatur

Berlin – Mit „Hands on! Schreiben lernen, Poesie machen“ zeigt das Literaturmuseum der Moderne und Schiller-Nationalmuseum vom 29. September bis 1. März 2020, wie aus von Hand geschriebenen Buchstaben große Literatur entsteht. Weitere Infos im Internet: www.dla-marbach.de tws

Was verschweigen uns Esten und Schweden?

Der »Estonia«-Untergang war das schwerste Schiffsunglück der europäischen Nachkriegsgeschichte – und auch das mysteriöseste

Am 28. September 1994 sank die estnische Passagier- und Frachtfähre „Estonia“ auf halbem Wege von Reval (Tallinn) nach Stockholm. Dabei starben 852 Menschen aus 17 Ländern, darunter fünf Deutsche. Über die Ursachen der Katastrophe wird bis heute gerätselt und gestritten.

Das Verhängnis nahm seinen Lauf, als die Tanzgruppe „Pantera“ gerade den zweiten Teil ihrer Show im „Estonia“-Nachclub eröffnete. Die Bühne begann derart zu schwanken, dass eine der Akteurinnen ins Schlagzeug torkelte. Kurz darauf – gegen 1.15 Uhr – krachte es gewaltig und die Fähre kippte innerhalb weniger Minuten auf die rechte Seite. Um 1.22 Uhr ertönte der erste Notruf des Schiffes, bevor sieben Minuten später der Funkverkehr abbriss. Etwa 1.30 Uhr verschwand die „Estonia“ dann auch von sämtlichen Radarschirmen.

Der erste Helfer vor Ort, die finnische Fähre „Mariella“, erreichte die Unglücksstelle rund eine Stunde später. Dort herrschte inzwischen Windstärke 9 und die Wellen gingen bis zu zehn Meter hoch, was die Bergung der Schiffbrüchigen aus dem 13 Grad kalten Wasser der Ostsee und den herumtreibenden Rettungsinseln extrem erschwerte. Deshalb überlebten lediglich 137 Passagiere und Besatzungsmitglieder der „Estonia“ das Unglück. Weitere 94 konnten bloß noch tot aus dem Meer gezogen werden. Der Rest hatte geschlafen und es gar nicht erst geschafft, aus dem gekenterten Schiff herauszukommen und sank mit diesem rund 80 Meter auf den Meeresgrund vor der kleinen finnischen Insel Utö.

Unmittelbar nach dem Untergang der „Estonia“ bildeten die Regierungen Finnlands, Schwedens und Estlands eine Untersuchungskommission namens Joint Accident Investigation Commission (JAIC). 1997 legte sie ihren

Abschlussbericht vor. Darin hieß es, die Verriegelung der 55 Tonnen schweren Bugklappe sei zu schwach gewesen und daher im Sturm gebrochen. Das habe zum Eintritt größerer Mengen von Wasser in den Frachtraum mit den dortigen 40 Lastern und 34 Personenwagen geführt. Somit stand nun die Meyer-Werft im niedersächsischen Papenburg,

stalt für Materialforschung und -prüfung, nach der die Veränderungen in der Metallstruktur der Klappenscharniere nicht aus einer Detonation resultieren, sondern auf Korrosionsschutzmaßnahmen zurückzuführen seien. Das bewog die Hamburger Staatsanwaltschaft zur Einstellung ihres Ermittlungsverfahrens wegen des Verdachts eines Terroranschlags.

Kentern führendes falsches Wendemanöver befohlen hatte. Ebenso scheint die Bugklappe beim Losfahren nicht vollständig geschlossen worden zu sein. Deswegen riss sie aufgrund des starken Wellenschlages letztlich ab – menschliches Versagen also. Das korrespondiert mit Berichten über erhebliche Undichtigkeiten an der Klappe, derer die Mann-

hen haben wollten. Dazu kam dann 1996 noch der „Felix-Report“, der angeblich von Veteranen des vormaligen sowjetischen Auslandsgeheimdienstes KGB stammte. Darin hieß es, der bei der Katastrophe ertrunkene und für die estnische Mafia tätige Kapitän Andresson habe die Bugklappe öffnen lassen, um zwei Lastkraftwagen voller Schmug-

2006 fest: Heiße Ware hatte die „Estonia“ geladen. Allerdings handelte es sich dabei um illegal beschaffte militärische Güter aus dem Besitz der russischen Armee, wie der ehemalige estnische Außenminister Trivimi Velliste vor einem Untersuchungsausschuss des Parlaments in Reval zugab. In diesem Zusammenhang erwähnte Velliste, der auch der trilateralen „Estonia“-Untersuchungskommission JAIC angehört hatte, den seinerzeitigen estnischen Ministerpräsidenten Mart Laar, der zum Kreis der Personen gehöre, welche die Verschiebung des Kriegsmaterials nach Schweden angewiesen oder genehmigt hätten.

Das wäre eine Erklärung für diverse Aktionen der Regierungen in Reval und Stockholm, die wie Vertuschungsversuche anmuten. Darunter fällt das Bestreben, das Wrack hastig unter ins Meer gekipptem Geröll und Schutt zu begraben und dann später gar noch einen Beton-Sarkophag à la Tschernobyl darüber zu errichten. Gleichfalls sei an das zeitlich unbegrenzte Tauchverbot an der Unglücksstelle erinnert, das mit Sicherheit nicht nur dem Schutz der Totenruhe dienen soll. Außerdem erscheint so nun auch das Rätsel um den Zweiten Kapitän Avo Piht, den Leitenden Ingenieur Lembit Leiger und sechs weitere Besatzungsmitglieder der „Estonia“ in einem neuen Licht. Die Acht wurden von mehreren unterschiedlichen Zeugen unter den Geretteten an Land gesichtet – später standen sie dann allerdings allesamt auf der Liste der Ertrunkenen. Wurden Sie eliminiert, weil sie zu viel wussten?

Auf jeden Fall ist der Untergang der „Estonia“ bisher in keiner Weise befriedigend aufgeklärt worden. Aber die Hoffnung bleibt, dass sich das durchaus noch ändert – durch neue Ermittlungstechniken oder späte Aussagen von Beteiligten, die sachdienliche Hinweise geben können.

Wolfgang Kaufmann



Mit geöffneter Bugklappe: Die „Estonia“

Bild: pa

auf der das Schiff gebaut worden war, als der Schuldige an dem Unglück da.

Das wurde allerdings bald durch die Ergebnisse weiterer Nachforschungen relativiert. So ergab das Gutachten einer von der Meyer-Werft beauftragten Expertengruppe, dass die Bugklappe abgesprengt worden sei. Dem widersprach dann aber wiederum die Einschätzung der Bundesan-

2006/07 wiederum simulierten Experten der Hamburgischen Schiffbau-Versuchsanstalt und der Technischen Universität Hamburg-Harburg den Untergang des Schiffes mit einem ausgefeilten Computer-Programm. Dabei ergab sich, dass der Erste Kapitän Arvo Andresson zunächst eine für die Wetterverhältnisse viel zu hohe Geschwindigkeit gewählt und dann ein zum

schaft mit Matratzen und Decken Herr zu werden suchte.

Doch damit wollten die Gerüchte über eine vorsätzliche Versenkung der „Estonia“ nicht enden. Verantwortlich hierfür waren unter anderem Experten, die auf den Videoaufnahmen des Tauchroboters, der das Wrack inspiziert hatte, mehrere mysteriöse Löcher im Rumpf des Wracks und Überreste von Sprengsätzen gese-

gelware – Heroin und Kobalt – im Meer verschwinden zu lassen. Grund für die selbstmörderische Aktion seien telefonische Warnungen seiner Hintermänner gewesen, dass der Zoll in Stockholm einen Tipp von der Konkurrenz bekommen habe und darauf warte, die „Estonia“ von oben bis unten zu durchsuchen.

Das klingt höchst abenteuerlich, aber eines steht seit Ende

Ein Kampf ohne Gewalt für die Freiheit

Mahatma Gandhis starker Wille vertrieb die britischen Kolonialherren

Er war Revolutionär und Pazifist: Mahatma Gandhi erreichte mit friedlichen Mitteln die Unabhängigkeit Indiens von Großbritannien. Der Nationalheld der Inder wurde vor 150 Jahren, am 2. Oktober 1869, in Porbandar im heutigen Bundesstaat Gujarat geboren.

Die Kolonialherren schäumten vor Wut. Wieder erschienen in den Zeitungen die verhassten Fotos eines ausgemergelten Mannes, eingehüllt in ein weißes Baumwolltuch im Krankbett. Geschwächt vom Hungerstreik, aber mit einem sanften Lächeln im Gesicht, gab er Vertretern der internationalen Presse Interviews. 17 Mal setzte Gandhi diese Waffe ein, gegen die seine Widersacher machtlos waren.

Mohandar Karamchand Gandhi, genannt Mahatma (Große Seele), gehörte der oberen Hindu-Kaste an. Seinen gewaltlosen Kampf gegen Ungerechtigkeit und Unterdrückung begann er als junger Anwalt in Südafrika. Er sollte in Pretoria einen indischen Geschäftsmann vertreten. Indische Einwanderer hatten als Nicht-Weiße unter der Apartheid einen schweren Stand. Zum ersten Mal erlebte Gandhi Diskriminierung am eigenen Leib. In seiner Autobiografie be-

richtet er über eine Bahnfahrt, die sein Leben veränderte.

„Ein Platz in einem Wagen der ersten Klasse war für mich bestellt worden. Ein Reisender ... sah, dass ich ein ‚Farbiger‘ war – also schoss er hinaus und kam gleich darauf mit einem oder zwei Beamten zurück ... ‚Kommen Sie mit, Sie müssen ins Gepäckwagenabteil!‘ ‚Aber ich hab eine Fahrkarte erster Klasse‘, erwiderte ich ... ‚Sie müssen hier raus, oder ich muss einen Schutzmann rufen, damit er Sie rauswirft.‘ Der Schutzmann kam. Er nahm mich beim Arm und stieß mich hinaus.“

Gandhi blieb 21 Jahre in Südafrika. Er organisierte erfolgreich Proteste und Streiks gegen die ungleiche Behandlung bei Wahlen und die höhere Besteuerung seiner Landsleute.

1914 kehrte er nach Indien zurück. Er legte seinen westlichen Anzug ab, den Anzug des britischen Sahibs mit Weste, und trug nur noch das weiße Baumwolltuch der Armen. Die Forderungen an sich selbst und seine Anhänger waren radikal. Sie mussten bereit sein, „auf der nackten Erde zu schlafen, grobe Kleider zu tragen, von anspruchsloser Nahrung zu leben und das Klo selber zu säubern“.

Gandhi gehörte den Jain an, die sich zu „Ahimsa“ bekennen, zur

absoluten Gewaltlosigkeit. Er war entschlossen, mit friedlichem Widerstand und zivilem Ungehorsam die britische Kolonialmacht aus dem Subkontinent zu vertreiben. Gandhi machte die Forderung nach Abzug der Eng-



Vor 150 Jahren gestorben und ein Idol vieler: Mahatma Gandhi

länder zu der einer Massenbewegung. Er wusste, dass er die Kolonialherren nicht mit moralischen Appellen erreichen konnte. Sein Aufruf zum Boykott britischer Waren war ein Handelskrieg. Millionen Inder warfen ihre westliche Kleidung ins Feuer, manche

zogen sich nackt aus. Überall brannten die Stoffe aus britischen Webereien. Gandhis Anhänger trugen den Khadi aus handgesponnener Baumwolle als stummen Protest. Gandhi organisierte seine Kampagnen von seinem

Aschram aus, seiner Einsiedelei. Er lebte dort als Asket, ernährte sich vegetarisch und verzichtete auf alle importierten Erzeugnisse. Symbol war das Spinnrad in seiner Zelle, auf dem seine Frau Kasturba Wolle spann. Kasturba, die er als Dreizehnjähriger heiratete,

setzte seine Arbeit fort, wenn ihn die Briten wieder und wieder ins Gefängnis warfen. Insgesamt brachte Gandhi acht Jahre hinter Gittern.

Seine spektakulärste Kampagne war der Salzmarsch. Die Salzsteuer war ein weiteres Instrument der Briten, Profit aus ihrer Kolonie zu ziehen. Kein Inder durfte Salz produzieren, dieses Recht behielten sich die Engländer vor. Im März 1930 begann Gandhi den 200 Meilen weiten Weg von Ahmedabad nach Dandi zum Arabischen Meer. Die Wochenschauen zeigten den zierlichen Mann an der Spitze seiner immer größer werdenden Anhängerschar. Menschenmassen schlossen sich unterwegs der Satyagraha (Festhalten an der Wahrheit) an. Nach seiner Ankunft am Meer hob Gandhi eine Handvoll Salzkristalle auf. Tausende Inder wateten mit Pfannen an den Strand, um Salz zu gewinnen.

Die Kolonialverwaltung reagierte mit Härte. Gandhi und schätzungsweise 60000 Menschen wurden verhaftet. Die weltweite Empörung brachte die Briten zum Einlenken. Die Gefangenen wurden freigelassen, und Gandhi erreichte einen Kompromiss. Die Inder durften künftig Salz für den Eigenbedarf produzieren.

1931 reiste er zu Verhandlungen über die Unabhängigkeit seines Landes nach London. In seinem Khadi, die bloßen Füße in Sandalen, stand er, eine Lichtgestalt, zwischen den britischen Politikern in ihren schwarzen Anzügen und mit Bowlern auf den Köpfen. Es dauerte noch 16 Jahre, bis Indien am 15. August 1947 die Freiheit erlangte. Der Subkontinent wurde geteilt, in die vorwiegend von Moslems bewohnte Islamische Republik Pakistan und die Republik Indien der Hindus. Ein halbes Jahr später, am 30. Januar 1948, wurde Gandhi von einem fanatischen Hindu in Delhi erschossen.

Gandhi wurde fünfmal zum Friedensnobelpreis vorgeschlagen, das letzte Mal im Jahr seiner Ermordung. Vermutet wird, dass sich das Nobelpreiskomitee aus Rücksicht auf Großbritannien immer für einen anderen entschied. Der Hollywoodfilm „Gandhi“, verklärte den Pazifisten und Freiheitskämpfer 1982 zum Heiligen. Arundhati Roy, Autorin des Bestsellers „Der Gott der kleinen Dinge“, sieht auch seine Schattenseiten. Sie kritisiert, dass Gandhi sich zwar für die Gleichberechtigung der Unberührbaren einsetzte, aber das Kastensystem als „göttliche Ordnung“ erhalten wollte.

Klaus J. Groth

Für manche eine »Umgründung der Republik«

Der einschneidende Wechsel nach der Bundestagswahl vom 28. September 1969 war nicht alternativlos

Seit 1949 hatte die CDU die Regierung der Bundesrepublik Deutschland geführt. Ihre politischen Linien, eng verbunden mit dem Namen Konrad Adenauer, waren prägend für die ersten beiden Nachkriegsjahrzehnte. Das Ergebnis der Bundestagswahl vom 28. September 1969 schien zunächst keine Zweifel daran zu lassen, dass die Christdemokraten abermals das Kanzleramt verteidigt hatten. Doch es sollte anders kommen.

Als strahlender Sieger gab sich am Wahlabend Kurt Georg Kiesinger. Seit drei Jahren stand der CDU-Politiker an der Spitze einer Großen Koalition. Trotz leichter Verluste von eineinhalb Punkten konnte die Union mit 46,1 Prozent eindeutig das beste Ergebnis vorweisen. Die Freude der SPD über die hinzugewonnenen knapp dreieinhalb Punkte, mit denen sie auf 42,7 Prozent gekommen war, hielt sich dagegen in Grenzen. Die von den Sozialdemokraten als künftiger Koalitionspartner ins Auge gefasste FDP hatte mit 3,7 Punkten erheblich verloren. Sie war mit 5,8 Prozent sogar nahe an die Grenze eines Nichteinzugs in den Bundestag gekommen.

Kiesinger, zusätzlich beflügelt durch erste Hochrechnungen, die der Union eine absolute Mehrheit vorausgesagt hatten, und Glückwunschtelegramme, etwa des US-amerikanischen Präsidenten Richard Nixon, bot bereits in der Nacht Parteifreunden Ressorts seines künftigen Kabinetts an. Dass FDP und SPD zusammen über mehr Abgeordnete verfügten als die Union – im Endergebnis handelte es sich abzüglich der nicht stimmberechtigten Berliner um einen Vorsprung von einem Dutzend Sitzen – sah der Kanzler durchaus. Er sagte jedoch unmittelbar nach der Wahl, dass er eine derartige Koalition lediglich „rechnerisch, aber nicht politisch“ für möglich halte.

Kiesinger, der sich durch das Wahlergebnis zum sechsten Bundestag bestätigt sah, glaubte, nun die Wahl zu haben, entweder die Große Koalition mit der SPD fortzusetzen oder zu einer christlich-liberalen Koalition wie zu

Zeiten seiner Vorgänger Erhard und Adenauer zurückzukehren. Die FDP-Stimmen, die ein Bündnis mit der SPD anstrebten, hielt man in der Union für nicht ausreichend, um erstmals einem sozialdemokratischen Kanzler zur Mehrheit zu verhelfen. Helmut Kohl, seit Kurzem CDU-Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, der gute Beziehungen zur FDP pflegte, signalisierte im Namen der Union dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Hans-Die-

Maßgebliche Liberale, zu denen Scheel zählte, hatten den Gedanken einer Koalition mit der SPD jedoch keineswegs ad acta gelegt. Hinzu kam, dass man seitens der FDP der Union misstraute, die sich trotz aller Angebote wenig eindeutig verhielt, sich immer noch die Möglichkeit der Fortsetzung der Großen Koalition offenhielt und die FDP nicht nur umwarb, sondern ihr auch drohte, indem sie andeutete, abermals die Möglichkeit der Einführung

sche Fragen und maßgeblicher Architekt der Großen Koalition von 1966, plädierte für deren Fortsetzung, ebenso der Fraktionsvorsitzende Helmut Schmidt.

In dieser Situation handelte Willy Brandt, unter Kiesinger Außenminister und im September 1969 zum dritten Mal in Folge Kanzlerkandidat der SPD. Während die Union die Dinge noch in der Schwebe hielt, verständigte er sich konkret mit der

in „der Öffentlichkeit erschien er hölzern, schwerfällig und ohne Charisma“, wie der Historiker Manfred Görtemaker schreibt.

Einerseits war der Wechsel in der Führung der Regierung im Herbst 1969 für eine große Anzahl von Zeitgenossen einschließlich vieler unmittelbar Beteiligter überraschend. Andererseits ging ihm eine Reihe von Entwicklungen voraus, die zwar nicht zwangsläufig auf eine sozial-liberale Koalition hätten hin-

sogenannten Außerparlamentarischen Opposition oder die mit dem Stichwort „1968“ verbundene Studentenbewegung sind auch hier zu finden. Mit der Unterstützung des SPD-Kandidaten Gustav Heinemann bei der Wahl zum Bundespräsidenten im März 1969 hatte die FDP signalisiert, dass sie sich ein Zusammengehen mit den Sozialdemokraten auf Bundesebene vorstellen konnte.

Brandt, welcher der FDP trotz ihres schwachen Ergebnisses gleich zwei prestigeträchtige Ressorts – Auswärtiges Amt und Inneres – sowie das Landwirtschaftsministerium überließ, wurde am 21. Oktober 1969 mit äußerst knapper Mehrheit zum Bundeskanzler gewählt, wobei ihm Stimmen aus der eigenen Koalition fehlten. Aus seiner eine Woche später abgegebenen Regierungserklärung ist vor allem ein Diktum im Gedächtnis geblieben: „Wir wollen mehr Demokratie wagen.“ Von Zukunftsgestaltung und technokratischer Machbarkeit sprach Brandt. Viele damit geweckte Hoffnungen wurden später enttäuscht. Im Gegensatz zur Vorgängerregierung wurde unter Brandt die „Ostpolitik“ im Sinne einer Annäherung vorangetrieben, was zu einer Reihe von Verträgen führte. Die DDR wurde zwar nicht völkerrechtlich anerkannt, der neue Bundeskanzler formulierte aber, dass „zwei Staaten in Deutschland existieren“. Die Oder-Neiße-Linie akzeptierte man faktisch als Westgrenze Polens. Brandts Politik war umstritten, sowohl aus der eigenen Partei als auch aus der FDP gab es Übertritte zur Union.

Die Bundestagswahl von 1969 gilt als tiefer Einschnitt, nicht zuletzt im gesellschaftlichen Bereich. Als Symbol wirkte Brandt. Der Exilant in der Zeit der NS-Herrschaft bildete auch biografisch das Gegenstück zum einstigen NSDAP-Mitglied Kiesinger, der als Relikt der Ära Adenauer angesehen wurde. Ob man – im Rückblick – die Zäsur des Regierungswechsels bereits als „Umgründung der Republik“ verstehen muss, wie es der Historiker Görtemaker tut, sei dahingestellt. Erik Lommatzsch



Nach seiner Wahl am 21. Oktober 1969: Der erste sozialdemokratische Bundeskanzler Willy Brandt

Bild: Eric Koch / Anefo

trich Genscher, dass man zur Koalition bereit sei. Zwei Tage nach der Wahl suchten Kohl und der CDU-Generalsekretär Bruno Heck zudem den FDP-Politiker Erich Mende in dessen Haus auf, in dem sich zugleich mehrere Unionsgeneigte FDP-Abgeordnete eingefunden hatten. Am 1. Oktober traf Kiesinger den FDP-Vorsitzenden Walter Scheel, den großen Verlierer der Bundestagswahl, um ihm eine Zusammenarbeit anzubieten. Die Richtung schien klar.

eines Mehrheitswahlrechts auf Tableau zu bringen. Dies wäre der politischen Vernichtung der Freidemokraten gleichgekommen.

Wie in der FDP gab es auch in der SPD namhafte Politiker, die nicht an einer sozial-liberalen Koalition interessiert waren, da sie befürchteten, sich in einer solchen zu stark in liberales Fahrwasser begeben zu müssen. Herbert Wehner, unter Kiesinger Bundesminister für gesamtdeut-

FDP. Bereits am 3. Oktober wurde eine Koalitionsvereinbarung getroffen. Scheel, der dann unter Bundeskanzler Brandt Außenminister werden sollte, neigte ohnehin zur SPD. Die Liberalen, die soeben noch Gegner eines solchen Bündnisses gewesen waren, stellten sich ihm, angesichts quasi vollendeter Tatsachen, zumindest nicht in den Weg. Mit dem Vorgehen Brandts hatte kaum jemand gerechnet. Er galt als „unentschlossen und phlegmatisch“,

auslaufen müssen, allerdings darauf hindeuteten, dass der Status quo als unbefriedigend empfunden wurde. Die Große Koalition hatte man von Anfang an weitgehend als Übergangslösung zur Überwindung der – vor allem wirtschaftlichen – Schwierigkeiten angesehen. Das Fehlen einer wirklichen Opposition – zwischen 1966 und 1969 war dies im Bundestag allein die FDP – wurde als Manko empfunden. Die Ursachen für das Entstehen der

»Vorkämpfer der Unterdrückten« oder »Hochstapler«?

Der New Yorker Bürgerrechtler, Politiker, Fernseh- und Radiomoderator sowie Baptistenprediger Al Sharpton

Für seine Anhänger ist der am 3. Oktober 1954 in Brooklyn geborene US-Amerikaner Alfred Charles „Al“ Sharpton ein unermüdlicher Aktivist und Vermittler in Rassefragen, der Gewalt gegen Minderheiten anprangert. Seine Gegner dagegen halten ihn für einen Scharfmacher und Störenfried, der erst einen Streit provoziert, um ihn dann schlichten zu können.

Schon als Kind ein begabter Redner, wurde Sharpton 1969 Direktor des Jugendprogramms der Bürgerrechtsorganisation Southern Christian Leadership Conference, die er 1971 im Streit verließ. Er studierte zwei Jahre Politik ohne Abschluss, gründete aber in jener Zeit das National Youth Movement. Ein Stehaufmännchen, kandidierte er nacheinander für die Kammer des Staates New York, den US-Senat, das Amt des Bürgermeisters in seiner Heimatstadt und sogar das Weiße Haus.

Landesweite Bekanntheit erlangte Sharpton 1987 als Sprecher einer angeblich von sechs

weißen Männern vergewaltigten jungen Schwarzen. Als sich Monate später alles als erfunden herausstellte, musste Sharpton wegen Verleumdung 65 000 US-Dollar an einen hohen Juristen zahlen, den er der Mittäterschaft bezichtigt hatte. Reue zeigte er nie.

Auch sonst nimmt Sharpton kein Blatt vor den Mund. Nachdem 1991 in Brooklyn ein farbiger Junge von einem orthodoxen Juden überfahren worden war, lynchte ein schwarzer Mob den Studenten Yankel Rosenbaum. Bei den dreitägigen Ausschreitungen gab es 190 Verletzte und 130 Festnahmen. Sharpton bezeichnete damals die Israeliten als „Diamantenhändler“. Bei einem anderen Zusammenstoß zwischen Schwarzen und Juden mit acht Todesopfern nannte er sie „Blutsauger“ und „Eindringlinge“.

Von der Messerattacke eines Italoamerikaners genesen, baute Sharpton ab 1991 das National Action Network auf, um angebliches Fehlverhalten bei der Polizei und insbesondere das Racial Pro-

filing anzuprangern. Auf Druck von Sharpton sind dementsprechend unter New Yorks jetzigem

Bürgermeister Bill de Blasio spontane Kontrollen von Polizeibeamten drastisch zurückgegan-



Wird am 3. Oktober 65 Jahre alt: Alfred Charles „Al“ Sharpton

Bild: Mauritius

gen. 2014 wurde publik, dass Sharpton dort in den 1980er Jahren bezahlter FBI-Informant im

Kampf gegen die Mafia gewesen war. Dagegen verbrachte Sharpton 2001 90 Tage im Gefängnis wegen des unerlaubten Betretens einer militärischen Einrichtung in Puerto Rico. Er soll außerdem regelmäßig Reisebüros, Hotels und Vermieter nicht bezahlt haben, und über seine Steuerschulden äußert sich Sharpton nach wie vor widersprüchlich.

Früher eher eine politische Randfigur, aber für Präsident Barack Obama ein „Vorkämpfer der Unterdrückten“, war Sharpton zwischen 2009 und 2014 61 Mal Gast auf dessen Amtssitz. Der aktuelle Hausherr des Weißen Hauses, Donald Trump, seit drei Jahrzehnten mit Sharpton bekannt, hält ihn demgegenüber für einen „Hochstapler“. Sharpton unterschätzt den polarisierenden Effekt der Identitätspolitik, spielt die tödliche Gewalt von Schwarzen untereinander herunter und ignoriert den stetigen Kollaps der Familienstrukturen bei den Afroamerikanern. Damit tut er seiner Klientel letztendlich keinen Gefallen. Markus Matthes



Bild: imago/ekphoto

Moment der Woche

In Deutschland werden immer weniger Wohnungen gebaut. Von Januar bis Juli ging die Zahl der Baugenehmigungen auf 196 400 Wohnungen zurück, ein Minus von 3,4 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Dabei werden sowohl Neubauten als auch Baumaßnahmen in bestehenden Wohnungen gezählt.

Weniger Wohnungen genehmigt

Besonders stark sank die Zahl der Bewilligungen bei Zwei- und Mehrfamilienhäusern, während die Genehmigungszahlen bei Einfamilienhäusern nahezu stabil blieben. Experten führen den Gesamtrückgang auf knappe Flächen in Ballungsräumen, gestie-

gene Preise sowie den Mangel an Handwerkern zurück.

Die Diskrepanz in der Entwicklung bei Ein- und Mehrfamilienhäusern könnte auf eine weitere Ursache hindeuten: Die Debatten um Mietendeckel oder die Forderung, die Grundsteuer nicht mehr auf Mieter umlegen zu dürfen, hat Investitionen in den Mietwohnungsbau nicht eben attraktiver gemacht. Möglicherweise nehmen potenzielle Investoren mittlerweile davon Abstand, ihr Geld unter solch unsicheren Voraussetzungen in dieses Marktsegment zu stecken. *H.H.*

Was du nicht willst, das man dir tu ...

Kanadas politisch korrekter Premier plötzlich Zielscheibe von Rassismus-Vorwürfen

Es dürfte schwer sein, einen Regierungschef zu finden, der der neuen Religion der Politischen Korrektheit gründlicher huldigt als der kanadische Premierminister Justin Trudeau. Sein Kabinett ist paritätisch mit Männern und Frauen besetzt. Minderheitenpolitik und „Antidiskriminierung“ werden großgeschrieben. Hinsichtlich sexueller Übergriffe stellt er sich

Justin Trudeau gab sich stets als Musterknabe

an die Spitze einer „Null-Toleranz-Politik“.

Trudeau versteht sich selbst als „Feminist“ und betätigt sich im Sinne der „Integration“ auch schon mal als Sprachschöpfer. So wies er im vergangenen Jahr eine Diskussionsteilnehmerin darauf hin, sie solle statt „mankind“ lieber „peoplekind“ sagen. Im englischen Wort für „Menschheit“ störte ihn das Wort für „Mann“ (man) so sehr, dass er es durch „Leute“ (people) ersetzt sehen möchte.

Und jetzt das: In einer böswilligen Schublade fand sich ein altes Foto. Es zeigt Trudeau auf einem Kostümfest einer Privatschule, an der er damals unterrichtete. Zum Thema „Arabische Nächte“ hatte sich der jetzige Regierungschef entsprechend verkleidet und die Haut dunkel geschminkt. Das Ganze ereignete sich im Jahr 2001.

„Brownfacing“ gilt, ebenso wie „Blackfacing“ oder „Yellowfacing“, vor allem in Nordamerika, aber auch immer mehr in anderen westlichen Gesellschaften, nicht zuletzt in Deutschland, als hochgradig „diskriminierend“ und „rassistisch“. Früher war es bedenkenlos möglich, sich kurzzeitig eine andere Hautfarbe aufzutragen – etwa anlässlich des Karnevals oder als Schauspieler in einer Theateraufführung.

Der Raum des Erlaubten wird jedoch zunehmend von Stimmen vorgegeben, welche hierin eine unzumutbare Herabsetzung derjenigen sehen, an deren Vorbild man sich, mehr oder weniger gelungen, bei seiner „Verwandlung“ orientiert hat. Sämtliche Maßstäbe für Verhältnismäßigkeiten und die hinter der Verkleidung stehenden harmlosen Absichten

scheinen verloren zu gehen. Dass das Trudeau-Foto wenige Wochen vor der kanadischen Parlamentswahl veröffentlicht wird, ist natürlich kein Zufall. Den sich als Vorkämpfer gebenden Trudeau dürfte es getroffen haben, wie an seinen Reaktionen zu erkennen ist. Er befürchtet Schaden und geht in Sack und Asche. Ein „Fehler“ sei es gewesen, „zutiefst leid“ tue es ihm. Im Rückblick sehe er nun, dass seine Kostümierung „rassistisch“ gewesen sei.

Neben Prominenten fühlen sich auch immer wieder Unternehmen unter Druck, wegen vermeintlich rassistischer Äußerungen, vor allem in ihrer Werbung, öffentliche Bitten um Entschuldigungen zu platzieren. So etwa vor einiger Zeit die Kosmetikfirma Dove, welche einen kurzen Film zeigte, in dem eine dunkelhäutige Frau ein dunkles Shirt abstreifte – darunter kam eine hellhäutige Frau mit hellem Shirt zum Vorschein.

Das Textilunternehmen H&M warb für einen Kinder-Pullover mit der Aufschrift „Coolest Monkey in the Jungle“ (Coolster Affe im Dschungel) mit einem dunkelhäutigen Fotomodell. Nach massiven Angegriffen musste sich H&M reumütig zeigen. Dass die Mutter

des Werbe-Kindes meinte, sie verstehe die Aufregung nicht, ging unter.

Wenig beachtet wurde auch, dass der Fußball-Funktionär Clemens Tönnies im August auf das große Problem Afrikas, die Überbevölkerung, hingewiesen hatte. Aufgegriffen wurde lediglich seine Wortwahl. Er bat kleinlaut um Verzeihung für seinen „Rassismus“.

Ein altes Party-Foto sorgt für heftige Erregung der Linken

Premierminister Trudeau, dem wohl niemand ernsthaft unterstellen wird, er habe seinerzeit Araber herabsetzen wollen, ist nur ein – aktuelles – Beispiel aus der langen Reihe derer, die in selbstgeißelnden Stellungnahmen vor den Wächtern der Politischen Korrektheit einen übrigens auch intellektuell armseligen Kotau machen. Im Unterschied zu anderen hat er allerdings das Seine dazu beigetragen, diese drückende Atmosphäre zu schaffen.

Erik Lommatzsch

Wem gehört die Straße?

Der Missbrauch des Demonstrationsrechts durch Gewalt und »Gegendemonstrationen« wird nicht hinreichend geahndet

Aktuelle Nachrichtensendungen berichten fast täglich von Demonstrationen und nicht selten auch von Straßenschlachten in verschiedenen Teilen der Welt. Caracas, Moskau, Hongkong, Bukarest, Paris und zuletzt Bayonne sind in diesem Zusammenhang unvergessen. Diese Ereignisse sollten Anlass sein, über Rechtmäßigkeit und Zweckmäßigkeit von Demonstrationen auf öffentlichen Straßen auch in Deutschland nachzudenken.

„Die Straße gehört dem Volke“ – mit diesem Satz bekräftigte Richard Thoma, einer der prominenten Staatsrechtslehrer in der Zeit der Weimarer Republik, das Recht, sich auf öffentlichen Straßen und Plätzen zu versammeln. Der keinen Widerspruch zulassende Satz stammt aus dem Jahr 1930.

Wenige Jahre später gehörte die Straße nicht mehr dem Volke. Die neuen Herrscher sangen das Horst-Wessel-Lied mit der Eingangszeile: „Die Straße frei den braunen Bataillonen“. Im Winter 1944/45 war die Zeit der braunen Bataillone (gemeint war die SA) vorbei – nun kamen die roten Armeen. Konnten Flüchtlingstrecks sich nicht rechtzeitig in Sicherheit bringen, konnte es – wie in Ostpreußen nicht selten – geschehen, dass die Trecks auf den vereisten Landstraßen von russischen Panzern überrollt wurden.

Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland erwähnt in seinem Artikel zum Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) Straßen und Plätze nicht ausdrücklich; jedoch sind diese Orte offenkundig in der Regel für „Versammlungen unter freiem Himmel“ (Artikel 8, Absatz 2) mit gemeint.

Diese Formulierung des Verfassungsgebers von 1949 wirkt heute für manchen Leser eher altdeutsch. Bevorzugt wird schon seit einigen Jahren der Ausdruck „Demonstration“, den das Bayerische Oberste Landesgericht einmal als „eindrucksvolle Kundgabe einer bestimmten Meinung in öf-

fentlichen Angelegenheiten“ definiert hat. Die Meinungskundgebung kann Volksfestcharakter annehmen (Beispiel: „Christopher Street Day“) oder die Rolle eines Open-Air-Parlaments beanspruchen (Beispiel: „Fridays for Future“). Die in manchen Ethnien gebräuchliche und Männlichkeit demonstrierende Veranstaltung eines Hochzeitskorsos kann eine öffentliche Straße blockieren und das Interesse der Öffentlichkeit finden – eine vom Grundgesetz geschützte Versammlung unter freiem Himmel wird sie deshalb nicht.

Eine sogenannte Großdemonstration ist dagegen genauso grundrechtlich geschützt wie eine Versammlung weniger Menschen: Nach oben gibt es insoweit keine begriffliche Begrenzung, anders als nach unten: Eine Zusammen-

kunft von zwei Menschen ist schon nach allgemeinem Sprachgebrauch keine „Versammlung“.

Politische Demonstrationen haben das Ziel, für eine bestimmte politische Meinung zu werben. Das Dafürsein beinhaltet zumeist aber auch, gegen eine andere Meinung zu demonstrieren. Dagegen ist nichts einzuwenden. Anders zu beurteilen ist dagegen der Fall, in welchem mit einer Demonstration eine andere Demonstration gestört oder sogar vereitelt werden soll. Zweck und Ziel einer solchen Gegendemonstration ist im günstigsten Fall das Motiv „Flagge zeigen“ (Slogan: „Wir sind mehr“), im kritischen Fall: einschüchtern, blockieren, verhindern.

Die Rechtslage ist klar: Das Grundgesetz erlaubt, sich „friedlich“ zu versammeln. Blockaden

unter Anwendung körperlicher Gewalt sind nicht friedlich. Geltendes Recht, aber leider in der Praxis oft nicht beachtet, ist die Strafbestimmung in Paragraph 21 des Versammlungsgesetzes: „Wer in der Absicht, nichtverbotene Versammlungen oder Aufzüge zu verhindern oder zu sprengen oder sonst ihre Durchführung zu vereiteln, Gewalttätigkeiten vornimmt oder androht oder grobe Störungen verursacht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.“

Schon die Aufforderung zu einer Vereitelung einer rechtmäßigen Veranstaltung ist gemäß Paragraph 111 Strafgesetzbuch eine kriminelle Handlung. Zutreffend hat das Bundesverfassungsgericht als höchstes deutsches Gericht festgestellt: „Art. 8 GG schützt die Teilhabe an der Meinungsbil-

dung, nicht aber die zwangsweise oder sonst wie selbsthilfeähnliche Durchsetzung eigener Forderungen.“

Unser Grundgesetz gewährleistet, kurz gesagt, die Veranstaltung von Versammlungen, aber nicht die Verhinderung von Versammlungen. In mehreren überzeugenden Veröffentlichungen und in Schreiben an die zuständigen amtlichen Stellen hat der früher an der Universität Hamburg lehrende Professor für Öffentliches Recht Jürgen Schwabe (ein Spezialist für Fragen des Versammlungsrechts) immer wieder auf diese Rechtslage hingewiesen. Unter der Überschrift „Es gibt kein Grundrecht auf Straßenschlachten“ hat Schwabe dem Sonderausschuss der hamburgischen Bürgerschaft, der die wüsten Ausschreitungen in der Han-

sestadt während des G20-Gipfels 2017 aufklären sollte, eine „groteske Vorstellung vom Versammlungsrecht“ bescheinigt. „Im Ergebnis ist die Strafnorm des Paragraphen 21 des Versammlungsgesetzes durch Ignorieren und Nichtanwenden außer Kraft gesetzt worden. Solch eine Missachtung eines Parlamentsgesetzes durch die Exekutive gab es noch nie“, so Schwabe.

Staats- und Regierungschefs wichtiger Staaten treffen sich, um Probleme zu besprechen, die in einer globalisierten Welt viele Menschen betreffen. Welchen überzeugenden Grund kann es

»Groteske Vorstellung vom Versammlungsrecht«

geben, gegen ein solches Gipfel-Treffen zu demonstrieren? Keinen. Welchen Grund finden die Demonstranten dennoch? Ein Versuch der Erklärung findet die Stichworte „Empörungsdemokratie“, „Aufgeregtheitsdemokratie“, „Misstrauen gegenüber dem repräsentativen Regierungssystem“, „Skepsis gegenüber Eliten und Establishment und politischen Parteien“.

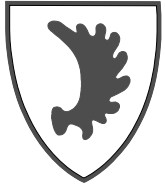
Auch die Spaltung der Gesellschaft fördert die Nutzung der Straße, um auf die eigene Meinung aufmerksam zu machen, wobei die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in ihrer Berichterstattung ihre Sympathie für die eine politische Seite nicht verhehlen. Trotz zunehmender Krawalle sind jedenfalls friedliche Demonstrationen als Zeichen starken Engagements in völliger Öffentlichkeit positiv zu bewerten. Gefahren liegen in der Manipulation durch Einpeitscher und in der Verkürzung der Argumentation auf Plakatparolen. Als positive Beispiele für friedliche und argumentierende Demonstrationen sind nach wie vor die Montagsdemonstrationen vor dem Ende der DDR zu nennen.

Ingo von Münch



Strafbarer Missbrauch im Extrem: Gewalttäter während des G20-Gipfels in Hamburg 2017

Bild: imago/ZUMA press



MELDUNGEN

Immer mehr Ertrunkene

Allenstein – In der diesjährigen Badesaison sind in den Gewässern des südlichen Ostpreußens 32 Personen ertrunken. Während der Sommerferien 2016 ertranken im südlichen Ostpreußen sieben Personen, im vorigen Jahr waren es 22. Ende August wurde unter anderem auch die Leiche von Piotr Wozniak-Starak, einem bekannten polnischen Filmproduzenten, im Kissain-See gefunden. In der Rebublik Polen sind während der diesjährigen Ferienzeit (in der Zeit vom 20. Juni bis zum 1. September) insgesamt 196 Personen ertrunken.

PAZ

Südumgehung ausgeschrieben

Allenstein – Eine Anbindung der Stadt Allenstein an die Autobahn A1 rückt immer näher. Die Ausschreibung für den Bau der Schnellstraße S5 (der Südumgehung von Osterode) ist bereits erfolgt. Es geht dabei um den Abschnitt zwischen Arnau und Warweiden unweit von Osterode. Die S5 wird Allenstein mit der A1 und damit auch mit Bromberg, Posen und Breslau verbinden. Der Unternehmer, der den Zuschlag erhalten wird, verpflichtet sich, den fünf Kilometer langen Abschnitt zwischen Arnau und Warweiden auszubauen. Innerhalb dieses Abschnitts entstehen unter anderem die Anschlussstelle Osterode-West, vier Viadukte und ein Übergang für Wildtiere. Der Abschnitt, der ausgeschrieben wurde, sei ein Element einer großen Gesamtheit, unterstrich Karol Glebocki, Pressesprecher der Generaldirektion für Staatsstraßen und Autobahnen in Allenstein. Der Bau dieses Fragmentes ist gleichzeitig auch eine Umgehung von Osterode im Zuge des Ausbaus der Staatsstraße Nr. 16.

PAZ

»Ein Sonntag mit Herder«

Nach wie vor von Bedeutung – Mohrungen feierte den 275. Geburtstag des deutschen Philosophen

An den größten Sohn der Stadt, den Philosophen Johann Gottfried Herder, erinnert Mohrungen seit einigen Jahren immer an dessen Geburtstag, am 25. August. In diesem Jahr jährte sich dieser zum 275. Mal. Deshalb hat die Gesellschaft der deutschen Bevölkerung „Herder“ in Mohrungen, auf deren Initiative die Herderfeiern begonnen wurden, mit einem Vortrag in ihrem Sitz einen zusätzlichen Programmpunkt organisiert.

Unter der neuen Leitung des Johann-Gottfried-Herder-Museums in Mohrungen gab es eine zeitliche Verschiebung der Geburtstagsfeiern für Herder. Die „Museumsnacht mit Herder“ ist dem „Sonntag mit Herder“ gewichen. Das ändert aber nichts an der Bedeutung dieses Tags für das Museum, die Stadt Mohrungen und die Gesellschaft der deutschen Bevölkerung „Herder“. Es gab ein attraktives Programm mit Vorträgen, Musik und Unterhaltung im und vor dem Museum sowie einen feierlichen Besuch beim Herder-Denkmal. „Wir haben wie immer für die Torte und einen finanziellen Beitrag zum Programmpunkt ‚Musik in Museumsräumen‘ gesorgt“, erläutert die Vorsitzende Urszula Manka, „darüber hinaus haben wir aber dieses Jahr am 24. August zu einem Vortrag über Herder zu uns eingeladen.“ Referenten waren der Professor Fred Manthey und seine Ehefrau Christine, die das Buch „Johann Gottfried Herder. Wir auf dem Weg zu Dir“ geschrieben haben und seit Jahren mit Seminaren zu Herder die Weiterbildung von Lehrern und Schülern in Mohrungen unterstützen.

Wichtig im Buch und beim Vortrag in Mohrungen war die Rolle Herders in Weimar. „Wir betonen, dass er im späteren Leben ein wichtiger Teil des bekannten Weimarer Viergestirns mit Goethe, Schiller und Wieland war. Das ist hier in Mohrungen vielen bis heute gar nicht bewusst“, sagt Christine Manthey. Das Buch ist bewusst einfach geschrieben und groß gedruckt, um möglichst vielen Men-



Bild: U.H.

Umringt von jungen Gästen: „Herder“

schen den Zugang zu Herder zu erleichtern, auch und gerade Deutsch lernenden in seiner Geburtsstadt Mohrungen. „Unter dem Untertitel ‚Wahres und Möglichen‘ lassen wir eine fiktive Familie Herder dorthin fahren und die heutige Stadt erleben. Außerdem gibt es bei uns auch eine mögliche Begegnung des jungen

Herder mit seinem späteren Lehrer Immanuel Kant in Mohrungen“, schmunzelt Fred Manthey. Kant war in frühen Jahren in Groß Arnsdorf nahe Mohrungen Hauslehrer und möglicherweise mit seinen Schülern dort auf Besuch. Später unterrichtete er Herder auf jeden Fall an der Universität in Königsberg.

Waldemar Manka, Vizevorsitzender der Gesellschaft „Herder“, freute sich über das große Interesse an der Veranstaltung. Gekommen waren neben den Mohrunger Mitgliedern Gäste aus der Bundesrepublik, unter anderem Norbert Schütz vom Landesverband Thüringen des Bundes der Vertriebenen und die Vorsitzende der Hei-

matkreisgemeinschaft Mohrungen, Ingrid Tkacz, die eng mit der Gesellschaft „Herder“ zusammenarbeiten. Beide freuten sich über die Möglichkeit, die bestehenden Kontakte zum Herder-Museum und der Stadt zu erneuern. „Mit der früheren Leiterin des Museums hatten wir sehr gute Kontakte, und ich denke nach der ersten Begegnung mit der neuen Direktorin Angelika Rejs, dass das so bleibt“, so Tkacz.

Neu im Amt, wenn auch nicht im Rathaus, ist auch die Sekretärin von Gemeinde und Stadt Mohrungen, Katarzyna Zarachowska, der das Treffen mit dem Ehepaar Manthey sehr wichtig war: „Wir haben auch darüber gesprochen, wie bekannt Herder bei uns im Alltag ist. Wir finden, dass es damit gut aussieht.“ Dabei steht seit einiger Zeit auch der Vorschlag der Gesellschaft „Herder“ und des Ehepaars Manthey im Raum, den Namen der Stadt um den Begriff „Stadt Herders“ zu ergänzen. „Eine solche Änderung muss der Stadtrat gemeinsam in Konsultation mit der lokalen Gesellschaft treffen“, erklärte Zarachowska, „das ist nicht so einfach.“

Einen Schritt weiter ist der lokale Verband der Lyzealschulen „Leon Kruczkowski“, der mit dem Museum und der Deutschen Minderheit gut zusammenarbeitet, so dessen Direktor Jan Horbacz: „Unsere Aula wurde vor einigen Jahren nach Herder benannt.“ Vielleicht erhält sogar die ganze Schule den Namen des großen Philosophen. Schulpatron Kruczkowski muss nämlich voraussichtlich wegen des Gesetzes über das Verbot der Propaganda des Kommunismus seinen Platz räumen, und Herder ist ein Kandidat für die Nachfolge. „Eine Dokumentation über einen Namenswechsel ist erstellt. Ob, wann und mit wem als zukünftigen Namensgeber der Name geändert wird, entscheidet aber der Schulträger, der Kreis Osterode“, informierte Horbacz. Für die Bekanntheit Herders in Mohrungen wäre das ein weiterer wichtiger Schritt.

Uwe Hahnkamp

Neue Kurorte im südlichen Ostpreußen

Heilsberg wird in Kürze das Kurort-Prädikat beantragen – Frauenburg und Landsberg sollen bald folgen

Heilsberg soll der zweitgrößte Kurort im südlichen Ostpreußen werden. Mitte September hat Bürgermeister Jacek Wisniowski den Grundstein für den Bau eines Gradierwerkes gelegt.

In Heilsberg sollen zukünftig unter anderem kardiologische Erkrankungen und Bluthochdruck sowie orthopädische und posttraumatische, nervöse und rheumatische Erkrankungen behandelt werden. Die Stadt verfügt über ein ausgewiesenes Heilbad-Schutzgebiet (über 1700 Hektar), deswegen kann sie künftig ein Kurort-Prädikat beantragen. Dazu muss allerdings zunächst eine ausreichende Infrastruktur vorhanden sein, um medizinische Therapien und Heilverfahren zu

ermöglichen. Derzeit ist Goldap der einzige staatlich anerkannte Kurort im südlichen Ostpreußen. „Ich glaube daran, dass Heilsberg bald ein Kurort-Prädikat erhalten wird“, sagte Miron Sycz, stellver-

Goldap hat eine Vorreiterrolle

tretender Marschall der Woiwodschaft Ermland-Masuren. „Nicht nur Heilsberg, sondern auch Frauenburg und Landsberg. Es wird ein starker Impuls für die Entwicklung dieser Städte sein. Es ist schwierig, ein entsprechendes Prädikat zu erwerben, aber das Beispiel von Goldap hat gezeigt, dass dies nicht unmöglich ist.

Und wir werden auf jeden Fall alles daran setzen, dass in der nächsten finanziellen Vorausschau, sowie auch jetzt, Mittel für die Kurbadinfrastruktur zur Verfügung stehen. Ich möchte daran erinnern, dass Heilsberg Mittel aus dem regionalen operationellen Programm für den Bau der Kurbadinfrastruktur erhalten hat. Die Investitionskosten betragen 15,4 Millionen Zloty (rund 3,9 Millionen Euro) und die Finanzierungshilfe 10,9 Millionen Zloty (2,7 Millionen Euro).“

Die Stadtbehörden hatten bereits im Juli 2013 erste Bemühungen unternommen, damit Heilsberg als Heilbad-Schutzgebiet ausgewiesen würde. Im Oktober desselben Jahres erhielt Heilsberg ein Zertifikat, das die heilenden

Eigenschaften des Klimas und später auch des Wassers (Natriumchlorid, hydrothermal) bestätigte. Seit 2016 gibt es in Heilsberg auch ein Thermalbad, das die ört-

lichen Thermalquellen nutzt. Es ist ein Komplex mit Innen- und Außenschwimmb Becken mit unterschiedlichen Wassertemperaturen, Solebädern, Saunalandschaf-



Heilsberg: Modell des Kurkomplexes

Bild: Pracownia Projektowa „HOT“

ten mit mehreren Saunen und Dampfbädern, Massageangeboten sowie Wellnessbereichen.

Die Entscheidung des Gesundheitsministeriums hat die Möglichkeit der Durchführung von Heilverfahren im Heilbad-Schutzgebiet bestätigt. Im August dieses Jahres unterzeichnete der Heilsberger Bürgermeister Wisniowski einen weiteren Vertrag über den Bau der Infrastruktur. Als nächstes wird in Heilsberg ein Gradierwerk von etwa 100 Metern Länge gebaut. Die Anlage wird mit einer Treppe und einer Terrasse ausgestattet werden. Das gesamte Projekt umfasst auch den Bau von Promenaden, einen Parkplatz, den Umbau der Einfahrten zum Spa-Bereich, den Bau von Toiletten sowie Erholungs- und Spielplätzen.

Edyta Gładkowska



ZUM 100. GEBURTSTAG

Ludwanowski, Ella, geb. **Wagner**, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 27. September
Mögel, Julius, aus Birkenau, Kreis Wehlau, am 3. Oktober

ZUM 99. GEBURTSTAG

Stank, Edith, geb. **Czarnojan**, aus Herzogshöhe, Kreis Treuburg, am 3. Oktober

ZUM 98. GEBURTSTAG

Friedrich, Waltraud, geb. **Trerziak**, aus Kobilinnen, Kreis Lyck, am 27. September
Kling, Helene, geb. **Brinkmann**, aus Lyck, Danziger Straße 12, am 27. September

ZUM 97. GEBURTSTAG

Giebler, Gertraut, geb. **Wietz**, aus Wehlau, am 30. September
Glas, Gertrud, geb. **Aschendorf**, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 28. September

ZUM 96. GEBURTSTAG

Busse, Hildegard, geb. **Mann-
eck**, aus Backeln, Kreis Fisch-
hausen, am 1. Oktober
Falk, Gustav, aus Heldenfelde,
Kreis Lyck, am 29. September
Peters, Ursula, geb. **Krause**, aus
Paterswalde, Kreis Wehlau, am
29. September
Prikuls, Käthe, geb. **Kottowski**,
aus Baitenberg, Kreis Lyck, am
29. September

ZUM 95. GEBURTSTAG

Böttcher, Hildegard, geb. **Kules-
sa**, aus Selmenthöhe, Kreis
Lyck, am 27. September
Dyk, Herbert, aus Lyck, Kaiser-
Wilhelm-Straße 81, am
28. September
Freese, Elfriede, geb. **Tolkiehn**,
aus Wargen, Kreis Fischhau-
sen, am 3. Oktober
Kotowski, Hans, aus Wittenwal-

de, Kreis Lyck, am 2. Oktober
Moskwa, Paul, aus Allenstein,
Kreis Thalheim, am 16. Sep-
tember
Rusch, Liesbeth, geb. **Schöffsky**,
aus Klein Steegen, Kreis Preu-
bisch Eylau, am 2. Oktober
Schmerl, Ella, geb. **Glowatz**, aus
Lyck, am 30. September

ZUM 94. GEBURTSTAG

Bräutigam, Wilhelm, Kreisgrup-
pe Kassel, am 30. September
Matern, Elsa, geb. **Neumann**,
aus Paterswalde, Kreis Weh-
lau, am 3. Oktober
Pfennig, Werner, aus Tapiau,
Kreis Wehlau, am 27. Septem-
ber
Ströh, Erika, aus Lyck, am
2. Oktober

ZUM 93. GEBURTSTAG

Annutsch, Walter, aus Ebenfel-
de, Kreis Lyck, am 27. Septem-
ber
Buttgereit, Heinz, aus Baringen,
Kreis Ebenrode, am 27. Sep-
tember
Christoffersen, Arthur, aus Re-
geln, Kreis Lyck, am 3. Okto-
ber
Ehlert, Arthur, aus Seedranken,
Kreis Treuburg, am 1. Oktober
Grenningloh, Christel, geb. **Ne-
wiger**, aus Groß Ponnai, Kreis
Wehlau, am 3. Oktober
Heske, Bruno, aus Fedderau/Lo-
kehnen, Kreis Heiligenbeil,
am 29. September
Pfeiffer, Elli, geb. **Westenberger**,
aus Kinderhausen, Kreis
Ebenrode, am 3. Oktober
Vogel, Ulrich, aus Lyck, am
29. September

ZUM 92. GEBURTSTAG

Diebowski, Kurt, aus Lyck, Bis-
marckstraße 52, am 27. Sep-
tember
Grigat, Hildegard, geb. **Szech**,
aus Walden, Kreis Lyck, am
1. Oktober
Hein, Johanna, geb. **Salamon**,
aus Morgengrund, Kreis Lyck,

am 27. September
Opitz, Elsbeth, geb. **Neumann**,
aus Großheidekrug, Kreis
Fischhausen, am 29. Septem-
ber
Radau, Heinz, aus Tapiau, Kreis
Wehlau, am 27. September
Schürmann, Margarete, geb.
Reinos, aus Eichthal, Kreis
Treuburg, am 28. September
Vortlage, Martha, aus Rogallen,
Kreis Lyck, am 3. Oktober

ZUM 91. GEBURTSTAG

Barkschat, Karl-Heinz, aus
Schellendorf, Kreis Ebenrode,
am 2. Oktober
Borrmann, Irmgard, geb. **Gut-
zeit**, aus Wehlau, am 30. Sep-
tember
Czytrich, Otto, aus Kalgendorf,
Kreis Lyck, am 29. September
Kobiolka, Hildegard, geb. **Ma-
tern**, aus Sareiken, Kreis Lyck,
am 1. Oktober
Kowalczyk, Erika, aus Treuburg,
am 2. Oktober
Losch, Alfred, aus Waiselhöhe,
Kreis Neidenburg, am 29. Sep-
tember
Ludowitzi, Hildegard, geb. **Füh-
rer**, aus Erlenhagen, Kreis
Ebenrode, am 28. September
Meyer, Ingrid, geb. **Huwe**, aus
Treuburg, am 29. September
Palluck, Gerd-Karl, aus Witten-
walde, Kreis Lyck, am 29. Sep-
tember
Plewka, Willy, aus Eichenstein,
Kreis Insterburg, am 1. Okto-
ber
Schröder, Frieda, geb. **Salz-
mann**, aus Windberg, Kreis
Ebenrode, am 28. September
Woost, Edith, geb. **Sebrowski**,
aus Grabnick, Kreis Lyck, am
28. September
Worſa, Gerhard, aus Borschim-
men, Kreis Lyck, am 3. Okto-
ber

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bandilla, Gerd, aus Mostolten,
Kreis Lyck, am 3. Oktober
Böhme, Ursel, geb. **Mudek**, aus
Tannau, Kreis Treuburg, am
2. Oktober
Buhrke, Helmut, aus Nalegau,
Kreis Wehlau, am 27. Septem-
ber
Ewert, Heinz, aus Drugehnen,
Kreis Fischhausen, am 3. Ok-
tober
Finner, Heinrich, aus Skurpien,
Kreis Neidenburg, am 29. Sep-
tember
Gellner, Hans, aus Wallenrode,
Kreis Treuburg, am 3. Oktober
Glanert, Günter, aus Rogonnen,
Kreis Treuburg, am 2. Oktober
Gruschkus, Hannelore, aus
Lyck, am 3. Oktober

ZUM 90. GEBURTSTAG

Katke, Erika, geb. **Sbresny**, aus
Regeln, Kreis Lyck, am
27. September
Keiter, Reinhold, aus Dreimüh-

len, Kreis Lyck, am 2. Oktober
Kolberg, Erwin, aus Wilhelms-
hof, Kreis Ortelsburg, am
29. September
Laskowski, Kurt, aus Reimanns-
walde, Kreis Treuburg, am
29. September
Lukesch, Marita, geb. **Winkler**,
aus Rauschen, Kreis Fischhau-
sen, am 1. Oktober
Nowotzin, Horst, aus Lieben-
berg, Kreis Ortelsburg, am
2. Oktober
Przytulla, Edith, aus Goldenau,
Kreis Lyck, am 30. September
Reinecken, Elfi, aus Rodenheim,
Kreis Goldap, am 25. Septem-
ber
Schröder, Hannelore, geb. **Plat-
zek**, aus Baitenberg, Kreis
Lyck, am 27. September
Seidler, Gerhard, aus Wehlau,
am 1. Oktober
Sellhorn, Otto, aus Borschim-
men, Kreis Lyck, am 29. Sep-
tember
Serafin, Friedel, aus Klein
Schläffen, Kreis Neidenburg,
am 2. Oktober
Stein, Günter, aus Germau,
Kreis Fischhausen, am 1. Ok-
tober
Van De Gabel, Helga, geb. **Fey-
erabend**, aus Kalkstein, Kreis
Fischhausen, am 2. Oktober

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bandilla, Gerd, aus Mostolten,
Kreis Lyck, am 3. Oktober
Böhme, Ursel, geb. **Mudek**, aus
Tannau, Kreis Treuburg, am
2. Oktober
Buhrke, Helmut, aus Nalegau,
Kreis Wehlau, am 27. Septem-
ber
Ewert, Heinz, aus Drugehnen,
Kreis Fischhausen, am 3. Ok-
tober
Finner, Heinrich, aus Skurpien,
Kreis Neidenburg, am 29. Sep-
tember
Gellner, Hans, aus Wallenrode,
Kreis Treuburg, am 3. Oktober
Glanert, Günter, aus Rogonnen,
Kreis Treuburg, am 2. Oktober
Gruschkus, Hannelore, aus
Lyck, am 3. Oktober

Henn, Hannelore, geb. **Eggert**,
aus Bobern, Kreis Lyck, am
1. Oktober
Knorr, Werner, aus Canditten,
Kreis Preußisch Eylau, am
28. September
Koslowski, Hermine, aus Kan-
dien, Kreis Neidenburg, am
27. September
Krenz, Erna, geb. **Michalski**, aus
Ramecksfelde, Kreis Lyck, am
30. September
Ludorff, Siegfried, aus Waldwer-
der, Kreis Lyck, am 3. Oktober
Mahler, Alfred, aus Wehlau, am
28. September
Palfner, Barbara, geb. **Linden-
blatt**, aus Battau, Kreis Fisch-
hausen, am 3. Oktober
Radmacher, Heinz, aus Postni-
cken, Kreis Fischhausen, am
30. September
Reichelt, Charlotte, geb. **Kling-
schat**, aus Germingen,
Kreis Ebenrode, am 27. Sep-
tember
Rosinski, Waltraut, geb. **Kniest**,
aus Wittingen, Kreis Lyck, am
29. September
Teichert, Werner, aus Ragnit,
Kreis Tilsit-Ragnit, am
29. September
Tobias, Günther, aus Wehlau,
am 3. Oktober
Wittig, Elfriede, geb. **Schwarz**,
aus Nestonwethen, Kreis Til-
sit-Ragnit, am 27. September

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bahr, Erich, aus Schölen, Kreis
Heiligenbeil, am 30. Septem-
ber
Bergen, Dietlind, geb. **Biallaß**,
aus Seeheim, Kreis Lyck, am
2. Oktober
Born, Gerhard, aus Wallendorf,
Kreis Neidenburg, am 28. Sep-
tember
Deptolla, Siegfried, aus Rohma-
nen, Kreis Ortelsburg, am
1. Oktober
Erismann, Manfred, aus Hohen-
walde, Kreis Heiligenbeil, am
29. September
Kolenda, Klaus, aus Neumalken,
Kreis Lyck, am 27. September
Korn, Rudi, aus Bladiau, Kreis

nicht nur von den Mitgliedern des Vereins, sondern auch von polni-
schen Mitbürgern besucht wur-
den. Monatlich erschienen die
„Allensteiner Nachrichten“ und
mehrere Publikationen wurden
herausgegeben. Der jedes Jahr
veranstaltete „Tag der nationalen
Minderheiten“ auf dem Gelände
Ataman war gut besucht und ein
großer Erfolg. Das Gedenken an
Volkstrauertag auf dem Allenstei-
ner Ehrenfriedhof, Adventsfeiern
für Kinder und Senioren und der
traditionelle Weihnachtsmarkt,
der inzwischen von der Stadt kop-
iert wurde, beschlossen die Ver-
anstaltungen des letzten Jahres.
Nach dem Bericht des Schatz-
meisters und des Kassenprüfers
erfolgte die Entlastung des Vor-
stands. Mit einem geselligen
Abend endete der erste Tag des
Jahrestreffens.
Der Samstag begann mit einem
Gottesdienst und der Kranznie-
derlegung an der Allensteiner Ge-
denktafel in der Propsteikirche.
Anschließend traf man sich im
Heimatismuseum „Treudank“, wo
der Stadtpräsident von Allenstein
und der Bürgermeister von Gel-
senkirchen sich in Anwesenheit
der Presse in das Goldene Buch
der Stadt Allenstein eintrugen,
das anlässlich der Gewerbeaus-
stellung von 1910 angelegt wurde.
Gegen Mittag fanden sich die er-
sten Besucher aus Stadt und Land
im Schloss Horst ein.
Zu Beginn der Feierstunde wa-
ren die meisten Plätze in der

Anzeigen

Lieder für Ostpreußen
Liederliste anfordern, **1 CD gratis**
von Heimatsänger Bern Stein
B. Krutzinna, Oelmühlenallee 1, 24306 Plön
bernstein1947@aol.com Tel. 04525 1764

**Sonderzugreisen nach
Masuren - Königsberg - Danzig**
Tel.: 07154/131830 www.dnv-tours.de

Heiligenbeil, am 29. Septem-
ber
Kunde, Hildegard, geb. **Rose**,
aus Warnien, Kreis Wehlau,
am 28. September
Lapschies, Hannelore, geb. **Sot-
zek**, aus Jesken, Kreis Treu-
burg, am 29. September
Papiers, Klaus, aus Groß Schön-
damerau, Kreis Ortelsburg,
am 1. Oktober
Pesch, Horst, aus Leißbienen,
Kreis Wehlau, am 2. Oktober
Sadlowski, Manfred, aus Lin-
denort, Kreis Ortelsburg, am
1. Oktober
Tregel, Horst, aus Rotbach, Kreis
Lyck, am 29. September
Waldhof, Helmut, aus Montzen,
Kreis Lyck, am 3. Oktober

ZUM 75. GEBURTSTAG

Christoph, Erika, aus Grünlinde,
Kreis Wehlau, am 29. Sep-
tember
Meyer-Hochheim, Barbara, geb.
Schweighöfer, aus Tannen-
mühl, Kreis Ebenrode, am
1. Oktober
Michels, Regine, geb. **Lux**, aus
Neidenburg, am 28. Septem-
ber
Rimek, Christian-Karl, aus
Wormditt, Kreis Braunsberg,
am 1. Oktober
Wolbeck, Ursula, geb. **Anger-
mann**, aus Allenburg, Kreis
Wehlau, am 3. Oktober

Alle Seiten »Heimatarbeit«
auch im Internet

**STADT
ALLENSTEIN**

Stadtvertreter: Gottfried Hufen-
bach. Geschäftsstelle: Stadtge-
meinschaft Allenstein e.V., Vatt-
mannstraße 11, 45879 Gelsenkir-
chen, Telefon (0209) 29131, E-
Mail: StadtAllenstein@t-online.de

64. Jahrestreffen

Das 64. Jahrestreffen der Stadt-
gemeinschaft fand vom 13. bis
14. September 2019 in Gelsenkir-
chen statt. Am Freitagnachmittag
trat die Stadtversammlung zusam-
men. Der Vorsitzende Gottfried
Hufenbach eröffnete die Sitzung
und begrüßte die Stadtvertreter,
die Angehörigen der Allensteiner
Gesellschaft Deutscher Minder-
heit und besonders deren neuen
Vorstand, der nahezu vollständig
vertreten war. Er stellte fest, dass
die Stadtversammlung ordnungs-
gemäß einberufen wurde. Von
zehn stimmberechtigten Stadtver-
tretern waren neun anwesend.
Der Vorsitzende drückte sein
Bedauern aus, dass die Fusion mit
der Kreisgemeinschaft Allenstein
trotz der in den letzten zwei Jah-
ren gemachten Fortschritte ge-
scheitert ist. Er verwies auf sein
Schreiben vom 7. August 2019 an
alle Mitglieder der Stadtver-
sammlung, in dem er die Gründe

für das Scheitern dargelegt hat.
Inzwischen hat die Kreisgemein-
schaft mitgeteilt, dass sie sich
auch an den Jahrestreffen nicht
mehr beteiligen will.
Der Sprecher der Landsmann-
schaft hat in einer Richtigstellung
in der *PAZ/Ostpreußenblatt* vom
16. August 2019 darauf hingewie-
sen, dass die in der PAZ vom
26. Juli 2019 aufgestellte Behaup-
tung des Pressesprechers Tugins-
ke, die Fusion sei mit der neuen
Satzung der Kreisgemeinschaft
vollzogen, nicht zutrifft. Die
Stadtgemeinschaft und die Kreis-
gemeinschaft seien unverändert
eigenständige Mitglieder der
Landsmannschaft Ostpreußen.
Damit ist auch die Behauptung
von Tuguntke widerlegt, die
Kreisgemeinschaft sei die alleini-
ge Vertretung von Stadt und Land.
Offen ist noch die von der
Stadtgemeinschaft geforderte Lö-
schung der für die gemeinsame
Mitgliederdatei übermittelten Da-
ten. Bisher ist eine entsprechende
Erklärung der Kreisgemeinschaft
nicht erfolgt. Möglicherweise ist
in diesem Fall eine juristische
Klärung notwendig. Wegen des
nicht erfolgten Zusammenschlus-
ses muss die im letzten Jahr be-
schlossene Satzungsänderung zur
Verwendung des Vereinsvermö-
gens geändert werden. Nutznie-
ßer soll bei einer Auflösung der
Stadtgemeinschaft ausschließlich
die Stiftung Allenstein sein.
Weiter berichtete Gottfried Hu-
fenbach über seinen diesjährigen

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben

Besuch in Allenstein, bei dem er
auch mit der Auszahlung der Bruder-
hilfe begann. Die weitere Ver-
teilung wurde von Renate Rucins-
ka, der neuen Geschäftsführerin
der AGDM, übernommen. Er be-
suchte auch das Fest der Minder-
heiten, das bei herrlichem Som-
merwetter auf dem Gelände Ata-
man stattfand. Zum ersten Mal
war auch der Landrat des Kreises
Alenstein unter den Gästen.
Dr. Alexander Bauknecht gab
anschließend einen ausführlichen
Bericht über die umfangreiche

Tätigkeit der Allensteiner Gesell-
schaft Deutscher Minderheit im
vergangenen Jahr. Monatliche Se-
norentreffen, Treffen der Handar-
beitsgruppe und der Jugendgrup-
pe Ermis sowie Deutschkurse für
Jugendliche und Erwachsene die-
nen dem Erhalt der deutschen
Sprache und Kultur und stärken
die eigene Identität. Für Kinder
gab es die „Sommerferien mit der
deutschen Sprache“.
Hinzu kamen Lesungen, histori-
sche Vorträge und Ausstellungen
zu ausgewählten Themen, die

TERMINE DER LO

7. bis 13. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
19. bis 20. Oktober: 12. Kommunalpolitischer Kongress in Allen-
stein (geschlossener Teilnehmerkreis)
1. November: AT der Landesgruppenvorsitzenden in Wuppertal
2. bis 3. November: Ostpreußische Landesvertretung in Wupper-
tal (geschlossener Teilnehmerkreis)
9. bis 12. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

*Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Lands-
mannschaft Ostpreußen, Buchstraße 4, 22087 Hamburg,
Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de,
Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html*

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 14

Nach dem gemeinsam gesungenen Ostpreußenlied schilderte Bürgermeister Werner Wöll die Entwicklung der Paten- und Städtepartnerschaft. Anschließend stellte der Allensteiner Stadtpräsident in einem ausführlichen Grußwort die positive Entwicklung seiner Stadt dar. Mit der Nationalhymne endete die Feierstunde, die auch in diesem Jahr von dem Bläser- und Posaunenchor Erle umrahmt wurde. Munteres Schabbern und die flotte Musik von Jürgen Resonnek sorgten für gute Stimmung und besetzte Tische bis zum Abend. Das 65. Jahrestreffen findet vom 11. bis 12. September 2020 statt.



ANGERBURG

Kreisvertreter: Wolfgang Schiemann, Abbentorswallstraße 52, 28195 Bremen, Telefon 0171/5046297, wolfgang.schiemann@eurogate.eu

Angerburger Tage

Am 14. und 15. September fanden die **65. Angerburger Tage**, das Hauptkreistreffen der Kreisgemeinschaft Angerburg, in Roten-

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit bei der Landsmannschaft widersprechen!

Zusendungen für Ausgabe 41

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimatseiten der PAZ-Ausgabe 41/2019 (Erstverkaufstag: 11. Oktober) bis spätestens Mittwoch, 2. Oktober an E-Mail: redaktion@preussische-allgemeine.de, per Fax an (040) 41400850 oder postalisch an *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Anzeigen



*Den Tod fürchten die am wenigsten,
deren Leben den meisten Wert hat.*
Immanuel Kant

Ein großes und sanftes Herz in einem bestechenden Geist darf sich nun nach einem beeindruckenden Lebensweg ausruhen.
In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von meinem geliebten Mann, meinem Bruder, unserem gütigen Vater, Schwiegervater und Opi.

Dr. Lothar Förmer

* 27. 6. 1932 † 18. 9. 2019
Königsberg

In tiefer Trauer und stillen Gedanken
Hildegard Förmer
Joachim und Elke Förmer
Marianne Dill mit Julia und Dr. Manfred Kampa
Wolfgang und Anke Förmer mit Luisa
Dr. Martin und Karine Förmer

Die Lebensfeier und anschließende Beerdigung haben am 26. September 2019 in Köln stattgefunden.
Auf Wunsch des Verstorbenen wird um eine Spende an die Evangelische Kirchengemeinde Köln-Klettenberg gebeten. IBAN: DE78 3705 0198 0002 0020 61, Verwendungszweck: Dr. Lothar Förmer
Kondolenzanschrift: D. Martin Förmer, Am Hammer 35, 51503 Rösrath



NACHRUF



Die Kreisgemeinschaft Angerapp/Darkehmen trauert um ihren Kreisältesten

Lothar Kapteinat

* 14. 2. 1928 † 20. 7. 2019
Alt-Ballupönen Schneverdingen
(Schanzenhöf)

Seit 1998 gehörte der Verstorbene dem Kreistag der Kreisgemeinschaft an, ab 2000 dann auch dem Kreisausschuss, bis 2015 war er als Schriftführer tätig.
In Dankbarkeit und Würdigung seiner Verdienste nehmen wir Abschied von einem aufrechten Ostpreußen. Sein Wirken und seine Verdienste um unsere Kreisgemeinschaft werden unvergessen bleiben.

Edeltraut Mai Kreisvertreterin
Fritz Pauluhn stellv. Kreisvertreter

am Sonntag um 8.30 Uhr Gottesdienst in der Hl.-Geist-Kirche, 10.30 Uhr Festliche Stunde: Festvortrag von Helmut Stange, geboren in Braunsberg, „Ostpreußen und der Deutsche Orden“.



ELCH-NIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Barbara Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Kreistreffen

Von Freitag, 6. bis Sonntag, 8. September fand in Bad Nenn-dorf im Hotel „Esplanade“ das **Kreistreffen und die Mitglieder-versammlung der Kreisgemeinschaft Elchniederung** statt. Die Delegierten trafen sich schon am Freitag zur Kreistagssitzung/Delegiertenversammlung. Für die ersten Besucher wurden im Raum Luzern Dia-Vorträge von Wolfgang Nienke über die Elchniederung gezeigt. Am Sonnabend öffnete um 9 Uhr das Tagungsbüro, und die Besucher hatten Gelegenheit, einen Vortrag über Kirchen in Ostpreußen von Bernd Polte zu hören und zu sehen. Auch wurde eine Anzahl Bücher von Agnes Miegel ausgestellt und zum Verkauf angeboten. Um 14 Uhr begann der offizielle Teil der Veranstaltung, die der Kreisvertreter nutzte, um die Gäste aus Heinrichswalde/Slawsk, Landrat Igor Rudenkow und den stellvertretenden Bürgermeister Iwan Malakow vorzustellen. Außerdem wurde Landrat Friedrich Kethorn vom Patenkreis Grafschaft Bentheim verabschiedet, da er seinen wohlverdienten Ruhestand antritt.

Nach der Totenehrung folgte eine Andacht, gehalten von Pfarrer Uwe Loeper, er ist Nachfahre vom Kirchspiel Groß-Friedrichsdorf. Nach dem Rechenschaftsbericht von unserem Versammlungsleiter Fritz Klingsporn mit Kassenbe-

richt, Wirtschafts- und Ertragsplan wurde noch ein Reisebericht von Kirchspielvertreter Dieter Wenskat vorgestellt. Es folgten Wahlen zu zwei Kirchspielen: Für das Kirchspiel Groß-Friedrichsdorf konnte Ralf Laue und für die Haffdörfer Inse, Loye und Tawe Wolfgang Nienke gewählt werden. Mit dem Singen des Ostpreußenliedes klang der offizielle Teil aus. Es blieb somit noch Zeit zum Plachandern, lustigen Vorträgen, Musik und Tanz. Am Sonntag konnte das Agnes-Miegel-Haus und der Gottesdienst in Steinhude besucht werden.



GERDAUEN

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, , 39629 Bismark (Altmark), Telefon (0151) 12 30 53 77, Fax (03 90 00) 5 13 17. Gst.: Doris Biewald, Blümnerstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon (0341) 9600987, E-Mail: geschaeftsstelle@kreis-gerdauen.de.

Hauptkreistreffen

Rendsburg – Sonnabend, 12. Oktober, ab 9 Uhr, Hotel Conventgarten, Hindenburgstraße 38, 24768 Rendsburg: Hauptkreistreffen mit Neuwahl der Kreistagsmitglieder. Nach drei Jahren wird unsere Patenstadt Rendsburg 2019 wieder Austragungsort des Hauptkreistreffens sein. Dazu laden wir schon jetzt alle Landsleute und Freunde des Kreises Gerdauen ein. Unser Festausschuss wird wieder ein kleines Programm vorbereiten, das rechtzeitig bekanntgegeben wird. Unter anderem hat der bekannte Historiker Christopher Spatz zugesagt, der in einem Vortrag sein neues Buch „Heimatlos – Friedland und die langen Schatten von Krieg und Vertreibung“ vorstellen wird, in dem es um die Ankunft auch vieler Ostpreußen im bekannten niedersächsischen Grenzdurchgangslager ab September 1945 und ihre Erfahrungen geht.



HEILIGENBEIL

Kreisvertreter: Erster Stellvertretender Kreisvertreter (Geschäftsführender Vorsitzender): Christian Perbandt, Im Stegefelf 1, 31275 Lehrte, Telefon: (05132) 57052. E-Mail: perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. Zweite Stellvertretende Kreisvertreterin: Viola Reyentanz, Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, Telefon (035343) 433, E-Mail: reyvio@web.de. Schriftleiterin: Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Tel.: (02354) 4408, E-Mail: brschulz@dokom.net. Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Kreistreffen

Im niedersächsischen Burgdorf war es wieder so weit. Viele alte Heiligenbeiler, ihre Nachfahren und Freunde Ostpreußens waren in Haases Hotel gekommen, um ihr **großes Treffen** zu begehen.

Als Ouvertüre fand am Freitag, dem 7. September, der traditionelle Matjesabend statt. Es war ein fröhlicher Abend. Begrüßt wurden die Gäste durch den stellvertretenden Kreisvertreter Christian Perbandt. Kreisvertreter Bernd Schmidt war leider wegen eines Krankheitsfalls in der Familie zurückgetreten. Als Ehrengäste waren Karl-Ludwig Schrader (FDP) und Paul Rhode (Presse und CDU) gekommen. Beide sind alte Freunde unserer Kreisgemeinschaft. Und sogar aus Kalifornien waren Heiligenbeiler gekommen. Gemeinsam wurde der Abend mit dem Ostpreußenlied fortgesetzt. Dann gab es leckeren Matjes „bis zum Abwinken“. So mancher Bärenfang fand seine Abnehmer. Ein Abend, wie Ostpreußen ihn lieben.

Am nächsten Tag ging es dann ab 9 Uhr los. Es gab viele fröhliche Wiedersehen. Der Bücherstand war wieder gut bestückt. Und die Zeit verging sehr schnell. Dann kam der Bus und brachte ei-

nige Besucher zum Heiligenbeiler Gedenkstein im Stadtpark. Hier gedachten nach kurzer Ansprache von Christian Perbandt die Ostpreußen ihrer verlorenen Heimat und sandten einen Gruß an jene, die heute dort leben.

Zurück in Haases Hotel fand die Mitgliederversammlung statt. Christian Perbandt berichtete über die Arbeit des Vorstandes, ein Kassenprüfer wurde nachgewählt und Anja Reyentanz wurde für ihre hervorragende Arbeit für die Kreisgemeinschaft mit der silbernen Ehrennadel geehrt. Danke Anja, das hast Du wirklich verdient! Später fuhren wieder Busse ins Archiv. Ilse Thomann, Brunhilde Schulz und Brigitte Böck hatten mit viel Liebe dort eine Sonderausstellung gestaltet. Diese wurde von etlichen Besuchern mit viel Interesse bedacht.

Am Nachmittag gab es etwas Besonderes: Das Zintener Sondertreffen – diesmal für alle! Im großen Saal unter der Leitung von Viola Reyentanz mit Kuchenbuffet, Kaffee, Brötchen und schönen Wortbeiträgen und Liedern. Anja Reyentanz zeigte Lichtbilder von Reisen in den Kreis und informierte über die neue geplante Reise nach Heiligenbeil und Zinten. Es war ein gelungener Nachmittag.

Bis spät am Abend ging dann das fröhliche Beisammensein weiter. Auch hier ein Lob an das Hotel Haase. Die angebotenen Speisen waren lecker, und der Service im Haus war immer flott und sehr freundlich. Alle konnten sich wohlfühlen.

Am Sonntag ging es dann weiter. Die Schützenkapelle



Wappen Heiligenbeil Bild: privat

Gehrden brachte ihr einstündiges Platzkonzert. Es wurde geklatscht und geschunkelt. Als Besonderheit wurde für uns „Ännchen von Tharau“ gespielt. Da wurde bedächtig mitgesungen.

Um 11 Uhr fand mit der Feierstunde vielleicht der Höhepunkt des Treffens statt. Christian Perbandt begrüßte Gäste und Ehrengäste. Besonders erwähnt wurden der designierte Bürgermeister der Stadt Burgdorf, Herr Armin Pollehn (CDU) und der extra aus Frankreich angereiste Festredner, Herr Dr. Oliver Schulz.

Nach dem Ostpreußenlied und der Totenehrung hielt Vorstandsmitglied Ilse Thomann einen kurzen Vortrag über ihre positiven Erfahrungen in einem neuen Lebensumfeld. Sie ermutigte uns alle, Schritte in die Zukunft zu wagen.

Im Anschluss sprach Herr Pollehn ein freundliches Grußwort und erklärte, er hoffe auch im nächsten Jahr bei uns sein zu dürfen. Nun hielt Dr. Oliver Schulz den Festvortrag: „Austreibung des preußischen Geistes“ und Rückkehr in „urslawisches Land“? – Die Sowjetunion und das Königsberger Gebiet (1945–53).

Der hochinteressante Vortrag überzeugte durch seine hohe Sachkenntnis und wurde mit viel Beifall bedacht.

Mit den Schlussworten von Christian Perbandt und der dritten Strophe des Deutschlandliedes endete die Feierstunde.

Danach ging das Kreistreffen noch bis in die Nachmittagsstunden. Ein schönes und harmonisches Treffen ging zu Ende.

Wir freuen uns auf das Kreistreffen 2020! Kommen auch Sie vom 11. bis 13. September in Haases Hotel nach Burgdorf – da gibt es ein Wiedersehen.

Der richtige Weg, anderen vom Tode eines lieben Menschen Kenntnis zu geben, ist eine Traueranzeige.

Buchtstraße 4 · 22087 Hamburg
Telefon 0 40 / 41 40 08 32 · Fax 0 40 / 41 40 08 50
www.preussische-allgemeine.de

Dr. Lothar Förmer

* 27. Juni 1932 † 18. September 2019
Königsberg i. Pr.

Mit großer Betroffenheit und in dankbarer Erinnerung an sein großes Engagement nehmen wir Abschied von unserem Ehrenmitglied, langjährigen stellvertretenden Präsidenten und Mentor.

Als bleibendes Werk ist ihm die mit wissenschaftlicher Expertise erstellte und vielerorts geschätzte bibliographische Dokumentation von Archiv und Bibliothek, die auch zukünftige Generationen schätzen werden, zu verdanken.

Wir trauern um eine verdienstvolle Persönlichkeit, seine PRUSSIA wird ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

PRUSSIA, Gesellschaft für Geschichte und Landeskunde Ost- und Westpreußens e.V.

Hans-Jörg Froese
Präsident



Hartmut Gramoll
Schatzmeister

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 15



INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Jahreshauptkrestreffen

Krefeld – Sonnabend, 12. Oktober: 67. Jahreshaupttreffen.



LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvert. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665.

Hauptkrestreffen

Am 24. und 25. August fand zum 65. Mal fand das **Hauptkrestreffen der Kreisgemeinschaft Lyck** e.V. in unserer Patenstadt Hagen statt.

Der Wechsel der Räumlichkeiten von der Stadthalle in das Hotel Mercure hat sich im letzten Jahr bewährt, sodass auch in diesem Jahr das Treffen dort ausgetragen wurde. Einen Tag vorher hielt der Vorstand seine obligatorische Kreisausschuss-Sitzung ab.

Das Hauptkrestreffen begann am Sonnabend mit der öffent-

lichen Kreistagssitzung im Rathaus der Stadt Hagen. Nach der Begrüßung durch die Kreisvertreterin Bärbel Wiesensee folgten die Feststellung der Beschlussfähigkeit und die Ernennung eines Protokollführers. Es waren zwölf Kreistagsmitglieder und 31 Gastzuhörer anwesend.

Den verstorbenen Landsleuten der Kreisgemeinschaft wurde mit einer kleinen Gedenkminute gedacht.

Für ihre langjährigen Tätigkeiten als Ortsvertreter wurden Gerhard Janzik, Karl-Eitel Buczyłowski, Eckhard Geyer und Walter Jahner mit dem Verdienstabzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen ausgezeichnet. Das Silberne Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen erhielten Heidi

verwies auf die Herbstveranstaltung der Mittleren Generation in Würzburg vom 25. bis 27. Oktober und warb um weitere Teilnahme.

Mit dem Hinweis auf das nächste Hauptkrestreffen der KG-Lyck am 29./30. August 2020 beendete die Kreisvertreterin die Sitzung.

An der traditionellen Kranzniederlegung an den „Lycker Steinen“ im Stadtgarten versammelten sich zahlreiche Landsleute, um an das Leid und Elend aller Vertriebenen zu gedenken. Die Zeremonie wurde musikalisch durch einen Trompetensolisten, sowie Redebeiträgen vom Bürgermeister der Stadt Hagen Hans-Dieter Fischer und Pater Eduard Prawdzik begleitet.

In einer familiären vertrauten Runde klang der erlebnisreiche

Keybord durch das Lied „Wahre Freundschaft soll nicht wanken“. Ein musikalisches Zwischenspiel der Mezzosopranistin Isabelle Kusari mit dem Lied „Ännchen von Tharau“ folgte vor dem Grußwort des Kreisvertreters der KG-Treuburg Herrn Ulf Püstow.

Ein weiteres Grußwort hielt der Landrat des Kreises Elk, Marek Chojnowski, mit dolmetschender Unterstützung durch Dr. Rafal Zytyniec. Er überreichte unserer Kreisvertreterin einen persönlichen Grußbrief des Stadtpräsidenten von Elk, Herrn Tomasz Andrukiewicz.

Isabelle Kusari hat mit einem weiteren musikalischen Intermezzo, Titel des Liedes „Bunt sind schon die Wälder“ den Sprung zum weiteren Programmpunkt charmant überbrückt. Die Festansprache hielt Dr. Rafal Zytyniec, Direktor des Historischen Museums in Elk/Lyck. Chojnowski und Dr. Zytyniec waren Gäste der Stadt Hagen.

Ihren musikalischen Abschluss gab die Mezzosopranistin mit dem Lied „Freiheit, die ich meine“. Nach der Verabschiedung rundete das gemeinsame Singen der deutschen Nationalhymne das Festveranstaltungsprogramm ab. Dieser feierliche Rahmen war ein sehr beeindruckender Moment. Der Nachmittag war mit angeregten Gesprächen, bei Kaffee und Kuchen, in gemütlicher, fröhlicher Runde gefüllt. Zwischenzeitlich gab es ein informatives Zusammentreffen der Gruppe der Mittleren Generation.

Allen an dieser Veranstaltung beteiligten Personen gebührt unser aufrichtiger Dank. Auf Wiedersehen bis zum 29./30. August 2020.

Gratulation

Gerd Bandilla begeht am 3. Oktober seinen 85. Geburtstag. Der Vorstand der Kreisgemeinschaft Lyck gratuliert ganz herzlich zum Geburtstag und wünscht für die Zukunft alles Gute und vor allem viel Gesundheit und Schaffenskraft, damit uns sein unermüdlicher Einsatz für die Kreisge-



Jubilar Gerd Bandilla Bildprivat
meinschaft Lyck noch lange erhalten bleibt.

11. Treffen in Bremen

Bremen – Am Donnerstag, dem 14. November, findet in Bremen das **11. Lycker Treffen** statt. Dazu lädt Landsmann Wilhelm Norra, Ortsvertreter von Sareiken, Bezirksvertreter Lyck Land sowie Mitglied des Kreistages der Kreisgemeinschaft Lyck, alle Lycker und deren Freunde aus Bremen und „umzu“ sowie auch gern Interessenten aus weiter Entfernung ein. Das Treffen findet am 14. November im Best Western Hotel „Zur Post“, Bahnhofplatz 11, 28195 Bremen, von 13 bis zirka 18 Uhr statt. Das Hotel „Zur Post“ liegt rechts, schräg gegenüber vom Hauptausgang des Bremer Hauptbahnhofes. Bis zum Hotel sind es nur zirka 50 Schritte. Wer jemanden mit dem Auto zum Hotel bringen muss, fährt zum Aussteigen bis zum Eingang vor; man kann sich auch bei der Rezeption erkundigen, ob in der Hotelgarage neben dem Hotel gegen Entgelt ein Parkplatz frei ist. Parkplätze befinden sich auch in der Hochgarage am Hillmannplatz, auf der Bürgerweide hinter dem Hauptbahnhof sowie am ehemaligen Güterbahnhof; die Straße hinter dem Überseemuseum führt dort hin. Aus organisatorischen Gründen ist schriftliche oder telefonische Anmeldung bis zum 15. Oktober erforderlich an Landsmann Wilhelm Norra, Anna-Stiegler-Straße 67, 28277 Bremen, Telefon (0421) 820651.



MOHRUNGEN

Kreisvertreterin: Ingrid Tkacz, Knicktwiete 2, 25436 Tornesch, Telefon/Fax (04122) 55079. Stellv. Kreisvertreterin; Luise-Marlene Wölk, Schwalbenweg 12, 38820 Halberstadt, Telefon (03941) 623305. Schatzmeister: Frank Panke, Eschenweg 2, 92334 Berching, Telefon (08462) 2452. Geschäftsstelle Horst Sommerfeld, Lübecker Straße 4, 50858 Köln, Telefon (02234) 498365.

Heimatkrestreffen

Bad Nenndorf – Sonnabend, 28. September, und Sonntag, 29. September, ab 13 Uhr, Hotel Esplanade/L'Orangerie, Bahnhofstraße 8: Heimatkrestreffen. Die Feierstunde mit einem interessanten Programmablauf und Mitgliederversammlung findet am 29. September statt. Zum Treffen sind auch die Lippitzer und Koltenyer sowie alle Heimatfreunde, Landsleute und deren Nachkommen herzlich eingeladen.



OSTERODE

Kreisvertreter: Burghard Gieseler, Elritzenweg 35, 26127 Oldenburg, Telefon (0441) 6001736. Geschäftsstelle: Postfach 1549, 37505 Osterode am Harz, Telefon (05522) 919870. KGOeV@t-online.de; Sprechstunde: Mo. 14-17 Uhr, Do. 14-17 Uhr.

Begrüßungsrede

Begrüßungsrede, gehalten von Burghard Gieseler auf der Feierstunde des **Jahrestreffens der Kreisgemeinschaft Osterode Ost-**

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 17

Magisch: 1. Nikosia, 2. Kompass, 3. Litschi

Mittelworträtsel: 1. Programm, 2. Gedanken, 3. Polizei, 4. Gemeinde, 5. Fahrrad, 6. Gardinen, 7. Konzert

Schüttelrätsel:

So ist's richtig:

Mittelworträtsel:

Schüttelrätsel:

Schüttelrätsel

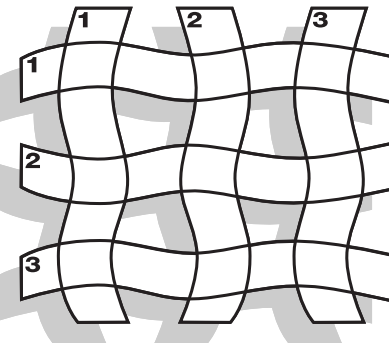
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

ATTUZ	EERU	ENNOX	ACHHS	AEHL	NOOZ	DNRU
			CHOR			
EKRUV		AEHN UZ				
AALNO OSTU						
EENT			ADHN			

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung ein Wort für den obersten Rang im Theater.

1	KINO					HEFT
2	GRUND					GUT
3	BAHN					FUNK
4	DORF					RAT
5	KINDER					WEG
6	TUELL					STOFF
7	KUR					SAAL



Magisch

Schreiben Sie waagrecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

- 1 Hauptstadt Zyperns
- 2 Gerät zur Richtungsbestimmung
- 3 chinesische Frucht

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 16

preußen in Lüneburg am 14. September 2019:

Es ist ein warmer Tag im Frühsommer. Im Garten spielen die Kinder. Die Eltern sitzen auf der neuen Hollywood-Schaukel und genießen den frischen Bohnenkaffee. Ein alter Mann, der viel zu warm angezogen ist, nähert sich dem Grundstück. Er öffnet die Gartenpforte. Die Kinder laufen zu ihren Eltern und rufen: „Da ist ein fremder Mann!“ – und ahnen nicht, wer dieser Mann ist. Die Mutter jedoch ergreift eine Ahnung. Ihr Herz fängt an zu rasen. Vor ihr steht ihr seit neun Jahren vermisster Mann, den sie erst kürzlich für tot hatte erklären lassen.

Sie wissen, liebe Anwesende: solche Situationen hat es in der ersten Hälfte der 50er Jahre nicht selten gegeben. Sie wissen vielleicht aber nicht, dass es sie – wenngleich nur bei den Heimatvertriebenen – auch mit umgekehrter Rollenverteilung gab. Dann stand die Ehefrau, oftmals mit den ihr verbliebenen Kindern an der Hand, vor der Gartenpforte. Das konnte so sein, wenn der Ehemann und Familienvater in westalliierte Kriegsgefangenschaft gekommen und die Ehefrau mit den Kindern von der Front überrollt und, sofern sie dies überlebt hatte, von den Russen in ihren Heimatort zurückgeschickt worden war. Dort musste sie – besonders im nördlichen Ostpreußen – jahrelang den täglichen Kampf gegen den Hunger auf sich nehmen und war dabei der Gewalt und Willkür der neuen Herren schutzlos ausgeliefert, bis sie eines Tages ihre (inzwischen fremd gewordene) Heimat zu verlassen hatte. Währenddessen hatte sich ihr Ehemann, der aus relativ kurzer Kriegsgefangenschaft entlassen worden war, im Westen bereits ein neues Leben aufgebaut.

Solche und ähnliche Fälle dürfte es gerade auch unter den Flüchtlingen des Landkreises Osterode gegeben haben. Denn unser Landkreis lag genau im Zentrum des russischen Großangriffs und wurde in nur wenigen Tagen vollständig überrollt. Da es bekanntlich eine geordnete Evakuierung nicht gegeben hatte und die Trecks deshalb erst unmittelbar vor dem Eintreffen der sowjetischen Panzerspitze aufgebrown waren, wurden sie in der Regel schon nach wenigen Kilometern eingeholt. Die meisten Trecks aus dem Landkreis Osterode schafften die Flucht nicht.

In den 60er Jahren, als ich ein Kind war, erzählte man sich noch gelegentlich von dem Mann an der Gartenpforte, der, als er nach Hause kam, seinen Platz von einem anderen eingenommen vorfand. Davon hatte ich gehört. Von dem umgekehrten Fall hingegen, von der Ehefrau (und Mutter), die nach lan-

gen Jahren der Trennung ihren Mann im Westen und den Platz an seiner Seite (ebenfalls) von einer anderen eingenommen vorfand, hatte ich noch nicht gehört. Dazu bedurfte es erst der Lektüre des Buches „Heimatlos“ unseres heutigen Referenten. Erst Ihr Buch, lieber Herr Dr. Spatz, hat mir das Schicksal dieser Frauen ins Bewusstsein gerufen, die nach einer schier endlosen Zeit der Entbehrung und der Rechtlosigkeit in den Westen kamen, um dort in manchen Fällen sogar zu erfahren, dass sie in der Zwischenzeit schuldig geschieden worden waren. „Die Ehemänner argumentierten häufig, dass ihre Frauen der Pflicht zur häuslichen Gemeinschaft jahrelang nicht nachgekommen seien und sich aus freiem Willen für einen Verbleib im Osten entschieden hätten“ (S. 45).

Wieder haben Sie, Herr Dr. Spatz, uns nach ihrem Buch über die ostpreußischen Hungerkinder das vergessene Schicksal einer ganzen Bevölkerungsgruppe in Erinnerung gerufen.

Ihr neuestes Buch „Heimatlos – Friedland und die langen Schatten von Flucht und Vertreibung“ ist alles andere als ein trockenes Sachbuch. Vielmehr besticht dieses Buch durch seine einzigartige Kombination aus wissenschaftlicher Solidität und Empathie gegenüber dem Schicksal der damaligen Menschen. Ihr Einfühlungsvermögen ist eine Charaktereigenschaft, die Sie als Mensch und, wie ich meine, als Historiker auszeichnet. Allerdings dürfte sich dieser Wesenszug durch Ihre bisherige Forschungstätigkeit, also durch unzählige Interviews mit Zeitzeugen, weiterentwickelt und verfeinert haben. Denn so wie Sie kann nur jemand schreiben, der sein Wissen nicht nur angelesen, sondern auch in persönlichen Begegnungen und Gesprächen mit den Betroffenen erworben hat.

Aber darf ein Historiker überhaupt Mitgefühl für das Leiden der Menschen haben, ohne die wissenschaftliche Distanz zu seinem Gegenstand zu verlieren? Ich meine: Ja. Er darf es. Er muss es sogar. Denn es wäre gar nicht möglich, das Leid ohne Empathie und Sympathie – also ohne Einfühlen und Mitfühlen – darzustellen und einer späteren Generation zu vermitteln. Einer solchen Darstellung fehlte die menschliche Dimension. Sie würde die Leser in ihrem Inneren nicht berühren.

Grundsätzlich ist jedes menschliche Leid es wert, dass man mit-leidet.

Dass sich dieser humanistische Anspruch und hohe wissenschaftliche Qualität keineswegs gegenseitig ausschließen, zeigt allein ein Blick auf das umfangreiche Literatur- und Quellenverzeichnis und auf die 156 Anmerkungen. Ihr Buch ist ungemein gründlich recherchiert, perspektivenreich, politisch ausgewogen, ohne unpolitisch zu sein.

Aber es ist, wie gesagt, die menschliche Tiefe, die Ihr Buch von anderen historischen Dokumentationen abhebt und es so unverwechselbar macht. Sie ergibt sich auch aus dem Zusammenwirken zweier Männer, die sich nicht einmal gekannt haben, zweier Männer, die in der Lage sind, hinter der verhärmtten Miene eines Menschen seine verletzte Seele zu erahnen, – des Historikers Christopher Spatz und des Fotografen Fritz Paul. Der Text des Historikers und die Bilder des Fotografen ergänzen sich in einer geradezu idealen Weise, greifen ineinander und bilden eine Einheit. Wer den Text liest, kann nicht umhin, auch in den Gesichtern der Fotografien zu lesen – und ahnt vage, was die Menschen durchgemacht haben müssen. Dann wiederum lohnt es sich zu lesen, wie Dr. Spatz das jeweilige Foto kommentiert:

Unter einem Foto, auf dem ein Mann mit drei kleinen Jungen spricht, steht: „Im Gespräch mit Erwachsenen sind die Kinder hellwach und aufmerksam. Aber ein



Bild: privat

Hielt einen Vortrag vor Osterodern: Historiker Christopher Spatz

Lächeln huscht ihnen kaum einmal über ihr Gesicht. Skepsis und genaues Beobachten haben ihnen in den zurückliegenden Jahren ihr Überleben gesichert.“

Und unter einem Foto, auf dem vor einer Baracke wartende Kinder zu sehen sind, steht:

„Vorzeitig gereift und von vielen Entbehrungen geprägt, wirkten anhanglose Kinder oft wie kleine Erwachsene, denen das Urvertrauen verloren gegangen war. Nach der langen Zeit ohne Familie können sie sich teilweise nicht einmal mehr an ihre Mütter erinnern, und wollen es in Friedland doch kaum abwarten, diese in Kürze endlich kennenzulernen.“

Aber, sehr verehrte Damen und Herren, erlauben Sie mir an dieser Stelle einmal grundsätzlich die Frage zu stellen, welchen Sinn es überhaupt hat, sich mit dem Leid der damaligen Menschen zu befassen. Wäre es nicht besser, die Vergangenheit endlich ruhen zu lassen und den Blick in die Zukunft zu richten? Nein. Es ist – davon bin ich fest überzeugt – nicht möglich, die Zukunft zu gestalten, ohne sich der

Vergangenheit, und zwar der ganzen Vergangenheit zu stellen. Denn nur wenn wir bereit sind, uns unvoreingenommen für die ganze Geschichte zu öffnen, sehen wir das Leid auf allen Seiten, empfinden wir Empathie und Sympathie für alle Menschen – unabhängig von ihrer Nationalität. Nur dann entfaltet der Umgang mit der Geschichte seine friedensstiftende Wirkung zwischen den Völkern.

Aus diesem Geschichtsverständnis heraus haben wir in den vergangenen Jahren Freya Klier und Arno Surminski und in diesem Jahr Christopher Spatz zu uns eingeladen.

Auf diesem Geschichtsverständnis beruht unsere gesamte Erinnerungs- und Kulturarbeit, die wir deshalb als unseren Beitrag zu Versöhnung und Frieden verstehen. Dabei ist das unvoreingenommene Erinnern nicht nur eine Voraussetzung für den äußeren Frieden zwischen den Völkern, sondern auch für den inneren Frieden innerhalb eines Volkes. Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft hängen un-

trennbar miteinander zusammen. Ein Volk kann keinen Frieden finden, wenn es Teile seiner Geschichte und Kultur – und damit seiner Identität – verschweigt. Deshalb hängt die Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft wesentlich von ihrem Umgang mit der Geschichte ab.

Das Erinnern muss sich, wie gesagt, auf die ganze Geschichte richten und diese besteht selbstverständlich nicht nur aus Leid. Natürlich haben sich unsere Vorfahren in den Jahrhunderten bis zu jener Schreckenszeit am und nach dem Ende des Krieges ihres Lebens genau so erfreut wie Menschen andernorts auch. Sie haben gelebt, geliebt und geweint, haben große Kulturgüter geschaffen, regionale Bräuche und einen unverwechselbaren Dialekt entwickelt, die Landschaft gestaltet, Städte und Dörfer gebaut – und ihnen Namen gegeben. An all das wollen wir, soweit wir es vermögen, erinnern.

Allerdings registrieren wir seit geraumer Zeit, dass es in Deutschland durchaus die Tendenz gibt, Teile der deutschen Geschichte und Kultur zu verschweigen: nämlich

die Geschichte und Kultur der früheren deutschen Ostgebiete. So werden vielfach nur noch die polnischen Namen für die früheren deutschen Orte verwendet, sodass die alten Ortsbezeichnungen in Vergessenheit zu geraten drohen. Dieser Sprachgebrauch mag daher rühren, dass die Polen in der kommunistischen Zeit – und auch noch einige Jahre danach – die Verwendung der polnischen Ortsnamen verlangten. Das hat sich aber grundlegend geändert. Inzwischen haben unsere polnischen Partner die deutsche Geschichte und Kultur Ostpreußens als die Geschichte und Kultur des Landes angenommen, das heute ihnen gehört. Und sie pflegen sie gemeinsam mit uns.

Die grundsätzliche Verwendung der polnischen Ortsnamen ist aber nicht nur der früheren Erwartung Polens geschuldet, sondern auch – wie ich eben bereits angedeutet habe – einer allgemeinen Tendenz, die Geschichte, ja die Existenz der früheren Ostgebiete zu verschweigen. Auch im Schulunterricht werden diese nicht eigens thematisiert und so überrascht es nicht – wie ich bei meinem letzten Arbeitsbesuch in Osterode hörte –, dass Schülergruppen aus Deutschland regelmäßig aus allen Wolken fallen, wenn sie hören, dass Osterode bis 1945 eine deutsche Stadt war und dass die Namensähnlichkeit zwischen Ostróda und Osterode am Harz keineswegs zufällig ist.

Sehr verehrte Anwesende, ich nenne Ihnen ein weiteres Beispiel, das die Tendenz belegt, die Existenz der früheren deutschen Ostgebiete zu verschweigen: Vielleicht ist Ihnen schon aufgefallen, dass in den zahlreichen historischen Dokumentationen, die im Fernsehen zu sehen sind, regelmäßig die heutigen Grenzen Deutschlands gezeigt werden, auch wenn sich die jeweilige Dokumentation auf eine Zeit vor 1945 bezieht.

Damit wird der Eindruck erweckt, dass die Grenzen von heute schon damals existiert hätten – als ob es die deutschen Ostgebiete niemals gegeben hätte. Dies ist eine grobe Geschichtsfälschung, der wir uns mit aller Entschiedenheit entgegenstellen.

Heute gehört Ostpreußen zu anderen Ländern. Ein deutsches Ostpreußen wird es nicht mehr geben. Nie wieder sollen Menschen dazu gezwungen werden, ihre Heimat zu verlassen. Nie wieder dürfen Grenzen in Europa verschoben werden. Das ist unsere Haltung.

Gleichzeitig erinnern wir aber an das reiche historische Erbe Ostpreußens und wenden uns gegen jede Tendenz, die darauf hinausläuft, dieses historische Erbe zu verschweigen. Dabei ist es ja, wie ich schon sagte, gar nicht möglich, sich seiner Geschichte zu entledigen. Die Gegenwart hat sich aus der Vergangenheit entwickelt. Sie ist gleichsam das Ergebnis der Vergangenheit, die uns bis zum heutigen

Tag prägt und die wir stets in uns tragen. Die Vergangenheit aber ist abgeschlossen und steht fest. Sie lässt sich rückwirkend nicht mehr ändern oder gar leugnen, ohne dass wir unseren inneren Frieden verlieren würden. Ebenso ist die Geschichte Ostpreußens ein unveränderbarer und unleugbarer Teil der Geschichte Deutschlands und natürlich auch Europas! Damit gehört sie dauerhaft zur deutschen und europäischen Identität.

Glücklicherweise gibt es zu jeder gesellschaftlichen Tendenz eine Gegenteilendenz. So freuen wir uns darüber, dass sich die Enkel der Erlebnissgeneration zunehmend für ihre Herkunft interessieren. Diese erfreuliche Entwicklung zeigt sich in den zahlreichen Anfragen, die uns von dieser Altersgruppe erreichen. Sollte es gelingen, bei dieser Generation ein über die eigene Familiengeschichte hinausgehendes allgemeines Interesse an dem Land der Vorfahren zu wecken, wäre mir um die Zukunft der Kreismenschen und der Landsmannschaft insgesamt gar nicht bange. Denn hier schlummert riesiges Potenzial.

Dass es gegenüber dem Thema „Ostpreußen“ auch ein wachsendes Wohlwollen gibt, zeigt eindrucksvoll die großartige Entwicklung, die das Ostpreußische Landesmuseum hier in Lüneburg genommen hat. Denn dieses Museum wird – und das war ja nicht immer so – inzwischen über alle Parteigrenzen hinweg geschätzt. Die Lüneburger haben das Ostpreußische Landesmuseum als ihr Museum angenommen. Das hohe Ansehen, das das Museum heute regional und überregional genießt, verdankt es in erster Linie der klugen Leitung seines Direktors, Dr. Mähnert.

Von der hohen Qualität der neuen Dauerausstellung haben wir uns heute Vormittag alle überzeugen können. Darüber hinaus freuen wir uns besonders darüber, dass noch ein weiterer Bauabschnitt geplant ist, in dem an Immanuel Kant, den bedeutendsten Philosophen der deutschen und europäischen Aufklärung, der Ostpreußen bekanntlich nie verlassen hat, erinnert werden soll. Kein anderer, meine Damen und Herren, verdeutlicht die nationale und internationale Dimension des kulturellen Erbes Ostpreußens so überzeugend wie Immanuel Kant.

Ostpreußen als politisches Gebilde gibt es nicht mehr. Sein historisches und kulturelles Erbe aber ist – wie das Beispiel Immanuel Kants zeigt – quicklebendig und wird auch in Zukunft dauerhaft Teil der deutschen und europäischen Identität sein.

Ebenso gibt es noch Ostpreußen als eine von Deutschen geprägte Kulturlandschaft. Auch in Zukunft wird es das „Land der dunklen Wälder und kristall’nen Seen“ geben.

Denn Ostpreußen ist nicht sterblich.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Hof – Als Prominenten des Monats hatte Kulturwart Bernd Hüttner die Sängerin Alexandra ausgewählt. Geboren wurde die deutsche Sängerin am 19. Mai 1942 als Doris Treitz in Heydekrug im Memelland, das heute in Litauen liegt. 1944 kam sie auf der Flucht mit ihrer Mutter und den beiden älteren Schwestern über Sachsen nach Kiel. Hier ging sie zur Schule und zeigte bereits im jugendlichen Alter großes künstlerisches Talent. Sie brachte sich selbst das Gitarrenspiel bei, erhielt Klavierunterricht und schrieb Gedichte und Lieder. Kurz vor dem Abitur

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT
LANDESGRUPPEN

verließ sie das Gymnasium. Nach der Scheidung der Eltern zog sie 1961 mit ihrer Mutter nach Hamburg, wo sie eine Modeschule besuchte. Dort verliebte sie sich in den 30 Jahre älteren russischen Emigranten Nikolai Nefedov, den Untermieter ihrer Mutter. Die beiden heirateten noch im gleichen Jahr. 1963 kam der gemeinsame Sohn Alexander zur Welt. Aus der geplanten Auswanderung des Paares in die USA wurde durch das Scheitern der Ehe nichts. Doris Treitz versuchte sich als Sängerin und Schauspielerin. Mit 25 Jahren gelang ihr der Durchbruch als Künstlerin. Hans R. Beierlein, der Musikverleger, nahm sie un-

ter seine Fittiche. Mit ihrer dunklen Stimme und den melancholischen Liedern weckte sie die Sehnsucht nach dem unbekannten Russland. Sie tourte, begleitet vom Orchester Hazy Osterwald, durch die Bundesrepublik Deutschland und die Sowjetunion. Ihre Lieder „Sehnsucht“, „Zigeunerjunge“ und „Mein Freund, der Baum“ werden auch heute noch gespielt. Am 31. Juli 1969 kam Alexandra auf dem Weg in den Urlaub bei einem Unfall ums Leben, bei dem auch ihre Mutter tödlich verletzt wurde. Ihr Sohn Alexander überlebte den Zusammenstoß mit einem vorfahrtsberechtigten Lastkraftwagen leichtverletzt. Die Sängerin wurde nur 27 Jahre alt und unter ihrem Künstlernamen Alexandra in Tellingstedt, dem Unfallort, in Schleswig-Holstein beerdigt.

Alle Seiten „Heimatarbeit“ auch im Internet



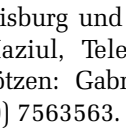
BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-blnd.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Bartenstein – Anfragen für gemeinsame Treffen: Elfi Fortange, (030) 4944404

Johannisburg, Lötzen, S e n s -burg. – 15. Oktober, 13 Uhr, Restaurant Muna, Albrechtstraße 52, 12167 Berlin. Anfra-



Heilsberg, Rößel – 15 Uhr, Seniorenfreizeitstätte „Maria Rimkus Haus“, Gallwitzallee 53, 12249 Berlin. Anfragen: Erika Hackbarth, Telefon (033762) 40137, Rößel: Ernst Michutta, Telefon (05624) 6600.

Tilsit-Ragnit – 19. Oktober, 13 Uhr. Neue Adresse: Otto-Suhr-Allee 139, 10585 Berlin, Restaurant Galija am Schloß, Anfragen: Barbara Fischer, Telefon (030) 6041054.

Königsberg – 11. Oktober, Beginn 14 Uhr, Forckenbeckstraße 1, 14199 Berlin-Wilmersdorf, Anfragen: Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404



BRANDENBURG

Vorsitzender: Hans-Jörg Froese, Phoebeener Chausseestraße 10, 14542 Werder, Telefon: (03327) 741603, E-Mail: lo.lg.brandenburg@gmail.com Internet: https://lolgbrandenburg.wordpress.com/

Potsdam – Sonntag, 13. Oktober, ab 10.45 Uhr. Vortragsveranstaltung der LO-Landesgruppe Brandenburg mit Partnern. Interessierte Gäste sind uns als Teilnehmer/-innen stets willkommen. Ort: Galerie „Die Ersten Preußen“ in 14467 Potsdam, Am Neuen Markt 9d.

Hinweis: Die Galerie befindet sich im hinteren Teil des Kutschstalls.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung von Seite 17

Programm: 10 Uhr Öffnung der Räumlichkeiten. 10.45 Uhr Begrüßung, Totengedenken, 11 Uhr Zum Fontane-Jahr 2019: „Was mir gefällt“ Sprechwerkstatt mit Gedichten von Theodor Fontane. 12.30 Uhr Mittagspause mit Imbiss, Gelegenheit zum Gedankenaustausch. 13.30 Uhr Zur Sprache der westbaltischen Prußen, eine sprachwissenschaftliche Einordnung innerhalb der Baltistik. 14.30 Uhr Kleine Pause. 15 Uhr Bild-Vortrag zur Lesereise in das nördliche Ostpreußen 2019, nebst kleiner Episoden aus der Geschichte und dem Heute. 16 Uhr Ausklang, Gedankenaustausch.

Hinweis: Da es sich voraussichtlich um die letzte Veranstaltung in der Galerie vor der Schließung handelt, besteht letztmalig Gelegenheit die Prußen-Ausstellung komplett anzusehen.

Der Vorstand freut sich, Mitglieder sowie Gäste möglichst zahlreich begrüßen zu können und wünscht eine gute Anreise.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815.

Landesgruppe – Sonnabend, 12. Oktober, 13 bis 16 Uhr, Heimatnachmittag des Landesverbandes der vertriebenen Deutschen in Hamburg (L.v.D.) im HAUS DER HEIMAT Teilfeld 8, nahe der Haltestelle S1, S3 Stadthausbrücke; U3 Rödingsmarkt oder Buslinie 6 und 37 Haltestelle Michaeliskirche. Der Ostpreußenstand ist auch vertreten. Gäste sind herzlich willkommen.

Donnerstag, 24. Oktober, 14 Uhr, HAUS DER HEIMAT, Teilfeld 8, Delegiertenversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen Landesgruppe Hamburg. Im Anschluss findet das Treffen der Gruppenleiter und des Kulturreferats statt.

Salzburger Verein e.V. – Landesgruppe Hamburg/Schleswig-Holstein/Nordniedersachsen – Treffen am 12. Oktober um 13 Uhr wie gewohnt im Hotel „St. Ra-

phael“ in Hamburg, Adenauerallee 41, mit folgendem Programm: 1) Vortrag: „Lebensbedingungen der Salzburger Exulanten in ihrer neuen Heimat“ – Herr Toralf Forstreuter, 2) Filmreihe „Ostpreußenreise 1937“ DVD-Fortsetzung, 3) Rückblick Jahrestreffen 2019 Lüneburg. Mitglieder des SV und Gäste sind herzlich willkommen.



HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

Wiesbaden – Dienstag, 8. Oktober, 14. 30 Uhr, Haus der Heimat, Wappensaal, Friedrichstraße 35, Wiesbaden: Frauengruppe „Erntedank“. – Sonnabend, 12. Oktober, 15 Uhr, Haus der Heimat, Großer Saal, Wiesbaden, Friedrichstraße 35: Monatstreffen. Feier des Erntedankfestes. Wer durch Geld- und/oder Sachspenden mithelfen möchte, den Erntetisch zu bereichern und zu verschönern, teile dies bitte Helga Kukwa, Telefon (0611) 373521 mit. Allen Geld- und Sachspendern herzlichen Dank. Hinweis zum Datenschutzgesetz: Bei der Veranstaltung werden Bildaufnahmen gemacht. Mit Ihrer Teilnahme erklären Sie sich damit einverstanden.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 7684391. Bezirksgruppe Lüneburg: Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebstorf, Telefon (05822) 5465. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenaue, Telefon (05901) 2968.

Goldenstedt – Mittwoch, 9. Oktober, 15 Uhr, Ostdeutsche Trachten- und Heimatstuben Goldenstedt, Wildeshauser Straße 12, 49424 Goldenstedt: Vortrag „Hei-

teres aus der ostpreußischen Geschichte“ von Gerd Burmeister aus Bad Zwischenahn.

Oldenburg – Mittwoch, 9. Oktober, 15 Uhr, Stadthotel Eversten: Wir feiern den Erntedank-Nachmittag mit einem Basar von Ernteprodukten und Lesungen. Freunde und Bekannte sind herzlich willkommen.

Rinteln – Donnerstag, 10. Oktober 2019, 15.00 Uhr, Hotel „Stadt Kassel“, Klosterstraße 42, 31737 Rinteln (Navi: Bäckerstraße 1 oder Kreuzstraße): Bei diesem Monatstreffen der Gruppe wird Professor Dr. Heinz Schürmann aus Bielefeld einen Vortrag: „Impressionen einer Reise vom Herbst 2019“ halten und dabei auch über Gilge am Kurischen Haff – einen kleinen, fast vergessenen Fischer- und Künstlerort – und über die Renovierungs- und Restaurierungsarbeiten in Gerdauen berichten.

Neben Mitgliedern und Freunden sind ebenfalls Angehörige und interessierte Gäste von nah und fern herzlich willkommen, der Eintritt ist frei.

Weitere Informationen und Auskünfte zu den Veranstaltungen und zur landsmannschaftlichen Arbeit sind bei Joachim Rebuschat unter Telefon (0 57 51) 53 86 oder über rebuschat@web.de zu erfahren.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Köln – Die Ostpreußengruppe trifft sich am Mittwoch, dem 9. Oktober, um 14 Uhr, im „Café zum Königsforst“, Endhaltestelle der KVB-Linie 9 Königsforst, zum Gedankenaustausch, zum Erzählen von alten und neuen Erlebnissen oder Geschichten und zum gemeinsamen Kaffeetrinken. Schauen Sie doch mal zu uns herein, wenn Sie es noch nicht taten. Vielleicht finden auch Sie daran einen Gefallen. Nähere Auskunft unter Telefon (0221) 7123572.

Viersen-Dülken – In Viersen-Dülken treffen wir uns zur diesjährigen Erntedankveranstaltung am Sonnabend, dem 5. Oktober, 15 Uhr wieder im „Dülkener Hof“, Lange Straße 54. Auch in diesem

Jahr wird für Ihr leibliches Wohlbefinden in bewährter Weise gesorgt. Der Unkostenbeitrag beträgt für Kaffee, Kuchen und ein Garantielos acht Euro pro Person. Spenden für unsere Erntedankverlosung werden vom 1. bis zum 4. Oktober erbeten (An der Hees 15). Bitte bringen Sie Freunde und Bekannte mit. Jeder zusätzliche Gast sichert das zukünftige Fortbestehen unserer Ortsgruppe und ist bei uns herzlich willkommen!

Wesel – Sonnabend, 5. Oktober, 15 Uhr, Heimatstube Wesel, Kaiserring 4: Erntedankfest.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Landesgruppe – Die Landsmannschaft Ost- und Westpreußen Sachsen, plant in diesem Jahr eine Reise in das polnische Gebiet der Masuren in der Zeit vom 5. bis 13. Oktober. Die achttägige Reise soll uns am ersten Tag der Anreise nach Thorn, Marienwerda und Elbing führen.

In Elbing werden wir am zweiten Tag das Museum des Oberlandkanals in Buchwalde besichtigen und dann nach Dakau bei Riesenburg, die Geburtsstadt des Vaters von Alexander Schulz, besuchen.

Die Rundfahrt geht weiter in Sensburg am dritten Tag. In der Heiligen Linde werden wir ein Orgelkonzert hören. Dann fahren wir weiter nach Allenstein mit Stadtbesichtigung und ein Treffen mit der deutschen Minderheit inkl. einer Bauernhochzeit mit Abendessen ist auch geplant. Der vierte Tag führt uns in die Johannisburger Heide. Am fünften Tag ist eine Ruhepause vorgesehen.

Der vorletzte Tag der Reise führt uns von Sensburg nach Posen mit einer zirka zweistündigen abendlichen Stadtbesichtigung.

Von Posen starten wir die Heimreise an.

Die Abfahrtsorte sind am 5. Oktober in Plauen, Zwickau, Limbach-Oberfrohna, Chemnitz, Dresden und Hoyerswerda. Sollten Sie Fragen zur Reise haben, dann wenden Sie sich bitte an Alexander Schulz. Die Adresse entnehmen Sie aus dem oben genannten Feld.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Halle – Freitag, 11. Oktober, 14 Uhr, Begegnungsstätte der Volkssolidarität, An der Marienkirche 4 (gegenüber der Marktkirche): Treffen.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Bad Oldesloe – Die September-Runde der Ost- und Westpreußen in Bad Oldesloe begrüßte die Vorsitzende in ihrem Hause. Dabei sprach sie Grüße und gute Wünsche für die Mitglieder aus, die nicht dabei sein konnten. Thema war die Frische Nehrung und das Ostseebad Kahlberg, das die Vorsitzende 1936, 1938 und mehrmals nach 1990 besuchen konnte.

Kahlberg war bis 1945 der beliebteste Badeort auf der Frischen Nehrung, wurde als Tagesziel der Elbinger gern angenommen und war auch Arbeitsort in der Saison für die Bewohner des Umlandes. Einer der Teilnehmer ist auch als Kind in Kahlberg gewesen und konnte sich erinnern. Schon 1424 gab der Deutsche Orden das Privileg für einen „Krug“ in Kahlberg, und die Postlinie über die Nahrungsstraße unterhielt dort eine Station zum Pferdewechsel. Später kamen Segler von Elbing und Braunsberg dorthin, um in der Ostsee zu baden. Doch es dauerte bis 1841, ehe Dampfer hier regelmäßig ankamen und sich der Ort zum Seebad entwickelte. Um das Jahr 1830 herrschte in Elbing Cholera. Der Arzt Samuel Cohn setzte sich vorbildlich für die Patienten ein und machte sich außerdem für das Gesundheitswesen in Elbing stark. Zusammen mit anderen Ärzten und dem Stadtrat Friedrich Wilhelm Hertel setzte er sich dafür ein, dass ein regelmäßiger Dampferverkehr nach Kahlberg eingerichtet wurde, um damit Kahlberg als Ausflugs- und Badeort zu begründen. Seit Eröffnung des Kurhauses im Jahr 1843 ist Kahlberg Bade-

ort. 1929 konnten zirka 5000 Badegäste gezählt werden. Der Ort hatte 1939 742 Einwohner. Das Frische Haff war Anlass, über die Flucht im Winter 1945 zu sprechen, als die Flüchtlinge aus Ostpreußen das Eis zu Fuß oder mit ihren Pferdewagen überquerten, dabei von Tieffliegern beschossen wurden und auch in den Tiefen des Haffes versanken.

Bad Schwartau – Donnerstag, 10. Oktober, 14.30 Uhr, AWO-Begegnungsstätte: Unser Vorstandsmitglied Claus Seifert berichtet über eine Reise nach Grönland. Gelegen zwischen dem Nordatlantik und dem Artischen Ozean, ist Grönland die größte Insel der Erde, jedoch eine der dünnsten besiedelten Regionen. Geologisch gehört Grönland zu Nordamerika, politisch ist es autonomer Teil von Dänemark. Weitgehend unbeflüsselt vom Menschen, hat sich in Grönland eine unberührte Natur erhalten. Jahrtausendealte Eisschichten, kalbende Gletscher, endlose Fjorde – erleben Sie den Zauber der Arktis in Grönland.

Burg/Fehmarn – Landsmannschaft feiert Erntedank. Erntedank ist eine Feier im Herbst, nachdem die Ernte eingebracht wurde, um Gott für die Gaben der Ernte zu danken. Dieses, eines der ältesten Feste, will die Landsmannschaft „Ost-, Westpreußen und Danzig“ Gruppe Burg/Fehmarn am 8. Oktober im „Haus im Stadtpark“ um 15 Uhr mit ihren Mitgliedern und Gästen in gemütlicher Runde feiern.

Flensburg – 6. Oktober um 10 Uhr Erntedankgottesdienst Kirche St. Michael, Flensburg, anschließend Rübennmus-Essen.

Neumünster – Die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Gruppe Neumünster, lädt zur Erntedankfeier ein am Mittwoch, den 9. Oktober, um 15 Uhr in der Stadthalle am Kleinflecken.

Zum gemeinsamen Mittagessen kam die Gruppe Neumünster, am 11. September zusammen. Ein fürstliches Essen. Fleisch- und Fischgerichte wurden aus der Stadthallenküche serviert. Nicht nur für das Auge schön angerichtet, auch sehr schmackhaft und reichlich serviert. Nach dem Essen durfte der Meschinnos natürlich nicht fehlen.

Uetersen – Freitag, 11. Oktober, 15 bis 17 Uhr, Haus Ueters End, Kirchenstraße 7: Unser Vorstandsmitglied Frank Farin berichtet über die wirtschaftliche und politische Situation bei uns und unseren europäischen Nachbarn.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Wenn die Enkelgeneration anfängt zu forschen

Eine Nachkommin Vertriebener hat die Rolle als Geschichtswahrerin angenommen

Sucht jemand das Verbindungsbüro des Freistaates Sachsen in Breslau in der Sonnenpassage am Ring, der muss der polnischen Sprache mächtig sein, denn die Hinweisschilder und der Name des Büros sind dort auf Polnisch zu finden. Im Verbindungsbüro fand am Vormittag des 23. Septembers die Eröffnung einer kleinen, aber feinen Ausstellung zum Thema „800 Jahre Löwenberg (Schlesien)“ statt. Initiatorin der Ausstellung ist Doris Baumert, eine junge Frau der sogenannten Enkelgeneration, deren Mutter aus dem Kreis Hirschberg, der Vater aus dem Kreis Löwenberg kam.

Angefangen hat Baumert mit Ahnenforschung. Um jedoch die Kirchenbücher besser lesen zu können, hat sie sich bald schon mit der Kirchengeschichte näher befasst, und schließlich zog es sie immer mehr in Richtung der Geschichte Schlesiens. „Was mich immer schon interessiert, ist die Kirchengeschichte, weil die schlesische Kirchengeschichte einen

so besonderen Status hat. Besonders als Friedrich der Große Schlesien 1741 annektiert hatte, sind viele Gotteshäuser neu gebaut worden, und es sind diese wunderschönen evangelischen Kirchen – so hell und freundlich. Darüber gibt es viele Festschriften oder Jubelbüchlein. Die schlesische Kirchengeschichte ist schon ein ganz besonderer und zentraler Punkt für mich“, schwärmt Doris Baumgart.

Es ist ihr wichtig, dass nicht nur Löwenberger die Breslauer Ausstellung besuchen. „Anhand der Fotoauswahl ist zu sehen, wie sich die schlesische Bauart in früheren Jahrhunderten entwickelte. Die Ausstellung dokumentiert auch die allgemeine Geschichte bis hin zur speziellen Geschichte der Stadt Löwenberg“, sagt sie.

Im Verbindungsbüro ist aus Platzgründen nur ein Teil der insgesamt mehr als 170 Abbildungen großen Präsentation der Stadtgeschichte bis 1945 zu sehen. Die etwa 60 Bilder von heute werden in Breslau nicht gezeigt.

Doris Baumert engagiert sich seit vielen Jahren im Kreis Löwenberg [Lwówek Slaski]. 2014 initiierte sie im Haus Schlesien in Königswinter die Gründung des Geschichtsvereins Kreis Löwenberg (Schlesien) e.V. Dieser hat noch im Gründungsjahr eine Museumseröffnung im Kloster Liebenthal [Lubomierz] auf die Beine gestellt. Dafür wurden im Kloster drei nebeneinander gelegene Räume renoviert.

Ausgestellt werden dort unter anderem die Kartusche eines



Baumert (r.) und Generalkonsul Hans Jörg Neumann

Steins für die Äbtissin Martha Tanner aus dem Jahre 1722, Gesangsbücher, Akten der Klosterkirche, Ansichtskarten, Erinnerungsgegenstände sowie eine Sammlung von Klostergewanden. Im Kloster wurde ein Jahr darauf der Vorläufer der in Breslau präsentierten Ausstellung zur Geschichte Löwenbergs gezeigt.

2015 konnte in Wünschendorf [Radomice] eine Informationstafel mit einer historischen Übersicht der Ortsgeschichte in polnischer, deutscher und englischer Sprache und acht Abbildungen aufgestellt und 2016 in Klein Röhrsdorf [Golejow] die 730-Jahrfeier des Dorfes begonnen werden. 2017 ist der Geschichtsverein um Hilfe bei der Renovierung der einst evangelischen und nach dem Krieg katholischen Dorfkirche in Wiesenthal [Bystrzyca] gebeten worden. In diesem Gotteshaus sind neben dem Wappen der Familie von Schweinichen auch zwei Ehrentafeln für gefallene Krieger des Ersten Weltkriegs aufbewahrt und aus Sicherheitsgründen drei gro-

ße Epitaphen der Adelsfamilie von Zedlitz aus dem 16. Jahrhundert durch die Gemeinde vom Friedhof in die Kirche gebracht worden – ein guter Grund für den Geschichtsverein die Innenrenovierung der Kirche zu fördern.

2018 haben sich geschichtsinteressierte Polen und Deutsche in Löwenberg zur Einweihung einer Gedenktafel für das Boberhaus im Beisein des Löwenberger Landrates Marcin Fluder und des stellvertretenden Bürgermeisters Lesław Krokosz eingefunden. Die Idee dafür hatte Werner Guder aus Dresden, der Mitglied des Städtepartnerschaftsvereins Heidenau-Löwenberg e. V. ist.

Das Boberhaus wurde 1925 auf Initiative des an der Universität Breslau lehrenden Soziologen Eugen Rosenstock-Huussy, dem erst 18-jährigen Helmuth James Graf von Moltke und Artur von Machui als ein Volksbildungshaus und „Grenzvolkshochschulheim“ gegründet. Es befand sich in einer Villa, die 1910 für den Löwenberger Apotheker Zwirner oberhalb

des Bobertales nach einem Entwurf des Berliner Architekten Hans Poelzig errichtet wurde. Es diente von 1926 bis 1937 als Bildungsstätte für Jugendliche aller Parteien, Klassen und Bekenntnisse. Gefördert wurden auch die Erwachsenenweiterbildung, die Musikerziehung sowie der Austausch mit dem Ausland, insbesondere mit Südosteuropa.

„Ich bin sehr stolz, dass wir es schafften, die Polen in Löwenberg für das Boberhaus zu interessieren, und dass drei Tafeln in Deutsch und Polnisch in der Stadt Informationen zum Boberhaus bieten. Die vierte und letzte Tafel wird im Frühjahr nächsten Jahres eingeweiht werden“, freut sich der 1945 nicht mehr in Schlesien geborene Sohn schlesischer Eltern. „Mein Wunsch ist, dass die Menschen solche Dinge zur Kenntnis nehmen und sich vielleicht auch daran erfreuen, wenn sie solche Ausstellungen besuchen, um so noch einmal einen anderen Blick zu bekommen“, hofft Baumert. Chris W. Wagner

Der letzte Fürstbischof von Cammin

Erasmus von Manteuffel – ein Bischof mit unglaublichen Machtbefugnissen

Otto von Bamberg unternahm 1124 und 1128 zwei Missionsreisen nach Pommern, begründete die Pommersche Kirche und erwirkte beim Papst die Einrichtung eines selbstständigen Bistums, was 1140 durch die Weihe des Kapellans Adalbert zum ersten pommerschen Bischof bekrönt wurde. Das neue Bistum wurde direkt dem Papst unterstellt, umfasste in der Folge ganz Pommern, Teile Ostmecklenburgs, der Uckermark sowie der Neumark und hatte ab 1175 auf Dauer den Bischofssitz in Cammin auf Wollin.

Das Christentum wurde unter Herzog Kasimir I. zur Staatsreligion erhoben. Der Bischof hatte fortan das Recht den Zehnt zu erheben, wurde nach Bestätigung aller Privilegien durch den Papst 1217 als Fürstbischof zum unabhängigen Reichsfürsten und konnte seine Macht bis zur Sprengelgrenze an der Ryck festigen. Fortan spielten die Bischöfe von Cammin im Nordosten des Deutschen Reiches im Einklang und in Konkurrenz zu den Herzögen von Mecklenburg und Pommern eine gewichtige Rolle. Mehr noch. Im Jahre 1320 ließen sich die Herzöge von Pommern ihr gesamtes Territorium vom Camminer Fürstbischof als Lehen verleihen. Sie stellten ihr Herzogtum damit unter den offiziellen Schutz der Kirche und versuchten solchermäßen, die Ansprüche Brandenburgs auf Pommern zu untergraben. Das unterstreicht die damalige Machtstellung

des Fürstbischofs von Cammin. Als letzter katholischer Bischof vor der Einführung der Reformation ist in Cammin Erasmus von Manteuffel-Arnhausen überliefert, der vor 500 Jahren vom Papst zunächst als Koadjutor bestätigt wurde, ab 1522 offiziell als Fürstbischof fungierte und seine verbriefte Unabhängigkeit mit allen Mitteln gegen die Reformation und die Herzöge von Pommern verteidigte, bis dieser Kampf 1544, vor 475 Jahren, mit seinem Tod endete.

Erasmus von Manteuffel-Arnhausen entstammte dem Zweig Polzin und Arnhausen der Adelsfamilie von Manteuffel, die zum Uradel gehörte und immer wieder führende Ämter bekleidete. Eckard von Manteuffel, sein Vater, war Herr auf Polzin, Arnhausen und Biziker, wurde 1479 vom pommerschen Herzog mit Arnhausen und Polzin belehnt, begleitete Herzog Boguslaw X. nach Jerusalem und ist als Ritter und Hofrat der Greifen überliefert. Er war zweimal verheiratet. Nach der ersten Ehe, aus der zwei Kinder hervorgingen, heiratete er Gertrud von Borcke, mit der er acht Kinder zeugte. Darunter Sohn Erasmus, der um 1475 in Arnhausen an der Muglitz bei Schivelbein geboren wurde, das im Mittelalter den Status einer Kleinstadt hatte und heute den polnischen Namen Lipie trägt. Der Junge wurde standesgemäß erzogen, schon früh auf die kirchliche Laufbahn vorbereitet und mit einer Vikarie an der Polziner Marienkirche versorgt. Er studierte an den Universitäten von

Greifswald, Leipzig sowie Bologna, erwarb den akademischen Grad eines Lizentiaten und wurde bei seiner Rückkehr zum Dekan des Kollegkapitels der Polziner Marienkirche befördert. 1504 trat der künftige Kirchenmann nach Vermittlung seines Vaters in den Dienst von Herzog

versorgt und übernahm wohl in der Nachfolge seines 1515 verstorbenen Vaters das Amt des herzoglichen Rates.

In herzoglichen Diensten kam er in engeren Kontakt zu Martin Karith aus einem Kolberger Patriziergeschlecht, der zuvor als Rektor der



In der Marienkirche Bad Pozin (Połczyn-Zdrój) Wikipedia

Bogislaw X. von Pommern, der ihn zum Lehrer und Reisebegleiter des Prinzen Georg, des späteren Herzogs Georg I., ernannte. Der junge Manteuffel erfüllte seine Aufgaben, wurde zwischendurch mit Kanonikaten in Stettin sowie Cammin

Greifswalder Universität, Kanzler des Herzogs Bogislaw X. und Praepositas der Stettiner Marienkirche gewirkt hatte und ab 1498 als Fürstbischof von Cammin fungierte. Der machtbewusste Kirchenfürst schlug im vorgerückten Alter nach starken

Differenzen mit dem Herzog dessen Wunschkandidaten für seine Nachfolge vor: Erasmus von Manteuffel-Arnhausen. Das wurde zum Gerangel, zumal mit Graf Wolfgang von Eberstein ein starker Konkurrent im Spiel war. 1519 erfolgte schließlich die „teuer erkaufte Bestätigung durch Papst Leo X.“ für Manteuffel als Koadjutor, der bald danach für den schwächelnden Fürstbischof einen Großteil der Amtsgeschäfte übernahm. Carith starb 1521 in Stettin. Danach war Manteuffel am Ruder, der die sich verbreitende Neue Lehre ablehnte und Herzog Bogislaw X. zur strikten Umsetzung des Wormser Edikts aufforderte. Doch die Greifen neigten zunehmend zur Einführung der Reformation, was dann auf dem Landtag zu Treprow an der Rega 1534 beschlossen wurde. Manteuffel verweigerte seine Zustimmung, verwies auf seine Reichsunmittelbarkeit und verklagte das Greifenhaus sogar beim Reichskammergericht in Wetzlar. Das gedieh zum langwierigen Tauziehen, wobei Manteuffel alle seine Macht in die Wagschale warf.

Als 1541 die Nachfolgeherzöge Philipp I. und Barnim IX. im Rahmen der ausgehandelten Landesteilung Pommerns die graue Eminenz in Cammin aufforderten, wenigstens die „Confessio Augustana“ zu übernehmen, die römischen Zeremonien zu unterlassen und auf seine Reichsunmittelbarkeit zu verzichten, sträubte sich Manteuffel mit Unterstützung der Stiftsstände sowie der

Stadt Kolberg weiter. Mehr noch. Er versuchte den katholischen Glauben gegen die schleichende Verbreitung durch strenge Erlasse zumindest in seinem persönlichen Herrschaftsgebiet als Reichsfürst und Landesherr zu bewahren. Doch die Tage des Nein-Sagers waren gezählt. Er starb 1544, vor 475 Jahren, als Folge eines Schlaganfalls im bischöflichen Jagdschloss in Bast, einem Dorf nahe Köslin, das heute auf polnisch Lekno heißt und zum Powiat Koszaliniski gehört.

Seine letzte Ruhe fand Manteuffel in der Marienkirche in Polzin bei Belgard, einem alten Familienbesitz. Die Marienkirche ist ein Ziegelbau aus dem 14. Jahrhundert im Stil der Gotik, steht am Markt des Ortes und beherbergt bis heute die Gruft des letzten katholischen Bischofs von Cammin mit einer Grabplatte aus Messingguss mit der Darstellung des Verstorbenen, die ihn in Lebensgröße mit vollem Ornat, Mitra und Bischofsstab zeigt. Als Manteuffels Nachfolger setzten die Herzöge von Pommern Bartholomäus Suawe ein, einen treuen Gefolgsmann der Greifen, der zuletzt als Kanzler gewirkt hatte und nun als erster evangelischer Bischof von Cammin die Einführung der Reformation begleitete und auf die Reichsunmittelbarkeit verzichtete. Damit war der Weg frei für eine reformatorische Entwicklung in Pommern.

Martin Stolzenau

Pommersche Volkssagen und Märchen

In der neueren Literatur fest verankert

Sagen und Märchen mit einem Bezug zum historischen Pommern sind hierzulande seit dem 19. Jahrhundert in verschiedenen Sammlungen und Editionen erschienen. Dafür stehen die Sammler und Bearbeiter J.D.H. Temme, Ernst Moritz Arndt, Otto Knoop, Ulrich Jahn, Alfred Haas und andere. Für die weitere Bewahrung dieses Erzählguts haben sich nach dem 2. Weltkrieg Albert Burckhardt und Siegfried Neumann im Osten Deutschlands verdient gemacht. Auch der Forscher Alfred Cammann konnte in den 1990er Jahren in der Ostsee-Akademie seine Sammlung „Pommern erzählt – Volkskunde und Zeitgeschichte“ vorstellen. So wurden auch nach 1990 verschiedene Ausgaben neu aufgelegt oder in anderen Sammlungen veröffentlicht; in Mecklenburg-Vorpommern waren es der Demmler- und der Hinstorff-Verlag.

Der gebürtige Stettiner Hans Falkenberg veröffentlichte 1993 als Mitarbeiter im Historischen Arbeitskreis eine umfangreiche Sammlung als Stettiner Schrift Nr. 4 unter dem Titel „Fahren und wandern zu den pommerschen Sagen von Stettin bis Usedom-Wollin“ anhand vieler Quellen, mit kurzweiligen Texten. Der bereits verstorbene bekannte Märchenforscher von der Insel Rügen, Prof. Karl-Ewald Tietz, hat das literarische Erbe bis in unsere Zeit in einem größeren Beitrag in der Zeitschrift „Pommern – Kultur und Geschichte“ im Jahr 1997 (Heft 2) eingehend gewürdigt. Dort geht er eingangs auf den Sagensammler Jodocus D.H. Temme (1798-1881) ein, der im Jahre 1840 in der Nico-

laischen Buchhandlung Berlin den Band „Die Volkssagen von Pommern und Rügen“ veröffentlichte, von dem bereits seit 1994 mehrere Nachdrucke vorliegen. Bis in das vorige Jahrhundert gab es Ausgaben von den Sammlern und Bearbeitern, wie Otto Knoop und Alfred Haas, die in illustrierten Ausgaben den Lesern dieses Volksgut vermittelten. Die von beiden bis 1902 herausgegebenen „Blätter für Pommersche Volkskunde“ stellten dabei eine große Fundgrube dar. Daneben gab es auch regionalbezogene Ausgaben zur Welt der Sagen, wie die Ostseesagen von K. Willnitz oder Sagen und Erzählungen aus den Ostseebädern Swinemünde, Heringsdorf und Misdroy von M. Mancke aus dem Jahre 1908, in der Reihe „Aus Pommerns Vergangenheit“.

Neben dem Rostocker Hinstorff-Verlag waren es seit den 1990er Jahren die Märchenforscher in Vorpommern, die sich weiterhin um das pommersche Kulturerbe verdient machten. In Greifswald bildete sich 1991 ein Märchenkreis unter Leitung von Frau Dorothea Leven-Hall, dem auch bis zu seinem Tode Prof. Karl-Ewald Tietz angehörte. Beide gaben vor einigen Jahren im Verlag Störr (früher Usedom, heute Bad Kissingen) weitere kleine Sammelbändchen mit dem Titel „Der gläserne Berg“ (Märchen aus Pommern, Teil 1-2, 2008/2011) heraus. In einem Nachwort des 2. Bandes werden die früheren Herausgeber gewürdigt und Anmerkungen zu den einzelnen Märchen gegeben, die vorwiegend aus den „Blättern für Pommersche Volkskunde“ aus den Jahren 1895-1899 stammen.

Wie die niederdeutsche Literatur der Vergangenheit sollte auch das Erzählgut zu den norddeutschen und pommerschen Sagen und Märchen weiter editorisch betreut und den jungen Lesern als ein wichtiges Kulturerbe nahegebracht werden.

Die Ausgaben „Der gläserne Berg“ Teil 1-2, 2008 und 2010 (52 bzw.76 Seiten) dürften noch über den Störr-Verlag in 97688 Bad Kissingen, H.-v.-Kleist-Str. 2/136 für 4,00 bzw. 5,00 € inkl. Porto zu beziehen sein.

Die Sammlung von Hans Falkenberg zu den Sagen von Stettin bis Usedom-Wollin ist, wie noch verschiedene andere Titel zu Stettin und Pommern, vom Haus Stettin in Lübeck gegen eine Spende abzugeben. „Haus Stettin e.V.“, Hüxterdamm 18a, 23552 Lübeck, Telefon 0451 / 79 67 42.

Im Hinstorff-Verlag erschien 2010 ein Band mit Sagen von der Insel Rügen von Ulrich Völkel („Zwei Riesen im Sund“), der auf freien Nachdichtungen der Märchen von Ernst Moritz Arndt basiert und kürzlich kam im Marvin Hörbuchverlag eine CD mit dem Titel „Sagen aus Mecklenburg-Vorpommern“ heraus.

Wolfgang Dahle

Wer kennt sie nicht, die unterhaltsamen Schalkgeschichten des Till Eulenspiegel. Mit seinem Schabernack in Pommern beginnt deshalb dieses Hörbuch gesammelter Überlieferungen aus dem nordöstlichen Bundesland Mecklenburg-Vorpom-



Hörbuch/Audio-CD

mern. Aus seiner Landeshauptstadt Schwerin stammt die überaus bekannte Sage vom Petermännchen auf dem Schloss Schwerin. Den Hörer erwarten weitere spannende Geschichten, die sich einst in bekannten Orten zugetragen haben sollen. Dazu gehört beispielsweise im Naturpark Usedom die Ruine des einstigen Klosters Grube, von der sich allerhand erzählt wird, oder der Stubbenkammer nahe des Nationalparkzentrums Königsstuhl. Auch aus den großen Städten wie Rostock, Greifswald und Stralsund sind hier Sagen und Legenden zu hören, welche vom dortigen Leben in früheren Zeiten und deren Historie zeugen. Ebenfalls kann dem Mythos der wohl bekanntesten Seeräuberanführer Claus Störtebeker und Michael Gädecke gelauscht werden, deren Wirken mit den alljährlichen Störtebeker Festspielen auf Rügen lebendig gehalten wird.

ISBN 978-3-940547-10-1
Format Hörbuch (Audio CD)
Gesamtspieldauer: 1:08:46
Erhältlich für 9,90 € plus Versand:
<https://www.verlag-marvin.de>

Das Pommersche Landesmuseum
Rakower Straße 9 • 17489 Greifswald
www.pommersches-landesmuseum.de

SONNTAGSFÜHRUNG – ENTDECKUNGSTOUR IM LANDESMUSEUM
Sonntag, 29.09.2019, 11.00 Uhr
Einblicke in Greifswalds Vergangenheit
Vom Klostermodell zum Henkersschwert, über Rubenow und Perusius bis zur Prunkvase der Landwirtschaftsakademie. Eine abwechslungsreiche Entdeckungstour zur Geschichte Greifswalds im Landesmuseum.
Dr. Sabine Lindqvist
Eintritt: 4,50 Euro
Wiederholung der Führung vom 17.02.2019

Prunkvase von Eldena



Models mit Pickeln

Zur Gurkenzeit in den Spreewald – Der Mark-Brandenburger Wanderer Theodor Fontane gibt die Richtung vor

Der Spreewald ist ein Idyll, das sich im Herbst von seiner goldenen Seite zeigt. Im Fontane-Jahr steht hier alles im Zeichen des großen Schriftstellers.

Anno 1859 kam der Weg von Berlin in den Spreewald einer kleinen Weltreise gleich. Der wohl erste Reiseschriftsteller, der diese damals als exotisch empfundenen Gefilde erkundete, war Theodor Fontane. Er fuhr in Begleitung dreier Freunde am 6. August 1859 mit der Nachtpostkutsche aus Berlin ab. Nach neunehalb Stunden Fahrt traf die Reisegesellschaft zum Pferdewechsel in der Garnisonsstadt Lübben ein. Heute braucht man mit dem Regionalexpress vom Berliner Hauptbahnhof bis Lübben etwas weniger als eine Stunde. Von Lübben reiste Fontane per Kutsche und Spreewaldgondel weiter nach Lübbenau, Lehde und Burg. Wir folgen seinen Spuren und besuchen die ihm zu Ehren eingerichteten Sonderausstellungen.

Als schönes Kennzeichen Lübbens lobte Fontane die die Straßen säumenden Oleanderbäume. Das erfahren wir in der Sonderschau „Durch die wendische Walachei – Lübben und der Spreewald in der Zeit Fontanes“. Sie läuft bis 3. November im Museum Schloss Lübben. Ihr Thema ist der sich zur Zeit Fontanes entwickelnde Fremdenverkehr, dem der 1866 erfolgte Anschluss ans Eisenbahnnetz förderlich war.

Zwei Koffer und obenauf ein Zylinder erwecken den Eindruck, Fontane habe kurz mal einen Teil seiner Reiseausrüstung abgestellt. Sie bilden den Auftakt der mit historischen Bildpostkarten und alten Souvenirs bestückten Schau. Deren Kuratorin Marianne Wenzel spekuliert über die in den „Wanderungen durch die Mark Brandenburg“ verewigten Reiseberichte: „Möglicherweise kam Fontane die Idee zu diesem Werk, als er während des Pferdewechsels den Lübbener Oleander betrachtete?“

Von Lübben reiste der Journalist und Schriftsteller weiter nach

Lübbenau, das er als die „Spreewald-Hauptstadt“ bezeichnete. Denn von hier aus gehen die begehrten Spreewaldprodukte in alle Welt. Unter ihnen steht die Gurke obenan, dicht gefolgt von Meerrettich und Leinöl, wie Fontane schrieb. Damals hieß es betulich: „Südfrucht vergeht, saure Gurke besteht.“ Der flotte heutige

Die sogenannte Gurkenmeile liegt am Spreewaldhafen. Er ist der ideale Ausgangspunkt für Kahn- und Paddelbootfahrten auf dem aus „Fließen“ und Kanälen bestehenden dichten Wassernetz des Spreewaldes. Das regte Fontane zu einem Kurzgedicht an: „Und daß dem Netze dieser Spreekanäle / Nichts von dem

Blockhäusern. Dazu gibt es Gurkenhappen und frisches Brot mit Meerrettichaufstrich. Fontane machte in Lehde Station, das er als „Lagunenstadt im Taschenformat“ beschrieb: „Man kann nichts Lieblicheres sehn als dieses Lehde, das aus ebenso vielen Inseln besteht als es Häuser hat. Die Spree bildet die große Dorf-

Wohnhaus ist jederzeit ein Blockhaus mit kleinen Fenstern und einer tüchtigen Schilfdachkappe.“ Dank originaler Einrichtung hallt in den Bauernhöfen des Freilandmuseums das Leben im Spreewald des 19. Jahrhunderts nach. In dem um 1840 erbauten Wohnstallhaus steht ein großes Familienbett, das am Fußende mit

zeichnete sie als „Spreewaldküstüm“, an dem der von ihm gründlich beschriebene Kopfputz das eigentlich „Spezielle“ sei. Im Schatten der Obstbäume des Bauerngartens ist die Sonderschau „Fontane erlesen“ eingerichtet: Auf roten Tafeln steht sein in den „Wanderungen“ veröffentlichter Reisebericht „In den Spreewald“.

Endstation unserer Kahnfahrt ist der Fährhafen der auf einer großen Lichtung mitten im Spreewald gelegenen „Eiche“. So hieß zu Fontanes Zeit ein „von Frau Schenker in gutem Ansehen erhaltenes Wirtshaus“. Aber das damalige Blockhaus ist längst nicht mehr da. An seiner Stelle erhebt sich ein aus Ziegelsteinen erbautes modernes „Waldhotel“.

Das zu Burgs Ortsteil Kauper gehörende Anwesen wirbt für sich mit den zutreffenden Worten: „In absoluter Alleinlage, fernab von Trubel und Hektik.“ Wir machen es wie der Dichter und nehmen unter alten Eichen im Biergarten Platz.

Und was gibt es zu essen? Auch da halten wir es wie Fontane: „Das wäre kein echtes Spreewaldsmahl, wenn nicht ein Hecht auf dem Tische stünde.“ Den passenden Trinkspruch liefert er gleich mit: „Die Leber ist von einem Hecht und nicht von einem Schleie, / Der Fisch will trinken, gebt ihm was, daß er vor Durst nicht schreie.“ *Veit-Mario Thiede*



Wie zu Fontanes Zeiten: Historische Bauernhäuser im Freilandmuseum Lehde

Bild: Thiede

Werbespruch verkündet: „Unsere Models haben Pickel und kommen aus der Provinz.“

Besagte Models trifft man auf der „Gurkenmeile“ an. Hier bieten die Gurkeneinleger der Stadt vielerlei Arten in unterschiedlichen Geschmacksrichtungen feil. Kostproben warten auf Testesser.

Zauber von Venedig fehle, / Durchfurcht das endlos wirre Flußrevier / In seinem Boot der Spreewalds-Gondolier.“

Wir tun es Fontane gleich und besteigen eine Spreewaldgondel. In geruhsamem Tempo stakt uns der Fährmann vorbei an Erlenwäldchen, Wiesen, Feldern und

straßen, darin schmalere Gassen von links und rechts einmünden.“

An der Anlegestelle des Freilandmuseums gehen wir von Bord. Auf dem Museumsgelände stehen vier alte Bauernhöfe, die aus Fontanes Zeit stammen. Über solche Gebäude schrieb Fontane in den „Wanderungen“: „Das

Schubladen als Schlafstätten der Kinder ausgerüstet ist.

Im 1775 erbauten Haus Kittlitz lernen die Besucher die Sagen, Bräuche und Traditionen der Sorben und zugewanderten deutschen Kolonisten kennen. Ausführlich werden die Trachten der Frauen vorgestellt. Fontane be-

Stadt in Form eines Palastes

Urbino in der mittelitalienischen Region Marken feiert Raffael – Der berühmte Sohn der Stadt starb vor bald 500 Jahren

Kommendes Jahr können die Bewohner der italienischen Stadt Urbino mit einem deutlichen Zustrom an Touristen rechnen. Grund ist der 500. Todestag des Malers Raffael, der am 6. April 1520 zwar in Rom starb, aber 37 Jahre zuvor in Urbino geboren wurde.

Auch wenn Raffael zu den bedeutendsten Renaissancemalern gehört, ist in der 14 500 Einwohner zählenden Stadt in der Region Marken nicht mit einem sogenannten „Overtourism“ zu rechnen, also jenem Massentourismus, unter dem Städte wie Venedig oder Florenz leiden. Das liegt daran, dass Urbino tief in der italienischen Provinz vergraben liegt, und Kreuzfahrtschiffe mit ihren Tagestouristen können hier also auch nirgends anlegen.

Und das ist auch gut so. So kann man in diesem Schmuckstück von einer Stadt, in der ungewöhnlich viele Studenten leben – schon 1506 wurde hier die Universität gegründet –, noch ganz genüsslich herumschlendern. Besonders im Palazzo Ducale stören keine Unruhe verbreitenden, Selfie-süchtigen Besuchermassen.

Dabei besitzt der Palast eine der größten Renaissance Sammlungen Italiens. Hier hängt mit „La Muta“

(die Stumme) ein berühmtes Frauenporträt von Raffael, das man an manchen Tagen ebenso ungestört betrachten kann wie die Gemälde des Künstlers Piero della Francesca, der im Auftrag Federico da Montefeltros, des Herzogs von

vielen Schlachten, an denen er teilnahm. Als sein Halbbruder ermordet wurde, übernahm er das Erbe seines Vaters und ließ in Urbino von 1463 bis 1472 einen gigantischen Palast bauen, der seit 1998 zum UNESCO-Weltkul-

Elite der italienischen Renaissancekultur.

Der Palast beherbergt heute die Nationalgalerie der Marken und läutet am 3. Oktober mit der Ausstellung „Raffael und die Freunde von Urbino“ das Raffael-Jahr 2020 ein. Bis zum 19. Januar zeigt die Schau auf umfassende Weise die Beziehung von Raffael zu anderen in Urbino tätigen Künstlern, die seine künstlerische Laufbahn begleitet und beeinflusst haben, und stellt Werke des großen Malers mit denen damaliger Kollegen wie Perugino und Luca Signorelli in Dialog (Internet: www.gallerianazionalemarche.it).

Mit dieser Ausstellung verabschiedet sich Museumsleiter Peter Aufreiter aus Urbino. Der Wiener Kunsthistoriker wurde vor vier Jahren Direktor der Galleria Nazionale delle Marche, die unter seiner Leitung im Jahr 2018 mit 200 000 Besuchern einen neuen Rekord aufgestellt hat.

Aufreiter profitierte von einer Neuausrichtung der Kulturpolitik durch die vorvorletzte italienische Regierung. Weil neue Besen bekanntlich gut kehren, schrieb sie neue Direktorenposten in ihren Museen EU-weit aus. So kam es, dass zwei der bedeutendsten Museen in Florenz, die be-

rühmten Uffizien und die Galleria dell'Accademia mit Michelangelos Original-Marmorstatue des David, an die Deutschen Eike Schmidt und Cecilie Hollberg gingen.

Aufreiter übernahm die Leitung in Urbino. Doch die bis Anfang

Jahres kehrt er zurück nach Wien, wo er Direktor des Technischen Museums wird.

„Schlossherr“ Aufreiter bedauert seinen Abgang. Er hat sich wohlgeföhlt in Urbino. Das tun auch die Besucher, die sich in den



Renaissancejuwel: Der Herzogliche Palast von Urbino Bilder (2): tws

Urbino, seine bedeutendsten Werke geschaffen hat.

Sein bekanntestes Porträt, die Reliefansicht des hakennäsigen Herzogs, hängt allerdings nicht in Urbino, sondern in Florenz. Federico ließ sich immer nur von einer Seite abbilden, die andere Gesichtshälfte war entstellt von den

turerbe zählt. Dieses Meer von Steinen beeindruckte auch den schriftstellernden Hofmann Baldassare Castiglione, der von Urbino als einer „Stadt in Form eines Palastes“ sprach. Ähnlich wie die Medici in Florenz hatte Federico aber auch viel Kunstverstand und versammelte in seinem Palast die



Schlossherr: Der Wiener (Noch-)Museumschef Peter Aufreiter

September amtierende Regierung aus Movimento Cinque Stelle und Lega Nord drehte wieder alles zurück auf Anfang. Während die anderen bereits ihren Posten verlassen haben beziehungsweise mussten, hat auch Aufreiter ein Jahr vor Vertragsende das Handtuch geworfen. Anfang des neuen

Gassen der von Festungsmauern umgebenen Altstadt verlieren. Außer dem Palazzo Ducale gibt es hier noch viel zu entdecken, so das Geburtshaus Raffaels. Ein Ausflug hierhin lohnt immer. Wer von Venedig oder Florenz genug hat, sollte unbedingt ins beschauliche Urbino reisen. *Harald Tews*

Ein Abkommen, das Europa ins Verderben stürzte

Claudia Weber, Professorin für Zeitgeschichte an der Universität Frankfurt (Oder), zeichnet in ihrem Buch „Der Pakt“ auf der Grundlage von vielen historischen Quellen minutiös nach, wie die „einzigartige Bedeutung“ dieses Bündnisses die Zusammenarbeit der beiden Diktatoren nicht nur den Zweiten Weltkrieg ermöglichte, sondern ganz Europa in weniger als zwei Jahren ins Verderben stürzte.

Zur Einführung erwähnt die Autorin die Handelsverträge zwischen Berlin und Moskau bis hin zu ihrer geheimen Militärkooperation. Deutschland benötigte dringend Rohstofflieferungen und Großaufträge für seine Industrie, um Reparationen aus dem Versailler Vertrag zahlen zu können, während es seinerseits die sowjetische Industrialisierung unterstützte. 1937 schloss Stalin auch politische Gespräche mit Hitler-Deutschland nicht aus. Der beiderseitige Verzicht auf Angriffe gegen ihre Staatsoberhäupter ein Jahr danach bedeutete den ersten Schritt zum Hitler-Stalin-Pakt. Das Abkommen von München, zu dem Stalin nicht eingeladen war, richtete sich in seinen Augen gegen sowjetische Sicherheitsinteressen. Er bot dafür Berlin verstärkte Wirtschaftsverhandlungen an, die Hitler wiederum sein Aufrüstungsprogramm mit sowjetischen Rohstoffen absicherten. Im März 1939 signalisierte Moskau, von London und Paris in die Isolation getrieben, sich „von jenen Kriegstreibern“ zu entfernen. Aus Furcht vor einem „zweiten München“ strebte er ernsthafte Gespräche mit den Deutschen an. Auch Hitler benötigte ein Bündnis, um seinen Ein-

marsch in Polen abzusichern.

Nach sieben Stunden Verhandlungen wurde am 23. August 1939 der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt unterzeichnet. Sein Kern war das streng geheime „Zusatzprotokoll“. Darin definierten beide Seiten ihre „Interessenssphären“ in Europa; Finnland, Estland und Lettland sollten danach in der sowjetischen, Polen sowie Litauen (das später zur UdSSR kam) in der deutschen „Sphäre“ liegen. Der Vertrag habe „Hitler den Überfall auf Polen“ ermöglicht, die Wehrmacht vor einem Zweifrontenkrieg geschützt und „erlaubte 1940 die Expansion nach Westeuropa“. Laut der „Pravda“ diene er „der Sache der allgemeinen Festigung des Friedens“. Für die deutschen Kommunisten war er indes ein tiefer Schock, nach Moskau Geflüchtete wurden Hitler-Deutschland ausgeliefert und nach den sowjetischen Gefängnissen fanden sie sich jetzt in deutschen Konzentrationslagern wieder. Aber auch unter der NS-Elite stieß der Pakt auf heftige Kritik.

Durch seinen „späten“ Einmarsch in Polen am 17. September trat Moskau nicht als Aggressor auf, sondern als Verteidiger seiner ukrainischen „Brüder“. Zur Niederschlagung des polnischen Widerstandes arbeiteten Himmlers SS-Täter und Berijas NKWD-Schergen lange Zeit zusammen.

Das Abkommen hatte ebenfalls für Hitlers Nord- und Westeroberungen zentrale Bedeutung. Der Autorin zufolge wären die Blitzkriege anders nicht möglich gewe-

sen. Mit der sowjetischen Besetzung Bessarabiens und der Nord-Bukowina, die durch einen Fehler Ribbentrops nicht in den Abmachungen erwähnt wurden, habe Stalin einen Schritt geplant, welcher – wie er wusste – zu einer starken bündnispolitischen Belastung führte: Denn auch Hitler benötigte Rumänien mit dessen wichtigen Ölfeldern. Sein Ziel war die Herrschaft über Europa, doch Stalin habe sich keinesfalls aus dem Kontinent verdrängen lassen wollen.

Zugleich bot Churchill dem Kreml enge Handelsbeziehungen an, dazu die Kontrolle über die Balkanländer sowie den Zugang zu den Dardanellen-Meerengen. Stalin kannte nun den Preis, den Großbritannien für seine Abkehr von Hitler zu zahlen bereit war. Die zwischen Berlin und Moskau strittige Finnland-Frage führte Anfang November 1940 nach stundenlangen Verhandlungen zwischen Hitler und Molotow zum Ergebnis, dass Deutschland sich nicht mehr an das geheime Zusatzprotokoll hielt. Ende des gleichen Monats forderte Moskau den Abzug aller deutschen Truppen aus Finnland und erhob außerdem Anspruch

Stalin gab Hitler die Schuld



Claudia Weber, „Der Pakt“, C.H. Beck-Verlag, München 2019, gebunden, 276 Seiten, 26,95 Euro

Aus einem Gelehrtenleben

Der österreichische Schriftsteller Alois Brandstetter ist anerkanntermaßen ein großer Sprachkünstler und ein überaus mitteil-samer dazu. Bis 2007 hatte der 1938 im oberösterreichischen Pichl geborene Philologe und Historiker an der Universität Klagenfurt eine Professur für Ältere deutsche Sprache und Literatur inne.

Unterdessen entstand eine lange Reihe von literarischen Veröffentlichungen, die mittlerweile einen Zeitraum von fast fünf Jahrzehnten umspannt. Diese hat er jüngst um ein weiteres Werk erweitert. Der Titel „Lebenszeichen“ bezieht sich auf eine „Lebensbescheinigung“, die der Autor jedes Jahr der deutschen Rentenversicherung zukommen lassen muss, um weiterhin seine Rente aufgrund einer früheren Tätigkeit im Saarland zu erhalten. Unter „Lebenszeichen“ firmiert hier all das, was Brandstetter aus seinem reichen Wissens- und Erfahrungsschatz einfallsreich unter Kapitelüberschriften wie „Brandstatt“, „Bauleute“, „Kaufleute“, „Das gefundene Fressen“, „Glaubensfragen“ oder auch „Geschmacksverstärker“ zusammengetragen hat. Und das ist nicht wenig und vor allem ungeheuer vielfältig.

Man könnte das Buch als eine Art von Blütenlese aus einem langen Gelehrten- und Schriftstellerleben bezeichnen oder auch als meisterliche Verwertung von Zettelkastennotizen zu einem großen Strauß von Themen. Was nicht

heißen soll, dass nicht auch neue Gedanken in den assoziativen Fluss von Geschichten und Anekdoten eingeflochten wurden, von denen etliche einen hohen Schmunzel-Faktor besitzen.

Brandstetter, der sich als katholischer Theist bezeichnet, ist nach wie vor fasziniert von Sprache, Namen und Begriffen, deren Bedeutung und Herkunft er kenntnisreich aufdröseln. Beispielsweise anknüpfend an Begriffe wie „Aus-puff“ oder „Stör“ (aus Peter Roseggers „Waldheimat“), plaudert er unterhaltsam über Sitten und Gebräuche in Vergangenheit und Gegenwart, über Werke von Musikern und Literaten, aus denen er markante Passagen zitiert, kolportiert das eine oder andere Gerücht und erzählt aus seiner Kindheit als Sohn eines Müllers und Kleinlandwirts. Ironische Kritik muss sein, geschimpft wird aber nicht. Mit anderen Worten, es handelt sich um ein Buch voller Anregungen, dabei aber auch geeignet zur Erholung für Seele und Geist. *D. Jestrzowski*



Alois Brandstetter: „Lebenszeichen“, Residenz Verlag, Wien 2018, gebunden, 255 Seiten, 24 Euro

Ein ungewöhnliches Thema

Der Autor Stefan Beuse und die Illustratorin Sophie Greve haben mit „Die Ziege auf dem Mond“ ein Kinderbuch der besonderen Art geschaffen. Vielleicht ist es mehr ein Buch für Erwachsene, die ihren Kindern philosophische Fragen näherbringen möchten.

Eine Ziege auf dem Mond ist schon sehr ungewöhnlich. Sie lebt dort allein und scheint glücklich zu sein. Ein Krater voller unheimlicher Sachen macht ihr Leben zwar aufregender, aber nicht unbedingt sicherer.

Ein großes Etwas stört ihr ruhiges Leben und bringt

sie dazu, sich viele Gedanken zu machen: Über sich und den Mond, über Dinge, die schön sind, und darüber, wie man Angst überwindet.

Die Geschichte und die dazu passenden Bilder sind oft düster und traurig, melancholisch gehalten, aber nicht ohne Hoffnung. Jedenfalls ist es kein Buch für jedermann.

Christiane Rinser-Schrut



Stefan Beuse, Sophie Greve: „Die Ziege auf dem Mond oder das Leben im Augenblick“, Carl Hanser Verlag, München 2018, Hardcover, 77 Seiten, 14 Euro

Die Panik eines einsamen Grenzschützers

Extremsituationen provozieren beim Menschen ganz unterschiedliche Reaktionen; sie reichen von höchster Besonnenheit und Gedankenschärfe bis zu Apathie und Panik. Der österreichische Schriftsteller Gerhard Jäger zeigt all diese Reaktionen an einem einzigen Menschen. In seinem Roman „All die Nacht über uns“ erlebt der Leser einen Soldaten, der in einer sturmdurchtosten Nacht auf einem Wachturm nahe einer mit Stacheldraht gesicherten Grenze zwölf Stunden lang Wache schiebt. Sein Befehl lautet, notfalls mit der Waffe illegale Grenzübertritte zu verhindern.

Der Mann tritt seinen Dienst gegen 19 Uhr an. Per Funk ist er mit seiner Einheit verbunden. Aber bald entwickelt sich in der unheimlichen Stille, die durch ein extremes Unwetter abgelöst wird, das Geschehen nach ganz eigenen Gesetzen. Der Mann fühlt sich auf sich selbst zurückgeworfen und verliert nach und nach den Halt

an seiner militärischen Ordnung. Immer intensiver drängen sich Bilder der Vergangenheit auf, zumal die Erinnerungen an eine anfangs glückliche, dann in einer Katastrophe endende Ehe, was die Gedanken zum Rasen bringt und zu der Überlegung führt, etwas Verrücktes zu tun, „was vielleicht viel vernünftiger ist als das sogenannte Normale, wo doch das Leben selbst schon längst verrückt geworden ist.“

Einen Schuss Realität, ja eine extreme Realität, bringt der Autor mit eingefügten authentischen Erinnerungen einer damals jungen Frau an die Flucht der Deutschen im März 1945 aus Hinterpomern. Der Soldat liest sie in einem immer bei sich geführten Tagebuch seiner Großmutter. Die junge Frau versucht, schreibend ihre traumatischen Erinnerungen an Leid und Tod von Freunden und Bekannten einzudämmen. „Nein, kein Deutscher hatte die Vorstellung, dass ein verlorener Krieg 16 Millionen Deutsche die

Heimat kosten würde“. Den einsamen Mann auf dem Wachturm treibt es zu panikartigen Attacken, letztlich behält er sich aber doch unter Kontrolle.

Am Ende, als die letzten zwei Stunden schier endlos lang werden, erwacht in ihm der Wunsch, alles Bisherige fahren zu lassen und irgendwo ganz neu anzufangen. Auf diese Weise löst er sich auch von den strengen Bestimmungen, die für den Wachdienst an der Grenze gelten – man kann vermuten, dass es eine stark gesicherte Grenze gegen Immigrantenströme aus dem Nahen Osten ist. Einen Flüchtling mit Kind, der das Stacheldrahthindernis überwunden hat, lässt er laufen.

Jäger schafft es, die im Grunde monotone Situation bis zum

Schluss spannend zu halten. Das geschieht durch sensibles Einfühlungsvermögen in menschliche Verhaltensweisen, die hier beispielhaft in ihrer ganzen Breite ausgelotet werden. Der „Hilfestellung“ durch authentische Zeugnisse der Flucht 1945 hätte es eigentlich nicht bedurft, die fiktive Erzählung steht für sich.

Dirk Klose



Gerhard Jäger: „All die Nacht über uns“, Roman, Picus Verlag, Wien 2018, gebunden, 240 Seiten, 22 Euro

Kuriositätenammlung von Begriffen aus dem »Grimmschen Wörterbuch«

BÜCHERGLÜCK n. : fatum libelli.: bücherglücke: bücher haben auch ihr glücke./wann sie nicht gesalzen sein, /faszt man dennoch gute würze, pfeffer oder safran drein./kümt es dir, ich bin zu friede, liebes Buch, nur auch so gut, wann mit dir nur in geheime niemand was verschämtes thut.“

Mit eben diesem „Bücherglück“ hatten die Brüder Wilhelm und Jacob Grimm selbst so einige Erfahrung und es lag ihnen am Herzen, dieses weiterzugeben. So bringen sie nicht nur Kindern bis heute durch ihre Sammlung der Kinder- und Hausmärchen die Begeisterung für das Lesen und

Vorlesen näher. Die Sprachwissenschaftler und Volkskundler hatten sich auch vorgenommen, ihre eigene Sprachbegeisterung und ihr Wissen über die deutsche Sprache in Form des „Grimmschen Wörterbuches“ in die Wohnstuben zu bringen.

Ein wahres „lexikografisches Martyrium“, denn erst 123 Jahre nach Beginn dieses Mammutprojektes wurde das Werk mit über 320.000 Stichworten beendet. Dort finden sich auch allerlei seltsame, lautmalerische und komische Begriffe, die heute teilweise gar nicht mehr bekannt oder auch regional bedingt sind. Eine Sammlung der schönsten dieser

Wörter hat nun Peter Graf in „Eine ungemein eigensinnige Auswahl unbekannter Wortschönheiten aus dem Grimmschen Wörterbuch“ zusammengetragen. Der Titel könnte nicht treffender sein. Wörter wie die „Besuchsameise“, also jemand, der „von besuch zu besuche

läuft“, „Erzgeneralfelddummheit“, ein Wort, das man gebrauchen



Peter Graf (Hg.), „Eine ungemein eigensinnige Auswahl unbekannter Wortschönheiten aus dem Grimmschen Wörterbuch“, dtv-Verlag, München 2019, broschiert, 352 Seiten, 12,90 Euro

kann, wenn man eine Dummheit besonders betonen möchte, wie auch „verzoderloppen“, was zerlumpt bedeutet, finden in diesem schön aufgemachten Band ein Zuhause.

In einem kurzen Vorwort erläutert Graf die Geschichte des Grimmschen Wörterbuches und ordnet einige Begriffe – vor allem aus dem Dritten Reich, während dem weiterhin am Wörterbuch gearbeitet wurde – kritisch ein und schlägt dann vor, diese Version des Wörterbuches einfach zum Stöbern zu benutzen. Dazu lädt auch die optische Gestaltung des Bandes ein, so ist beispielsweise jedem Buchstaben eine Sei-

te mit einem ihn beschreibenden Zitat des Originalwörterbuches gewidmet. Auch sind die einzelnen Einträge übersichtlich gestaltet, mit einer Erklärung des jeweiligen Begriffes und einem Zitat, in dem dieser vorkommt. Zwischendurch sind zusätzlich immer wieder Stammbäume von verwandten Wörtern zu finden, die einen kleinen Eindruck davon vermitteln, wie Sprache eigentlich entsteht. So ist das Durchstöbern dieser Kuriositätenammlung von Wörtern gar keine „Lumpenbeschäftigung“ (eine „nichtswerte, bettelhafte beschäftigung“), sondern vielmehr eine Schauherrlichkeit. *Lydia-Marie Wenzel*



Dies ist die Geschichte von Major Rudolf Witzig. Geboren am 14. August 1916 in Röhlinghausen/Westfalen, trat er am 1. April 1935 als Offiziersanwärter in das Pionierbataillon 16 ein. Als Zugführer übernahm er im August 1938 den Pionierzug des Fallschirminfanteriebataillons mit dem er am Polenfeldzug teilnahm. Mit seinem Pionierzug zur Sturmabteilung Koch kommandiert, landete Witzig mit 55 Fallschirmpionieren im Morgengrauen des 10. Mai 1940 auf dem Plateau des Forts Eben Emael in Belgien und nahm die mit 1.200 belgischen Soldaten besetzte Festung im Handstreich. Nach dieser Heldentat mit dem Ritterkreuz ausgezeichnet nahm er an der Eroberung der Insel Kreta teil, kämpfte in Russland und im Westen und wurde noch mit dem Eichenlaub zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes ausgezeichnet.

Franz Kurowski
Major Rudolf Witzig
Als Fallschirmspringer an den Brennpunkten der Front und Eroberer von Eben Emael
109 S/W-Abb., 160 Seiten
Gebunden mit farb. Überzug
Nr. P 575739 9,95 €



Ende August 1944 war in Rumänien der deutschfreundliche Marschall Antonescu gestürzt worden und die neue Regierung schloss sich zu einem Bündnis mit der UdSSR zusammen. Infolge der ausweglos gewordenen Gesamtlage wurden die deutschen Verbände auf dem Balkan unter erbitterten Kämpfen zurückgedrängt. Nach zersplitterten Einsätzen kamen sie, stark dezimiert, erst südlich des Plattensees wieder geschlossen zum Einsatz. Im Verlauf der winterlichen Stellungskämpfe zwischen Drau und Plattensee vollzog sich weiter westlich in den Schlusstagen des Zweiten Weltkrieges in der Hafenstadt Triest, auf der Halbinsel Istrien sowie im Großraum Fiume die Tragödie des LXXXVII. Armeekorps des Generals Ludwig Kübler in der Operationszone „Adriatisches Küstenland“. Denn sowohl das Generalkommando als auch die ihm unterstellten Divisionen hatten noch am Vorabend der bedingungslosen Kapitulation offensive Kampfaufträge erhalten – und zwar gegen eine vielfache feindliche Übermacht aus regulären Truppen und Partisanenverbänden. Nach vergeblichem Kampf musste das LXXXVII. Armeekorps am 5. Mai 1945 in Jugoslawien kapitulieren. Tausende von Angehörigen der Wehrmacht und Waffen-SS starben im Hinterhalt der Partisanen, auf den menschenverachtenden „Sühnemärschen“ und in der Kriegsgefangenschaft. 448 Seiten

Roland Kaltenegger
Die Operationszone „Adriatisches Küstenland“
Der Kampf um Triest, Istrien und Fiume 1944–1945
Nr. P 540107 Gebunden 19,95 €



Dies ist die Geschichte von Kurt Knispel, dem wohl erfolgreichsten Panzerschützen und Panzerkommandanten des Zweiten Weltkriegs. Mit über 160 Panzerabschüssen stand Kurt Knispel an der Spitze der Panzerasse, und doch ist nur sehr wenig über ihn bekannt. Als Tigerkommandant bei der schweren Panzerabteilung 503 stand er mit Panzerkommandanten wie Oberfeldwebel Rondorf und Feldwebel Heinz Gärtner an den Brennpunkten des Krieges im Einsatz. Im Kaukasus, an der russischen Nordfront, bei der Operation Zitadelle, im Kessel von Tscherkassy und vielen anderen kriegsentscheidenden Schlachten als Feuerwehr eingesetzt, kämpfte er mit seiner Abteilung gegen einen oft übermächtigen Gegner. Am 29. April 1945 wenige Tage vor Ende des Krieges fand Kurt Knispel mit seiner Besatzung in seinem Tiger den Tod.

Franz Kurowski
Feldwebel Kurt Knispel
Der erfolgreichste Panzerschütze und Panzerkommandant des Zweiten Weltkriegs
160 Seiten/Gebunden
Nr. P 575734 Geb. 9,95 €



Der Autor legt mit seinem Werk – ohne Pathos, Verklärung oder Selbstmitleid – das eindrucksvolle Zeugnis eines Grenadiers des Zweiten Weltkrieges vor. Erhard Steiniger, 1920 in Nordwestböhmen geboren und aufgewachsen, beschreibt im ersten Teil seines Buches seine Kindheit und Jugend in Langgest, seinem Heimatort im Sudetenland bis hin zu seiner Einberufung zur Wehrmacht. Mit seinem Einberufungsbescheid in der Tasche geht es am 12. Oktober 1940 nach Beraun zur Infanterienachrichtenersatzkompanie 21, wo er seine sechswöchige Grundausbildung absolviert und zum Funker ausgebildet wird. Sein weiterer Weg führt ihn zum Infanterieregiment 151 der 61. ostpreußischen Infanteriedivision, der er bis Januar 1945 angehört wird. Im Februar 1941 nach Ostpreußen in die Nähe von Labiau verlegt, beginnt mit dem Unternehmen „Barbarossa“ für Erhard Steiniger der Russlandfeldzug. Als Funker mitten im Kampfgeschehen erlebt er die Angriffskämpfe im Baltikum, die Eroberung der baltischen Inseln, die Kämpfe vor Leningrad, am Wolchow und südlich des Ladogasees. Dramatisch und einprägsam schildert er die Rückzugskämpfe in Estland, Kurland und Ostpreußen. Die Kapitulation erlebt er südöstlich von Prag, der die Gefangenschaft in Sibirien folgt. 344 Seiten

Erhard Steiniger
Als Funker an den Brennpunkten der Front
Mit dem Infanterieregiment 151 der 61. ostpreußischen Infanteriedivision in Russland, im Baltikum und Ostpreußen
Nr. P 540113 Gebunden 16,95 €



21. Juni bis 13. Juli 1943 – der Krieg tritt in eine entscheidende Phase. Der Kommodore des Jagdgeschwaders 77 und spätere Vier-Sterne-General der Bundeswehr, Johannes Steinhoff, führt Tagebuch: Mit letzten Reserven wird die Abwehrschlacht um Sizilien geführt. Es fehlt an Material. Neben wenig erfahrenen Flugzeugführern springen schnell ausgebildete junge Piloten in die Bresche. Unter ihnen sind die Verluste verheerend. Und die Führung versagt. Fast pausenlos zerflügen Bomben Landebahnen und Feldflugplätze. Immer schwieriger wird es, die Staffeln auf geeigneten Plätzen zusammenzufassen. Das Bodenpersonal hat große Ausfälle. Gegnerische Jagdfliegerschwärme schützen die Formationen der Fliegenden Festungen, die anzugreifen immer verlustreicher wird. Der Jagdflieger dort oben ist allein auf sich gestellt. Er nimmt den ungleichen Kampf auf, wieder und wieder, missachtet von einer Führung, die ihm mangelnden Angriffsgeist vorwirft und nicht begreifen will, wie hoffnungslos das Kräfteverhältnis ist. Im Tagebuch wird deutlich, wie Johannes Steinhoff, der sich der Aussichtslosigkeit des Kampfes bewusst ist, in seine militärische Pflicht gezwungen wird und gleichzeitig seine Verzweiflung darüber spüren lässt, seine ihm untergebenen Flieger täglich von Neuem opfern zu müssen. 232 Seiten

Johannes Steinhoff
Die Straße von Messina
Tagebuch des Kommodore
Nr. P 540123 Gebunden 16,95 €



Dies ist die Geschichte von Major Friedrich Bader. Am 21. Juni 1908 im brandenburgischen Forst in der Lausitz geboren, durchlief er nach seinem Eintritt in die Reichswehr zuerst eine fundierte infanteristische Ausbildung. Als ausgezeichnete Skilangläufer gelang ihm die Teilnahme an den Olympischen Winterspielen von 1936 in Garmisch-Partenkirchen und der Skiweltmeisterschaft 1938 im finnischen Lahti. Vom März 1942 bis zu seiner Verwundung im August 1943 war er als Kommandeur des I. Bataillons des Gebirgsjägerregiments 98 und ab November 1943 als Kommandeur des Hochgebirgsjägerbataillons 3 eingesetzt. Ausgezeichnet mit dem Deutschen Kreuz in Gold am 9. Juni 1943 und dem Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes am 12. August 1944, wurde er am 17. Juli 1944 im Ehrenblatt des Deutschen Heeres genannt.

Roland Kaltenegger
Major Friedrich Bader
Vom Kommandeur der Hochgebirgsjäger zum Ritterkreuzträger
154 Abbildungen
160 Seiten/Gebunden
Nr. P 540114 Geb. 9,95 €



Dies ist die Geschichte von Hauptmann Rudolf Schlee. Am 10. November 1913 in Ludwigshafen geboren, trat er am 5. April 1934 in die 5. Kompanie des Infanterieregiments 13 im württembergischen Ludwigsburg ein. Beim Vormarsch seines Regiments auf Pultowsky gelang es ihm durch die umsichtige Führung seiner Männer und im beherzten Niederkämpfen feindlicher Stellungen, die Vormarschstraße für seine Division zu öffnen, wofür er am 23. Oktober 1941 mit dem Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes ausgezeichnet wurde, dem am 6. April 1943 das Eichenlaub zum Ritterkreuz folgte, dass er als Oberfeldwebel und Zugführer erhielt. Am 24. August 1943 als Zugführer in das Wachbataillon Großdeutschland versetzt, war er an der Niederschlagung des Putschversuches in Verbindung mit dem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 beteiligt.

Roland Kaltenegger
Hauptmann Rudolf Schlee
Vom Eichenlaubträger der Gebirgstruppe zum Wachbataillon „Großdeutschland“
126 Abbildungen
160 Seiten/Gebunden
Nr. P 540121 Geb. 9,95 €



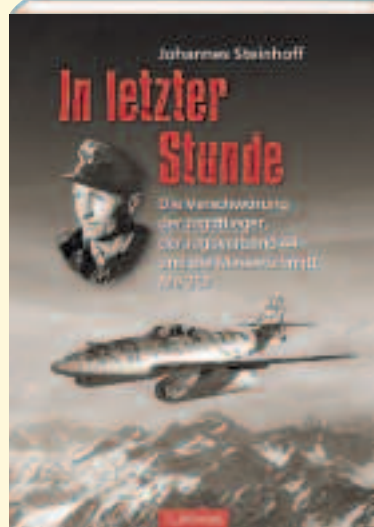
Dies ist die Geschichte von Oberst Richard Ernst. Am 25. Juli 1906 im oberbayerischen Ingolstadt geboren, trat er nach dem Besuch des humanistischen Gymnasiums 1925 in München in das Infanterieregiment 19 ein. Bei der Aufstellung der 1. Gebirgsdivision unter General Ludwig Kübler kam er zum Gebirgsjägerregiment 100. Mit diesem nahm er zuerst als Kompaniechef, später dann als Bataillonskommandeur an den Feldzügen gegen Polen, Frankreich und Griechenland sowie der Eroberung von Kreta teil. Als Kommandeur des Gebirgsjägerregiments 100, dass er in den Entscheidungsschlachten um Monte Cassino, in den schwierigen Rückzugsgefechten im Apennin und in der Schlacht an der Adria um Rimini und bei Gemmano führte, wurde er für seine Erfolge mit dem Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes ausgezeichnet.

Roland Kaltenegger
Oberst Richard Ernst
Vom Blutordensträger zum Brigadekommandeur in der Bundeswehr
137 Abbildungen
160 Seiten/Gebunden
Nr. P 540120 Geb. 9,95 €



Dies ist die Geschichte von Hauptmann Johannes Bölter, mit 139 Abschüssen von Panzern und gepanzerten Fahrzeugen einer der erfolgreichsten Panzerkommandanten des 2. Weltkrieges. Geboren am 19. Februar 1915 in Mülheim an der Ruhr, verpflichtete er sich im Alter von 18 Jahren als Freiwilliger bei der Reichswehr. Als Zugführer in der 8. Kompanie des Panzerregiments 1 der 1. Panzerdivision nahm er am Polen- und Westfeldzug teil. Der Feldzug gegen die Sowjetunion im Juni 1941 führte ihn bis vor die Tore Leningrads. Mit der schweren Panzerabteilung 502 nahm er an den Ladogaseeschlachten teil und kämpfte beim Endkampf um das Reich im Harz.

Hans-Joachim Röll
Hauptmann Johannes Bölter
Als Panzer-Ass in Ost und West
96 S/W-Abbildungen.
160 Seiten
Gebunden mit farb. Überzug
Nr. P 540045 9,95 €



Anfang Oktober 1944 verlegt Oberst Steinhoff mit seinem Jagdgeschwader 77 nach Schönwalde bei Berlin. Hier erlebt er hautnah das unendliche Leiden der Zivilbevölkerung, die den andauernden alliierten Bombenangriffen bei Tag und Nacht ausgesetzt sind. In dieser Situation unternimmt Steinhoff zusammen mit seinem Freund Günther Lütow und anderen hochrangigen Jagdfliegerführern den wahnwitzig anmutenden Versuch, die Ablösung Görings aus der Luftwaffenführung herbeizuführen und bei Hitler selbst durchzusetzen, dass der Düsenjäger Me 262, das damals schnellste Flugzeug der Welt, als Waffe gegen die Bomberströme eingesetzt werden kann. Doch ihre Pläne scheitern und sie werden ihrer Ämter enthoben. Wochen später erreicht Steinhoff dann überraschend der Befehl General Gallands, mit ihm zusammen den Jagdverband 44 aufzustellen, ein Verband bestehend aus Jagdfliegerassen und ausgerüstet mit der Me 262. So beschreibt Steinhoff in seinen Erinnerungen den Aufbau des Verbandes und Kampfeinsätze, die er mit diesem überragenden Flugzeug flog, das sich so anders verhielt als die bisherigen Jagdflugzeugmuster und an deren optimalen Gebrauch sich die „Experten“ zuerst einmal vorsichtig herantasteten mussten. 224 Seiten

Johannes Steinhoff
In letzter Stunde
Die Verschwörung der Jagdflieger, der Jagdverband 44 und die Messerschmitt Me 262
Nr. P 540122 Gebunden 16,95 €



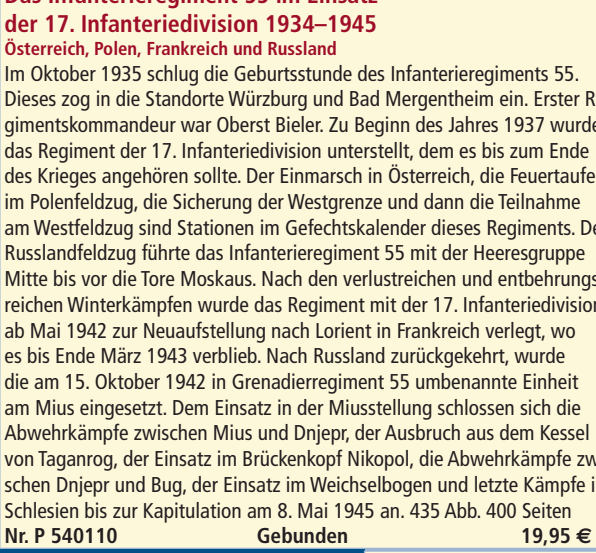
Dies ist die Geschichte von Major Hans Rohr. Als Sohn einer angesehenen Kärntner Försterfamilie am 1. März 1912 in Rubland, Gemeinde Paternion geboren, verbrachte er seine Jugendzeit in Stockenboi. Seine militärische Laufbahn begann am 13. März 1933 beim Kärntner Feldjägerbataillon 5 in Villach. Hans Rohr war mit der Partie beim Einmarsch ins Sudetenland, erhielt seine Feuertaufe im Polenfeldzug und nahm nach einem kurzen Aufenthalt am Westwall mit dem Kärntner Gebirgsjägerregiment 139 der 3. Gebirgsdivision an der stürmischen Fahrt über das Nordmeer zum nordnorwegischen Erzhafen Narvik teil. Für seine Tapferkeit und umsichtige Führung in Norwegen wurde er als Leutnant der Reserve und Zugführer bereits am 20. Juni 1940 mit dem Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes ausgezeichnet.

Roland Kaltenegger
Major Hans Rohr
Vom Ritterkreuzträger im Kampf um Narvik zum Oberst im österreichischen Bundesheer
115 Abb.
160 Seiten/Gebunden
Nr. P 540102 Geb. 9,95 €



Im Oktober 1935 schlug die Geburtsstunde des Infanterieregiments 55. Dieses zog in die Standorte Würzburg und Bad Mergentheim ein. Erster Regimentskommandeur war Oberst Bieler. Zu Beginn des Jahres 1937 wurde das Regiment der 17. Infanteriedivision unterstellt, dem es bis zum Ende des Krieges angehören sollte. Der Einmarsch in Österreich, die Feuer taufe im Polenfeldzug, die Sicherung der Westgrenze und dann die Teilnahme am Westfeldzug sind Stationen im Gefechtskalender dieses Regiments. Der Russlandfeldzug führte das Infanterieregiment 55 mit der Heeresgruppe Mitte bis vor die Tore Moskaus. Nach den verlustreichen und entbehrungsreichen Winterkämpfen wurde das Regiment mit der 17. Infanteriedivision ab Mai 1942 zur Neuaufstellung nach Lorient in Frankreich verlegt, wo es bis Ende März 1943 verblieb. Nach Russland zurückgekehrt, wurde die am 15. Oktober 1942 in Grenadierregiment 55 umbenannte Einheit am Miß eingesetzt. Dem Einsatz in der Mißstellung schlossen sich die Abwehrkämpfe zwischen Miß und Dnjep, der Ausbruch aus dem Kessel von Taganrog, der Einsatz im Brückenkopf Nikolop, die Abwehrkämpfe zwischen Dnjep und Bug, der Einsatz im Weichselbogen und letzte Kämpfe in Schlesien bis zur Kapitulation am 8. Mai 1945 an. 435 Abb. 400 Seiten

Franz Kurowski/Alois Schlee
Das Infanterieregiment 55 im Einsatz mit der 17. Infanteriedivision 1934–1945
Österreich, Polen, Frankreich und Russland
Nr. P 540110 Gebunden 19,95 €



Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de



Günter K. Koschorrek
Vergiss die Zeit der Dornen nicht
Ein Soldat der 24. Panzerdivision erlebt die sowjetische Front und den Kampf um Stalingrad
341 Seiten/Gebunden
Nr. P 540016 14,95 €

Günter K. Koschorrek war nicht Heerführer, nicht Wissenschaftler oder Historiker, er hat in seinem Buch zusammengefasst, was er als einfacher Soldat im Grauen des Krieges täglich aufgeschrieben hat. Sein Erleben des Krieges war ein anderes als das in den Stäben oder Befehlsständen. Der Verfasser war 19 Jahre alt, als ihn der Krieg in seiner schlimmsten Phase einholte und ihn in seine unerbittliche Gewalt nahm. Er hatte zu gehorchen und nicht nach dem Warum zu fragen. Das NS-Regime, das seine Ziele gnadenlos verfolgte, hatte eine ganze Generation unter Eid und in die Pflicht genommen, ihre Ideale schändlich missbraucht. Der Autor berichtet über seine Erlebnisse tagebuchartig, ohne Umschweife und auf objektive Art und Weise und erreicht dadurch eine große Authentizität, die unter die Haut geht.



Dies ist die Geschichte von Oberleutnant zur See Rudolf Walther. Am 30. Juni 1922 in Dohna, Sachsen, geboren, trat er am 1. Oktober 1940 als Seeoffiziersanwärter in die Kriegsmarine ein. Nach seiner Grundausbildung, gefolgt von der praktischen Bordausbildung auf dem Zerstörer Z 24 wurde er auf U 87 kommandiert, mit dem er an zwei Feindfahrten unter Kapitanleutnant Joachim Berger teilnahm, die ihn vom Nordatlantik bis zur Neufundlandbank und Nova Scotia führten. Als I. Wachoffizier auf U 256, eines der wenigen U-Boote, die zu einem Flak-U-Boot umgebaut worden waren und das unter dem Kommando von Werner Brauel stand, erlebte er die Hölle der Atlantikschlacht der Jahre 1943 und 1944. Schon längst waren die deutschen Unterseeboote vom Jäger zum Gejagten geworden. Mit Beginn der Invasion am 6. Juni 1944 stand auch U 256 am Gegner, wurde allerdings durch Bombentreffer derart beschädigt, dass es zurück zum Stützpunkt musste. Die Besatzung von U 256 übernahm U 92 in Brest und Rudolf Walther war wiederum als I. Wachoffizier mit an Bord. Im Januar 1945 folgte ein Kommandantenlehrgang in Danzig und die Kommandierung auf U 3011, einem Boot von Typ XXI, des zu dieser Zeit wohl modernsten U-Bootes der Welt. 368 S.

Hans-Joachim Röll/Thomas Wende
In der Hölle der Atlantikschlacht – Die Feindfahrten des Wachoffiziers Rudi Walther auf U 87, U 256 und U 92 1942–1945
Nr. P 540093 Gebunden 19,95 €



Das Infanterieregiment 170 wurde am 26. August 1939 als Regiment der 2. Welle aufgestellt. Mit der Aufstellung wurde das Regiment der 73. Infanteriedivision unterstellt, der es bis zum Ende des Krieges angehören sollte. Am 31. August 1939 erfolgte die Bahnverlegung nach Pommern. Jedoch gab es für die Einheiten des Infanterieregiments 170 in Polen nichts mehr zu tun, sodass das Regiment ohne an Kampfhandlungen teilgenommen zu haben, ins Saarland verlegt wurde. Am 11. Mai 1940 begann für das Infanterieregiment 170 der Westfeldzug mit dem Einmarsch in Luxemburg und Belgien. Über die Aisne ging der weitere Vormarsch bis nach Dole im französischen Jura. Der Balkanfeldzug führte das Regiment durch Bulgarien und Mazedonien bis hin zum Golf von Korinth. Im Russlandfeldzug war das Regiment im Bereich der Heeresgruppe Süd eingesetzt. Nikolajew, Perekop, die Krim, Melitopol, Taganrog, Rostow am Don, Bataisk, Noworossijsk, Tamanhalbinsel und wieder die Krim sind wichtige Stationen im Kriegstagebuch des Regiments. Im Mai 1944 in Ungarn neu aufgestellt, schlossen sie die Kämpfe um Warschau, im großen Weichselbogen, in Thorn und Danzig an. Beim Untergang der Goya kamen eine Reihe von Regimentsangehörigen ums Leben. 321 Abb. 328 Seiten.

Franz Kurowski/Alois Schlee
Das Infanterieregiment 170 im Einsatz der 73. Infanteriedivision 1939–1945
Polen, Frankreich, Balkan, Russland, Westpreußen und Danzig
Nr. P 540111 Gebunden 16,95 €

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,50*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname	Name
.....	
Straße/Nr.	Telefon
.....	
PLZ/Ort	
.....	
Datum	Unterschrift
.....	

MELDUNGEN

Ozonloch so klein wie 1989

London – Das Ozonloch über der Antarktis ist so klein wie seit 30 Jahren nicht mehr. Dies berichten Forscher am Europäischen Zentrum für mittelfristige Wettervorhersage im südenglischen Reading. Die Ozonschicht schützt Lebewesen auf der Erde vor schädlichen UV-Strahlen der Sonne. Sie war durch Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW) geschädigt worden, die etwa in Spraydosens verwendet worden waren, bis man die Chemikalie aus dem Verkehr zog. *H.H.*

Putin ein Dämon?

Ulan-Ude – „Putin ist kein Mensch, sondern ein Dämon“, hatte ein Schamane aus der Nähe des Baikalsees wiederholt bei Protestkundgebungen verlauten lassen. Der Mann war zu einer Pilgerreise von Sibirien nach Moskau aufgebrochen, um Putin aus Russland zu vertreiben. Die Behörden reagierten gnadenlos. Sie nahmen den Schamanen fest und steckten ihn in die Psychiatrie. *MRK*

ZUR PERSON

Erster Deutscher im Weltall

Der Lebenshöhepunkt von **Sigmund Jähn** ist eindeutig datierbar. Zweifelsfrei handelt es sich um die Zeit im Weltall. Im Rahmen des Interkosmosprogramms der UdSSR startete Jähn am 26. August 1978 an der Seite des sowjetischen Kommandanten Walerij Bykowski zur Raumstation Saljut 6. Eine reichliche Woche später erfolgte die Rückkehr zur Erde.

Der aus Sachsen stammende Jähn war damit der erste deutsche Weltraumfahrer, in der Diktion der Sowjetunion ein Kosmonaut. Im All führte er eine Reihe von Experimenten durch, so mit der von der DDR entwickelten Multi-spektralkamera MKF 6 oder im Bereich der Kristallisation.

Der am 13. Februar 1937 im vogtländischen Morgenröthe-Rautenkranz geborene Jähn diente bereits bei der Vorläuferorganisation der Luftstreitkräfte der NVA, wurde Jagdflieger und war in der Schulung tätig. Zudem studierte er an der Akademie der Luftstreitkräfte bei Moskau. Für die Raummission wurde er im sowjetischen Kosmonautentrainingszentrum, dem Sternensdtädtchen, vorbereitet.

Die SED-Machthaber ließen es sich nicht nehmen, Jähns Weltraumflug reichlich propagandistisch zu nutzen. Der Kosmonaut selbst wurde mit Ehrungen überhäuft. In der DDR verfügte er über einen hohen Bekanntheitsgrad. Zu seiner Popularität trug seine persönliche Bescheidenheit erheblich bei. Jähn wurde mit einer Arbeit über seine Experimente im All promoviert und war Chef des Zentrums für Kosmische Ausbildung, welches der NVA unterstand. 1990 schied er als Generalmajor aus. Nach der Vereinigung war Jähn, der wegen seiner Fachkenntnisse geschätzt wurde, Berater bei der Europäischen Weltraumorganisation. Am 21. September ist Sigmund Jähn in seinem Wohnort Strausberg gestorben. *E.L.*



Bild: P. Koord/Bundesarchiv



Zum Verrücktwerden

Wie man Kindern Angst macht, warum Greta demnächst noch durchgeknallter redet, und wieso wir der Skepsis misstrauen / Der satirische Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Der Junge war mit seinen Eltern zur Hamburger „Fridays for Future“-Demo gekommen. Das vielleicht acht- oder neunjährige Kerlchen war mit einem Pappschild unterwegs, auf dem es seine Angst vor dem Weltuntergang und seine Wut über die Untätigkeit der Erwachsenen verewigt hat.

Nanu? Hat der Kleine den Klimawandel „gesehen“? Hat er die Berechnungen verstanden oder gar selbst nachgeprüft, nach denen wir nur noch wenige Jahre vom endgültigen „Kipp-Punkt“ entfernt sind, ab dem sich an der Apokalypse nichts mehr ändern lässt? Oder haben ihm das alles Erwachsene, mutmaßlich die eigenen Eltern und Lehrer, erzählt?

Wir leben in interessanten Zeiten. Lehrer berichten entnervt von „Helikopter-Eltern“, die ihre Kinder in Watte packen und am liebsten bis ins Klassenzimmer begleiten, damit den zarten kleinen Gemütern nichts wiederfährt, was ihre Seelchen traumatisieren könnte. Märchen wie das vom Suppenkasper werden ess-unwilligen Kindern schon lange nicht mehr erzählt, viel zu grausam – Trauma-Alarm! Ebenso sind der Daumenlutscher und etliche andere traditionelle Erzählungen auf der Schwarzen Liste gelandet, wohin sie fortschrittliche Eltern und Pädagogen fürsorglichst verbannt haben.

Die gleichen fortschrittlichen Eltern und Pädagogen finden jedoch nichts dabei, dem arglosen Nachwuchs gruselige Visionen vom nahen Weltuntergang durch den globalen Hitzetod ins Gemüt zu pumpen.

Verständlicherweise verlieren die davon gebeutelten Kinder jedwedens Vertrauen in die Erwachsenen und beschimpfen sie aus vollem Herzen. Doch was passiert dann? Dann erleiden die Kinder das Schlimmste, was man einer schimpfenden Person antun kann.

Was ich damit meine? Stellen Sie sich vor, Sie wollen einem Mitmenschen, der ihnen mutmaßlich übel mitgespielt hat, ordentlich einen reinwürgen und nehmen ihn sich barsch zur Brust. Sie hoffen dann, dass er sich grämt und wehrt, damit's richtig hochkocht und Sie Ihre Wut erst recht herausströmen lassen können.

Doch wie antwortet der Typ? Er lächelt sie gütig-gönnnerhaft an, gibt Ihnen in allem Recht und preist Sie als ganz tollen Kerl, ja als sein Vorbild.

Wäre das nicht zum Auswachsen, verdammt nochmal? Alles wäre verpufft, Ihr ganzer Zorn im süßen Nebel der jovialen Bestätigungen ins Leere gelaufen!

Genau das erlebt Greta Thunberg seit Monaten. Sie poltert, doch die Beschimpften geben ihr jedes Mal recht. Jetzt verstehen wir, warum sie in New York so hysterisch wurde, warum sie drohte („Wir werden nicht zulassen, dass ihr damit durchkommt“), schimpfte („Wir werden euch nie

Schuldgefühle sollte man dort säen, wo die Saat auch prächtig aufgeht. Also in Deutschland

des Kohlendioxids in die Atmosphäre. Gegen die beiden hat Greta keine Beschwerde eingereicht. Schon eigenartig.

Allerdings soll man sein Saatgut ja am besten dort einbringen, wo es auf fruchtbaren Boden trifft, was in diesem Fall bedeutet: Der Vorwurf des schlimmen Klimasünders kann nur dort richtig aufgehen, wo das Schuldgefühl der Menschen bereits hinlänglich hochgezüchtet wurde. Und da sind wir in Deutschland spitze!

Wir baden seit Jahrzehnten in unserer Schuld und sehnen uns nach neuem Stoff, der uns den Rausch des Schuldigseins noch intensiver, bunter und vielfältiger genießen lässt.

Die Klimasünde kommt da wie gerufen. Wir wollen bestraft und geschurigelt werden. Und andere strafen und schurigeln dürfen.

„Verbietet uns endlich etwas“, prangte auf einem Protestschild der Hamburger Klima-Demo – das auf dem Boden einer Republik, in deren Ostteil vor nur einer Generation noch erfolgreich für die Freiheit demonstriert wurde! Eine beeindruckende Entwicklung.

Als er fotografiert wurde, stand der überzeugte Untertan ausgerechnet vor dem Streit's-Haus am Hamburger Jungfernstieg. Das ist die Stelle, an der das Lied der Deutschen am 5. Oktober 1841 erstmals öffentlich gesungen wurde, also ein wichtiger Erinnerungsort der deutschen Freiheitsbewegung gegen die Unterdrückung und die Verbote durch die Obrigkeit. Einen sinnigeren Platz hätte man für diese Aufnahme nicht finden können.

Im „Spiegel“ barmt die Kulturchefin des Magazins, dass man ihr endlich von oben vorschreiben möge, was sie zu essen hat, damit sie sich gesund und umweltschonend ernähren kann, ohne selbst entscheiden zu müssen. Die politische Führung des Landes solle endlich ihre „Macht“ nutzen und handeln, um den „Willen der Vernünftigen“ umzusetzen – mit Verboten und Vorschriften. Diese Sehnsucht eröffnet ungeahnte

Chancen für die Mächtigen. Bei so gut wie allem, was wir tun, emittieren wir irgendetwas, das unsere Umwelt beeinflusst. Ob wir fahren oder heizen, fernsehen oder am Rechner arbeiten, telefonieren oder Briefe oder E-Mails schicken, essen oder duschen oder baden, produzieren oder konsumieren oder entsorgen – egal, irgendeine Emission wird dabei praktisch immer erzeugt.

Das heißt also: Mit dem Argument „Klimaschutz“ können die Regierenden und ihre machtvollen Einflüsterer in jeden beliebigen Lebensbereich der Bürger eindringen, ihn gründlich überwachen und mit Verboten und Geboten komplett einbetonieren. Man kann den Leuten für weitere Klimaabgaben auch nach und nach den größten Teil ihres Wohlstands abknöpfen. Wer dagegen anredet und von „Freiheit“ oder „Bürgerrechten“ wie Eigentumschutz faselt, den kann man leichterhand als Feind der Menschheit, ja des gesamten Planeten entlarven und niedermachen.

Das Geniale dabei: Die Schuld wird niemals versiegen, egal wie sich die Untertanen auch abmühen, nach immer neuen Verboten und Bestrafungen gieren und sich kleiner und kleiner machen – eben weil Emissionen sich gar nicht vermeiden lassen. So kann die Verbots- und Verarmungsmaschine immer weiter, immer rigoroser drauflos hämmern.

Damit die Leute spüren, werden sie gründlich in Panik versetzt, wie Greta es ja auch gefordert hat: „We want you to panic“ (Wir wollen, dass ihr in Panik geratet). Panische Menschen lassen sich wie dumme Tiere umherschrecken und rennen jedem Scharlatan hinterher, der ihnen Erlösung verspricht. Auch wenn die natürlich ausbleibt.

Ruhige und skeptische Menschen sind dagegen lästig. Glücklicherweise ist es gelungen, das Etikett „Klimaskeptiker“ zum Schimpfwort umzudeuten. Auch eine epochale Leistung: Vor gar nicht langer Zeit war jeder stolz darauf, als „Skeptiker“ zu gelten, als einer, der offizielle Lesarten oder Behauptungen der Regierung „kritisch hinterfragt“. Heute sind solche Figuren nur noch verdächtig, ja geradezu ekelerregend.

MEINUNGEN

Die russische Schriftstellerin **Olga Martynova** erregt sich in der „Frankfurter Allgemeinen“ (21. September) über die **deutschen Sprachaufseher**:

„Wenn ich von Kulturbeamten unterschriebene Flyer bekomme, wo Dichter*innen begrüßt werden, fühle ich mich unter Druck gesetzt. Für mich als jemanden, der in der Sowjetunion aufgewachsen ist, ist das besonders seltsam. Eigentlich ein Déjà-vu: Ich als Autorin bekomme absurde sprachliche Empfehlungen von einer Kulturbehörde! ... Das erinnert an sowjetische Kulturverantwortliche.“

Neuköllns Ex-Bürgermeister **Heinz Buschkowsky** erklärt in der „Welt“ (18. September), warum sein soziales **Engagement** von seinen Nachfolgern **nicht fortgeführt** wurde:

„Wenn man heute gegen den Strich bürstet und so wie ich die Schnauze aufmacht – dann ist man sofort ein Rassist oder Rechtspopulist. Was immer das ist. Dass durch dieses Duckmäusertum die Lebenschancen der Kinder den Bach runtergehen, interessiert niemanden. Jede Regelverweigerung wird als Beweis von Demokratie zur kulturellen Identität. Was für ein Schwachsinn.“

Ebenfalls in der „Welt“ (23. September) erklärt Tschechiens Ministerpräsident **Andrej Babis** den **Unterschied** zwischen der tschechischen und der deutschen **Einwanderungspolitik**:

„Wir begrüßen Ausländer, mehr als fünf Prozent unserer Bevölkerung sind im Ausland geboren. Aber wir sind diejenigen, die entscheiden, wer hierher kommt und wer nicht ... Wir suchen die Leute aus, sonst niemand, nicht die EU und erst recht keine Schmuggler.“

Nikolai Ziegler, Vorsitzender des Vereins **„Vernunftkraft“**, in dem sich nach eigenen Angaben bereits 10000 Windkraftkritiker organisiert haben, begründet gegenüber „Tichys Einblick“ (19. September) seine **Vorbehalte gegen die Aufstellung von immer mehr Windrädern**:

„Es gibt bisher keine wirtschaftlichen Stromspeicher. Und wir haben in Deutschland, eigentlich in ganz Mitteleuropa, ähnliche Wetterverhältnisse. Wenn 30000 Windräder stillstehen, weil kein Wind weht, dann ändert sich daran auch nichts, wenn man noch einmal 30000 dazustellt. Das kann man eigentlich auch ohne große Vorkenntnisse verstehen.“

Jürgen Elsässer, Chefredakteur des Monatsmagazins „Compact“ (Oktober-Nummer), erklärt, wie der Begriff **„bürgerliches Lager“ pervertiert** wird:

„‚Bürgerlich‘ soll ... nur noch genannt werden dürfen, wer – wie seit den Ereignissen in Chemnitz im Herbst 2018 auch die CDU – keine Scheu davor hat, mit gewaltbereiten Linksextremen vom Schlage Feine Sahnne Fischfilet aufzutreten.“

In der „Epoch Times“ (23. September) erläutert **Ramin Peymani**, wozu die **CO₂-Steuer** seiner Meinung nach da ist:

„Es geht offenbar in erster Linie darum, dem Staat zu noch mehr Geld zu verhelfen, um die irre Politik des zu Ende gehenden Jahrzehnts auch in den kommenden Jahren finanzieren zu können.“